

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Jugend zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. DEZEMBER 2011 ZUR
FÖRDERUNG DER JUGENDARBEIT**

INHALTSANGABE

Durch dieses Dekret soll das Dekret vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit abgeändert werden. Es ist das Resultat eines jahrelangen Konzertierungs- und Evaluationsprozesses und enthält dementsprechend zahlreiche Neuerungen bzw. Abänderungen des bestehenden Textes.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Gutachten des Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	9
Gutachten der Datenschutzbehörde	11
Kommentar zu den Artikeln	12
Vorentwurf	20
Anlagen	
Gutachten des Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	34
Gutachten der Datenschutzbehörde	35

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Am 6. Dezember 2011 hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Dekret zur Förderung der Jugendarbeit verabschiedet. Dieses Dekret kam mit der Einführung einer wissensbasierten, verifizierbaren Jugendförderpolitik und dem damit verbundenen Strategieplan einem wahren Paradigmenwechsel gleich. Aufgrund dieser zahlreichen weitreichenden Neuerungen hatte die Regierung sich selbst dazu verpflichtet, zeitnah zu evaluieren, wie sich der neue Förderansatz auf die Jugendeinrichtungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auswirkt.

Evaluationsprozess

Der Auftakt zu diesem Evaluationsprozess ist im März 2017 anlässlich eines Arbeitsfrühstücks mit den Jugendeinrichtungen erfolgt. Der Prozess hat mehrere Etappen durchlaufen:

- Oktober 2017: Online-Umfrage im Jugendbereich
- Mai 2018: Open-Space-Konferenz für den Jugendsektor
- September 2018: Identifizierung der Themenschwerpunkte auf Grundlage der Onlineumfrage und des Berichts der Open-Space-Konferenz
- Januar-April 2019: Klausurtagungen mit Vertretern des Sektors, der Regierung und des Ministeriums

Am 26. April 2019 wurden die Ergebnisse der Klausurtagungen öffentlich vorgestellt.

Als Ausgangspunkt für die Arbeit in den Klausurtagungen dienten die Ergebnisse der Online-Umfrage und der Open-Space-Konferenz sowie die Erfahrungsberichte aus den Wirksamkeitsdialogen, Sozialraumanalysen, Begleitausschüssen und Rückmeldungen aus dem Sektor.

Der Evaluationsprozess hat die Chance geboten, sich sehr intensiv mit der aktuellen Situation junger Menschen in Ostbelgien auseinanderzusetzen, auf die Situation der verschiedenen Jugendeinrichtungen in den verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit zu blicken und neue Themen aufzunehmen.

Der Evaluationsprozess hat gezeigt, dass:

1. sich viele Reformpunkte aus dem Jahr 2011 bewährt haben:
 - Die Hauptpfeiler des aktuellen Jugendförderdekrets, d.h. das Prinzip der wissensbasierten Jugendarbeit, die Einführung eines Jugendberichts, die Verankerung von Themenschwerpunkten in einem übergeordneten Strategieplan usw. wurden im Rahmen des Evaluationsprozesses nicht in Frage gestellt.
 - Viele Jugendeinrichtungen haben sich in den letzten Jahren positiv entwickelt, ihre Tätigkeiten ausgebaut und sich stark professionalisiert.
2. für eine Reihe von größeren Herausforderungen in der Jugendarbeit neue Lösungen gefunden werden müssen:
 - Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit, um den Fachkräftemangel anzugehen;
 - Die Flexibilisierung des aktuellen Förderrahmens, um passgenauer auf die Bedarfe der Jugendeinrichtungen reagieren zu können; dies gilt insbesondere für die Offene Jugendarbeit (OJA).
3. auch neue Themen Eingang in das Jugendförderdekret finden müssen:
 - Der Ausbau der mobilen Jugendarbeit als weiterer Bereich der Jugendarbeit muss weiter vorangetrieben werden.

- Die Digitalisierung hat die Lebenswelt der jungen Menschen in erheblichem Maße beeinflusst. Hier gilt es für die Jugendarbeit neue Wege zu finden.
- Die Strukturen der Jugendeinrichtungen haben sich teilweise verändert, z. B. wird es ab 2021 nur noch einen Träger für die Jugendinformation geben.

Auf Grundlage der Handlungsempfehlungen aus den Klausurtagungen sind im Anschluss konkrete Vorschläge ausformuliert worden, die mit den Akteuren der verschiedenen Bereiche der Jugendarbeit 2010-2020 konzertiert worden sind:

- Jugendorganisationen
- Jugendinformation
- Offene Jugendarbeit
- Jugendschöffen
- Jugendbüro
- Jugendkommission
- Jugendrat

In vielen Punkten zeichnete sich rasch Einigkeit ab, in anderen Fragen zeigte sich, dass die Haltungen der verschiedenen Akteure weit auseinanderliegen. Dies betraf insbesondere die Ausarbeitung eines neuen Trägerschaftsmodells für die Offene Jugendarbeit.

Die laufenden Konzertierungen mussten im Frühjahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie unterbrochen werden. Diese Zäsur wurde genutzt, um auf Grundlage der Ergebnisse aus den Konzertierungen 2019-2020 einen vollständigen Referentenentwurf für das Dekret auszuarbeiten. Dieser wurde allen Jugendeinrichtungen und Jugendschöffen im Herbst 2020 zwecks Stellungnahme zugestellt. Dieser Textentwurf ist allgemein begrüßt worden, sodass auf dieser Grundlage der vorliegende Dekretentwurf ausgearbeitet worden ist.

Der vorliegende Dekretentwurf übernimmt viele der inhaltlichen Anregungen aus den Klausurtagungen. Die größten inhaltlichen Anpassungen betreffen die Anpassungen zur Personalbezuschussung, um bessere Rahmenbedingungen zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften zu schaffen, und Flexibilisierung des Förderrahmens zur Anpassung an die effektiven Bedarfe der Jugendeinrichtungen.

Fachkräftemangel

Die Qualität der Jugendarbeit steht und fällt mit ihren Fachkräften. Der Fachkräftemangel im Jugendbereich war bereits Gegenstand des zweiten Bands des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK II): Mit der Ausarbeitung eines ostbelgischen Bachelors zur sozialen Arbeit sollen über die Entwicklung dieser sehr weitreichende Qualifizierungsmaßnahme neue Fachkräfte für Ostbelgien gefunden werden.

Über die vorliegende Anpassung des Jugendförderdekrets sollen vor allem die Rahmenbedingungen verbessert werden:

- Vereinheitlichung der Zuschussgrundlage bei gleicher Qualifikation: Jugendarbeiter verlassen den Jugendsektor unter anderem, weil in anderen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft höhere Löhne gezahlt werden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Personalbezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gesundheits- und Sozialbereich höher liegt. Zukünftig sollen die Fachkräfte aus der Jugendarbeit bei gleicher Qualifikation in derselben Höhe wie im Gesundheits- und Sozialbereich entlohnt werden.
- Höhere Bandbreite an Funktionen in der Jugendarbeit und Schaffen von Perspektiven: Um Fachkräfte für die Jugendarbeit finden und vor allem halten zu können, ist es wichtig, die „richtigen Personen“ für die „richtigen Jobs“ zu finden. Die Jugendarbeit als solche ist ein spannendes, abwechslungsreiches Arbeitsfeld. Die aktuelle Personalbezuschussung spiegelt

das aber nicht wider. Zur Erhöhung der Attraktivität der Jugendarbeit gilt es daher, Perspektiven zu schaffen.

Über das Jugendförderdekret ist aktuell nur die Förderung von Jugendarbeitern vorgesehen. Das trägt den verschiedenen Qualifikationen und Aufgabenstellungen der Fachkräfte innerhalb der Jugendarbeit nicht ausreichend Rechnung.

Hinzu kommt die Qualifizierungsvorgabe: Das aktuelle Dekret sieht vor, dass ein Jugendarbeiter über einen Bachelor mit sozialpädagogischer Ausrichtung verfügt. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass Personen, die im Besitz des Abiturs oder des Gesellenzeugnisses sind und eine ausreichende Animationspraxis nachweisen, als Jugendarbeiter eingestellt werden können, wenn sie nach der Einstellung eine Ausbildung im Bereich der Sozialpädagogik absolvieren. Diese ursprünglich als Ausnahme angedachte Regelung ist – zumindest in der Offenen Jugendarbeit – in den letzten Jahren fast zur Regel geworden. Im Jugendbereich sind knapp 40 Vollzeitäquivalente (VZÄ) beschäftigt.

Über das Jugendförderdekret wird ein Stellenkontingent von 35 VZÄ gefördert. 28 Mitarbeiter sind aktuell als Jugendarbeiter (21 VZÄ) beschäftigt mit einem durchschnittlichen Beschäftigungsumfang von 0,75 VZÄ. Das durchschnittliche Dienstalalter der Jugendarbeiter liegt bei 8,5 Jahren. 15 der 28 Jugendarbeiter verfügen über ein Dienstalalter von weniger als 4 Jahren und 10 weniger als 2 Jahren. 8 der 15 Jugendarbeiter, die in den letzten 4 Jahren eingestellt worden sind, verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung. Diese Gruppe an Jugendarbeitern weist die höchste Personalrotation auf. Viele der ausscheidenden Jugendarbeiter geben als Kündigungsgrund an, dass einerseits die Doppelbelastung mit Job und Studium zu hoch gewesen sei und andererseits eine fachliche Überforderung bestanden habe.

Daher wird mit dem vorliegenden Dekret vorgeschlagen, eine größere Bandbreite an förderbaren Funktionen in der Jugendarbeit einzuführen:

- Jugendsozialarbeiter
- Jugendarbeiter-Assistenten
- Führungskräfte

Eine weitere wichtige Neuerung besteht darin, dass das Verfahren zur Gleichstellung von Diplomen ausgeweitet wird, um der inhaltlichen Bandbreite der Jugendarbeit besser entsprechen zu können. Es wird fortan möglich sein, Ausbildungen aus einer anderen Fachrichtung zu genehmigen, um einen spezifischen Bedarf für die Sparte der Jugendarbeit, in der die jeweilige Jugendeinrichtung tätig ist, zu decken. Ein spezifischer Bedarf ist z. B. die Überbrückung einer besonderen Arbeitssituation oder die Erarbeitung eines innovativen oder spezifischen Inhalts.

Mit diesen Maßnahmen soll die Bandbreite an förderbaren Funktionen in der Jugendarbeit deutlich ausgebaut und damit hoffentlich auch die Attraktivität des Sektors erhöht werden.

Flexibilisierung des Förderrahmens zur besseren Anpassung auf die Bedarfe der Jugendarbeit

Die Förderung der Jugendeinrichtungen vor allem in der Jugendinformation und der Offenen Jugendarbeit erfolgt nach einem festen und klar vorgegebenen Rahmen: Sowohl die Pauschalen für Funktionskosten als auch das Stellenkontingent sind je nach Größe und Bereich der Jugendarbeit klar festgelegt. Diese festen Schlüsselparameter entsprechen aber nicht immer den realen Bedarfen der Jugendeinrichtungen. Der Personalbedarf kann je nach

Situation der Jugendeinrichtung variieren. Mit dem vorliegenden Dekretentwurf wird die Grundlage für eine flexiblere Handhabung des Förderrahmens geschaffen:

- Stellenkontingent: Es soll für die Jugendinformation zukünftig dekretal ein Mindestkontingent festgelegt werden. Der effektive Personalbedarf soll von den Jugendeinrichtungen im Förderantrag beschrieben werden. Das förderbare Personalkontingent wird von der Regierung je nach Bedarf der jeweiligen Jugendeinrichtung für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums festgelegt.

- Gemeindezuschuss: Die Gemeinden beteiligten sich bisher anteilig an den Personalkosten des festgelegten Stellenkontingents. Die Zuschüsse der neun Gemeinden beliefen sich beispielsweise in der Jugendinformation 2020 auf 21.600 Euro. Dem liegt eine komplizierte Berechnungsformel zugrunde, deren Komplexität nicht im Verhältnis zur Höhe der Summe steht und sowohl den Gemeinden als auch den Jugendeinrichtungen keine langfristige Planbarkeit einräumt. Mit der Flexibilisierung des Stellenkontingents wird daher ein neues objektives Zuschusssystem eingeführt: Die Gemeinden zahlen fortan eine Pauschale pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde. Auf Grundlage der Anzahl Jugendlichen im Jahr 2020 und der Höhe der bisherigen Gemeindebezuschussung beläuft sich die Pauschale pro Jugendlichen auf 1,20 Euro für die Jugendinformation und 4 Euro für die Offene Jugendarbeit.

- Trägerschaftsmodelle: Der Evaluationsprozess hat gezeigt, dass eine der größten Herausforderungen in der Ausbildung angemessener Trägerschaftsmodelle für die Jugendarbeit liegt, die einerseits eine adäquate personelle Ausstattung zur Bewältigung der zahlreichen Aufgaben, aber gleichzeitig auch eine ausreichende Flexibilität erlauben.

In der Jugendinformation wird es ab dem Jahr 2021 nur noch einen Träger für die beiden Kantone Eupen und St. Vith geben.

Für die Offene Jugendarbeit sieht das aktuelle Dekret vor, dass es pro Gemeinde eine Dach-VoG als Trägerin der Offenen Jugendarbeit gibt. Als Arbeitgeber können alternativ das Jugendbüro oder die Gemeinde fungieren. Aktuell gibt es in acht von neun Gemeinden einen Träger für die Offene Jugendarbeit. In Eupen und Raeren fungieren die VoGs selbst als Arbeitgeber. In den sechs anderen Gemeinden ist das Jugendbüro Arbeitgeber. Die Förderung der OJA erfolgt über die Leistungsverträge, die zwischen drei Trägern abgeschlossen werden: VoG, Gemeinde und Deutschsprachiger Gemeinschaft. Das Jugendbüro ist, wenn es als Arbeitgeber fungiert, ebenfalls Partner im Leistungsvertrag. Einige der Dach-VoGs setzen sich darüber hinaus wiederum aus mehreren einzelnen VoGs pro Jugendtreff zusammen. Das aktuelle Dekret legt je nach Anzahl Jugendlichen und Jugendtreffs die Zuschüsse fest. Für die Funktionszuschüsse gilt aktuell:

- 7.500 Euro, mit weniger als 2.000 Jugendlichen und einem Standort;
- 15.000 Euro, mit weniger als 2.000 Jugendlichen und mindestens zwei Standorten;
- 15.000 Euro, mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen und mindestens einem Standort;
- 22.500 Euro, mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen und mindestens zwei Standorten;
- 30.000 Euro, mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen und mindestens drei Standorten;
- 37.500 Euro, mit mehr als 4.000 Jugendlichen und mindestens zwei Standorten;
- 45.000 Euro, mit mehr als 4.000 Jugendlichen und mindestens drei Standorten.

Für die Personalkosten sieht das Dekret vor:

- mindestens 0,5 bis zu einer besetzten Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit weniger als 2.000 Jugendlichen tätig sind;
- mindestens eine bis zu 1,5 besetzte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen tätig sind;
- mindestens 1,5 bis zu 2,5 besetzte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit mehr als 4.000 Jugendlichen tätig sind.

Nach diesem Schlüssel gehören sechs Gemeinden zur ersten Kategorie mit 0,5 VZÄ, zwei Gemeinden zur zweiten Kategorie mit 1-1,5 VZÄ und Eupen zur höchsten Kategorie mit 1,5-2,5 VZÄ. Daran zeigt sich die geringe Größe der meisten Träger in der Offenen Jugendarbeit.

Die Anzahl der Jugendtreffs ist aktuell ausschlaggebend für die Höhe des Funktionszuschusses. Die Lebenssituation der jungen Menschen hat sich u.a. aufgrund der Entwicklung des digitalen Lebensraums stark verändert. Dem ist bei der Festlegung der Zuschussparameter Rechnung zu tragen.

Bei den meisten Trägern der Offenen Jugendarbeit handelt es sich um kleine bzw. Kleinststrukturen mit einer halbezeitigen Jugendarbeiterstelle. Einige der ehrenamtlichen Verwaltungsräte, die als Träger der OJA fungieren, äußern, dass – trotz der Unterstützung durch das Jugendbüro – sie wenige oder auch keine Personen finden, um diesem verantwortungsvollen Mandat eines Verwaltungsratsmitglied nachzukommen. Mehrere der VoGs haben in den vergangenen Jahren phasenweise kurz vor der Auflösung gestanden. Zudem ist unter den Jugendarbeitern in der OJA eine sehr hohe Personalrotation zu verzeichnen.

Jugendarbeit bietet aufgrund der Bedarfe des Zielpublikums sowieso schon nicht die idealen Rahmenbedingungen. Aber Jugendarbeit ist ein spannender, abwechslungsreicher und gesellschaftlich wichtiger Aufgabenbereich, der sehr wohl Fachkräfte anziehen kann. Die größte Herausforderung für Offene Jugendarbeit in Ostbelgien liegt aktuell also darin, die Grundlagen für tragfähige und vollumfänglich handlungsfähige stabile Organisationsstrukturen zu schaffen, die attraktive Arbeitsplätze bieten können. Es sind im Rahmen des Konsultationsverfahrens mehrere neue Modelle für die OJA ausgearbeitet worden:

- Modell der vernetzten Offenen Jugendarbeit: stärkere Zentralisierung mit Einführung von Jugendkoordinatoren und der Trägerschaft bei einem Hauptakteur;
- Modell der kommunalen Jugendarbeit: starke Anwendung des Subsidiaritätsprinzips über die Trägerschaft durch die Gemeinden bzw. die örtlichen VOGs

Keines dieser beiden Modelle konnte alle Akteure überzeugen. Fakt ist aber, dass sich unbedingt etwas ändern muss, da aufgrund der hohen Personalrotation an einigen Standorten aktuell nur unregelmäßig Offene Jugendarbeit angeboten werden kann.

Daher wird mit dem aktuellen Dekret eine Lösung vorgeschlagen, die der Heterogenität der Offenen Jugendarbeit Rechnung trägt: Es wird eine so genannte Trägerschaftskaskade vorgesehen. Grundsätzlich sollte eine lokale Vereinigung die Offene Jugendarbeit tragen. Falls sich die VoG gegen diese Aufgabe ausspricht, kann die Gemeinde oder ein kommunaler Zusammenschluss entscheiden, die Trägerschaft zu übernehmen. Falls auch diese die Aufgabe nicht übernehmen möchte, trägt die Deutschsprachige Gemeinschaft Sorge dafür, dass in der betreffenden Gemeinde Offene Jugendarbeit angeboten wird, indem das Jugendbüro damit beauftragt wird. Das Ziel bleibt seit 2011 unverändert: Es gilt der dekretale Auftrag, in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft flächendeckend Offene Jugendarbeit anzubieten. Spricht sich ein Akteur für die Übernahme der OJA aus, kommt ihm während des fünfjährigen Förderzeitraums die ausschließliche Verantwortung zu.

Es gibt in der OJA sehr unterschiedliche Strukturen in den verschiedenen Gemeinden. Das flexible Kaskaden-Modell kommt diesem Umstand entgegen. So kann jede Ebene im Respekt des Subsidiaritätsprinzips die Verantwortung für die OJA übernehmen. Durch das neue Modell wird die aktuelle Dreier- bzw. Vierer-Konstellation aufgebrochen und die Strukturen verschlankt und somit handlungsfähiger.

Es ist davon auszugehen, dass man sich nicht in allen Gemeinden für dieselbe Lösung aussprechen wird. Diese Flexibilität soll aktiv gestaltet und ausgelebt werden. Daraus wird eine neue Dynamik entstehen und sich auch Chancen für Modell-Projekte ergeben. Die

Kaskade ermöglicht es, sich aus dem aktuellen dekretalen Korsett zu lösen. Es schafft die Möglichkeit, je nach örtlicher Befindlichkeit in verschiedenen Modellen zu arbeiten.

GUTACHTEN DES JUGENDRATES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Am 29. Januar 2021 wurde der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) um die Erstellung eines Gutachtens zum Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebeten, welches am 8. März 2021 dem zuständigen Minister übermittelt wurde.

- Der RDJ begrüßt in Artikel 1 eine Verschiebung der Altersgrenze bei Kindern und Jugendlichen auf 10 bis 30 Jahre.

- Der RDJ begrüßt in Artikel 4 die Kopplung des Jugendstrategieplans an den Förderzeitraum und die Loslösung von der Legislaturperiode.

- Der RDJ befürwortet in Artikel 6 die Unterscheidung der Jugendarbeiter in zwei Kategorien, um Menschen ohne Diplom die Möglichkeit zu geben, auch ohne verpflichtende Absolvierung eines Bachelorstudiengangs im sozialpädagogischen Bereich in der Jugendarbeit tätig zu sein. Zudem begrüßt der RDJ die Anpassung der Gehälter der Jugendarbeit an das Barema im Gesundheits- und Sozialbereich zur Stärkung der Attraktivität der Jugendarbeit.

- Der RDJ wertet in Artikel 11 die Regelung zur Herauf- bzw. Herabstufung der Förderkategorien und in Artikel 13 die Erhöhung des Zuschusses für Jugendlager zwecks Planungssicherheit und Gewährleistung einer qualitätsvollen Jugendarbeit als positiv.

Die folgenden Anmerkungen des RDJ wurden nicht berücksichtigt:

1. Der RDJ befürchtet in Artikel 6 das Einhergehen einer negativen Konnotation bei der Begriffswahl „Jugendarbeiter-Assistent“ und schlug den Begriff des „Jugendhelfers“ vor.

Die Kategorisierung der Jugendarbeiter entsprechend ihrer Qualifikation erfolgt ausschließlich zu Bezuschussungszwecken. Die Verwendung des Begriffs „Jugendhelfer“ kann zu einer möglichen Verwirrung mit dem Bereich der Jugendhilfe führen. Zudem wird die Begriffswahl „Jugendarbeiter-Assistent“ u.a. seit der Einführung des „Kindergarten-Assistenten“ als aufwertend empfunden, sodass an ihr festgehalten wird.

2. Der RDJ unterstreicht in Artikel 5, dass die digitale Jugendarbeit zunehmend an Bedeutung gewinnt, schlägt jedoch vor, diesen Punkt nicht in den allgemeinen Förderkriterien, sondern in den Schwerpunkten der Jugendarbeit aufzunehmen.

Die gewählte Formulierung betrifft nicht nur die digitale Jugendarbeit im spezifischen Sinne, sondern versteht den digitalen Raum als Lebensraum in seiner Gänze. Die Gewährleistung einer zukunftsfähigen und sich ständig weiterentwickelnden Jugendarbeit ist unabdingbar.

3. Der RDJ unterstützt in Artikel 6 die Einführung von Führungskräften in den beiden größten Jugendeinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, regt jedoch an, Bedingungen festzulegen, unter denen auch andere Jugendeinrichtungen eine solche Möglichkeit erhalten.

Aufgrund der kleinen Strukturen in der Offenen und Organisierten Jugendarbeit wird von der Schaffung einer solchen Möglichkeit abgesehen.

4. Hinsichtlich der Offenen Jugendarbeit bat der RDJ in Artikel 22 um eine Verdeutlichung im Falle des Szenarios, in dem der Bedarf, Offene Jugendarbeit in einer der neun Gemeinden zu betreiben, nicht besteht.

Von einer Verdeutlichung wird abgesehen, da der dekretale Auftrag, in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft flächendeckend Offene Jugendarbeit anzubieten, gilt. Wenn beispielsweise eine Gemeinde keinen Bedarf zur Etablierung eines Jugendtreffs sieht (und voraussichtlich nicht die Trägerschaft der OJA übernimmt), bedeutet dies nicht, dass keine Jugendarbeit auf dem Terrain der Gemeinde stattfinden muss. Der Träger verpflichtet sich, einen bedarfsorientierten Handlungsplan zu erarbeiten, der gewährleistet, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen in den Mittelpunkt gerückt werden. Bei der Umsetzung dieses Handlungsplans wird ausschließlich auf die Methoden zurückgegriffen, die von den Fachkräften als sinnvoll erachtet werden (Projektarbeit, Treffarbeit, aufsuchenden Arbeit, Einzelfallhilfe).

5. Der RDJ schlägt in Artikel 31 vor, einen Passus zur Berücksichtigung der Auswirkungen höherer Gewalt bei der Genehmigung einer Grundausbildung für ehrenamtliche Jugendleiter einzufügen.

Von diesem Vorschlag wird abgesehen, da die Jugendkommission ausreichend Zeit (45 Tage) zur Begutachtung des Stundenplans sowie der Angaben zu den Referenten zur Verfügung hat. Nichtsdestotrotz kann entsprechend der gewählten Formulierung eine Grundausbildung jederzeit (u.a. aufgrund höherer Gewalt) verschoben oder abgesagt werden.

6. Der RDJ schlägt in Artikel 37 (ehem. 33) im Rahmen der Übergangsbestimmungen vor, die Regelstudienzeit um ein zusätzliches Jahr zu verlängern, um eine Herabstufung auf das Barema des Jugendarbeiter-Assistenten und einer womöglich damit einhergehenden Fluktuation zu vermeiden.

Um eine Ungleichbehandlung ab Beginn des Förderzeitraums zu vermeiden, wird von diesem Vorschlag abgesehen.

Die folgenden Anmerkungen des RDJ wurden berücksichtigt und die betroffenen Artikel entsprechend angepasst:

1. Der RDJ schlug aufgrund der durch die Jugendinformation durchgeführten Animationen im schulischen Kontext vor, die Formulierung in Artikel 2 Absatz 2 zu nuancieren. Diesem Vorschlag wurde Rechnung getragen.

2. Der RDJ begrüßt durch die Schaffung eines jährlichen Programms die Verringerung des administrativen und konzeptuellen Aufwands für die Jugendeinrichtungen und die stärkere Verknüpfung mit dem Aktionsplan des Jugendstrategieplans. Vor diesem Hintergrund wies der RDJ auf eine mögliche Verwirrung bei der Verwendung des Begriffs „Aktionsplan“ hin. Diese Anmerkung wurde berücksichtigt, sodass im vorliegenden Entwurf (Artikel 4, 8, 10, 14, 17, 20, 23, 24) der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen und der Begriff „Aktionsplan“ für den Jugendstrategieplan gewählt wurde.

3. Der RDJ begrüßt bezüglich der Schwerpunkte der Jugendarbeit die angepassten Formulierungen zur Medienkompetenz, Geschlechterreflektion und Nachhaltigkeit, unterstreicht jedoch, dass der Begriff Nachhaltigkeit über Natur und Umwelt hinaus geht. Eine Präzisierung wurde in Artikel 5 Nummer 6 des Vorentwurfs vorgenommen.

4. Die vom RDJ in Artikel 6 gewünschten Ergänzungen hinsichtlich des Weiterbildungsumfangs von 300 Stunden für Jugendarbeiter-Assistenten (Themenschwerpunkte, Zeiträumen, Anbieter, Finanzierung, Anerkennung) sollen unter Einbeziehung des Sektors bei der Ausformulierung des Ausführungserlasses erarbeitet werden.

5. Der RDJ schlug die Möglichkeit einer Indexierung jeglicher Zuschüsse, die im Jugendförderdekret festgelegt werden, vor. Diesem Vorschlag wurde durch Artikel 35 des Vorentwurfs Rechnung getragen.

6. Der RDJ befürwortet die vorgeschlagenen Mindestbestimmungen zur Förderung der Jugendinformation, forderte jedoch die Präzisierung einer jährlichen Pauschale. Dieser Vorschlag wurde in Artikel 18 des Vorentwurfs umgesetzt.

7. Der RDJ hebt die Wichtigkeit eines Begleitausschusses im Rahmen der Offenen Jugendarbeit hervor. Es wurde in Artikel 20 und 25 des Vorentwurfs bezüglich der Erstellung der kommunalen Jahresprogramme präzisiert, dass der Träger der Offenen Jugendarbeit regelmäßig Sozialraumanalysen durchführt und jährlich, unter Einbeziehung der für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partner, ein kommunales Jahresprogramm erstellt. Zudem wird entsprechend Artikel 23 des Vorentwurfs der jeweilige Träger im Rahmen des Förderantrags dazu verpflichtet, Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partnern zu machen, welche wiederum von der Regierung überprüft werden.

8. Die Anmerkung des RDJ bezüglich des Herabsetzens der Höhe des Mindestbeitrags für Weiterbildungen von ehrenamtlichen Jugendleitern ist hinfällig. Durch die Formulierung in Artikel 31 des Vorentwurfs wird ausschließlich ein Höchstbeitrag in Höhe von 325 Euro vorgesehen.

GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

In ihrem Gutachten Nr. 30/2021 vom 18. März 2021 hat sich die Datenschutzbehörde (DSB) insbesondere mit dem neuen Kapitel 5.2 zur Vertraulichkeit und zum Datenschutz befasst. Die Analyse der DSB ging auf die Rechtsgrundlagen, die Zweckbestimmungen, die Verhältnismäßigkeit, die Dauer der Datenverarbeitung, die betroffenen Personen sowie die für die Verarbeitung Verantwortlichen ein. Folgende Punkte wurden in dem besagten Gutachten hervorgehoben:

1. Die DSB stellte die Abwesenheit einer besonderen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung sowie von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten im Sinne von Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, insofern die Offene und die Mobile Jugendarbeit betroffen sind.

Dabei ist es jedoch unbestritten, dass im Rahmen von Einzelfallberatungen Jugendliche sich mit verschiedensten Bedürfnissen vertrauensvoll an die Jugendarbeiter der Offenen oder Mobilen Jugendarbeit wenden können, sei es – beispielsweise – um gesundheitliche Probleme mit ihnen zu besprechen, sei es um ganz persönliche religiöse oder politische Auffassungen an sie heranzutragen, sei es um Fragen im Zusammenhang mit ihrer sexuellen Orientierung mit ihnen besprechen zu wollen oder sei es um eine Begleitung im Kontext der Aufarbeitung von Straftaten in Anspruch zu nehmen. Vor dem Hintergrund, dass bereits die mündliche Kenntnisnahme der in Artikel 55.7 aufgeführten Datenkategorien eine Datenverarbeitung implizieren kann, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, dass die Jugendarbeiter rechtlich ermächtigt werden, diese Informationen zu verwenden.

Nichtsdestoweniger wird keine systematische Datenerhebung durch die Jugendarbeiter vorgenommen, sondern erfolgt punktuell auf Anfrage der Betroffenen. Um auf die Bemerkung der DSB einzugehen, wurde dieser Aspekt in den Artikeln 22 und 30 des Jugendförderdekrets präzisiert.

2. Die DSB kam zu der Feststellung, dass es im Vorentwurf einen Widerspruch zwischen dem ersten und dem zweiten Satz von Artikel 55.6 gab. Entsprechend der Empfehlung der DSB wurde der erste Satz gestrichen.

3. Ferner stellte die DSB fest, dass die Zweckbestimmung der Datenverarbeitung durch die verschiedenen für die Verarbeitung Verantwortlichen mittels Verweisen nicht ausreichend klar und präzise im Vorentwurf identifiziert wurde.

Diese Bemerkung aufgreifend wurden in Artikel 55.7 in den jeweiligen Paragraphen, in denen je für die Verarbeitung Verantwortlichen die verschiedenen Datenkategorien aufgeführt werden, ein zweiter Absatz eingefügt, der präzise aufführt, zu welchen Zwecken die besagten Daten verarbeitet werden dürfen.

4. In Artikel 5.1 wurde infolge einer entsprechenden Bemerkung der DSB ergänzt, dass es sich bei dem Auszug aus dem Strafregister um den Auszug gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches handelt.

5. Schließlich bemängelte die DSB, dass die maximale Dauer der Verarbeitung, die in Artikel 55.8 pauschal auf zehn Jahre ab Erhebung festgelegt worden war, zu undifferenziert sei.

Infolgedessen wurden die Fristen in dem Artikel aufgegliedert und angepasst.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Mit dieser Bestimmung wird Artikel 1 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit (hiernach: Jugendförderdekret) abgeändert. So sollen verschiedene Begriffsbestimmungen angepasst werden.

Unter anderem auf Wunsch der Jugendarbeiter soll die untere Altersgrenze für Jugendliche auf 10 Jahre abgesenkt werden. Die Absenkung der Altersgrenze für Jugendliche entspricht der gängigen Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die junge Menschen (Adoleszenz) als 10- bis 19-jährige Menschen ansehen. Die Europäische Union ihrerseits definiert Jugendliche in der Altersstufe von 13 bis 30 Jahren.

Des Weiteren ist es aufgrund der Anpassungen des Jugendförderdekrets auch die Definition des Jugendarbeiters und der Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit anzupassen sowie die Begriffe „Förderzeitraum“ und „Datenschutz-Grundverordnung“ in die Liste der Begriffsbestimmungen aufzunehmen.

Artikel 2

Im Rahmen der Klausurtagungen mit den Vertretern des Jugendsektors wurde vorgeschlagen die Wortfolge „im Rahmen besonderer Freizeitaktivitäten“ zu streichen, da dieses Kriterium auf die Jugendinformation nicht zutrifft. Darüber hinaus wurde die Formulierung

entsprechend dem Gutachten des RDJ angepasst und die vorgeschlagene Präzisierung übernommen.

Artikel 3

Zur Vermeidung eventueller Diskriminierungen wird beschlossen, die Tragweite des Dekrets ausdrücklich auf alle Geschlechter auszuweiten und die binäre Aufteilung aufzugeben.

Artikel 4

Die Kopplung zwischen der Legislaturperiode des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Beginn bzw. der Laufdauer des Strategieplans soll aufgegeben werden, um den Förderzeitraum von einem politischen Ereignis loszulösen. Stattdessen soll der Strategieplan für die Dauer eines Förderzeitraums von fünf Jahren gelten, der immer zum 1. Januar beginnt (siehe Artikel 1 Nr. 16 des Jugendförderdekrets). Artikel 4 des Jugendförderdekrets wird entsprechend umgeschrieben. Der erste Förderzeitraum soll im Jahr 2023 beginnen (siehe Artikel 80.1 des Jugendförderdekrets). Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Aktionsplan“ ausschließlich für den Jugendstrategieplan verwendet.

Artikel 5

Die Schwerpunkte der Jugendarbeit werden aufgrund der Rückmeldungen der Klausurtagungen, der Wirksamkeitsdialoge, der Begleitausschüsse, diverser Projekte im Jugendbereich und des Gutachtens der RDJ aktualisiert. Die zunehmende Digitalisierung und die wachsende Wichtigkeit der Grundsätze der Nachhaltigkeit - in Anlehnung an die in der Resolution 71/313 der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Arbeit der Statistischen Kommission betreffend die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ vom 6. Juli 2017 festgehaltenen Ziele für nachhaltige Entwicklung - sollen eine dekreterale Verankerung im Rahmen der Schwerpunkte der Jugendarbeit finden. Auch sind technische Anpassungen notwendig, um der Kohärenz und dem allgemeinen Sprachgebrauch gerecht zu werden.

Artikel 6

Eine der größten Herausforderungen, mit denen die Jugendarbeit zu kämpfen hat, ist der Fachkräftemangel. Daher sollen mit dem vorliegenden Dekret bessere Ausgangsfaktoren geschaffen werden. Das Jugendförderdekret sieht derzeit vor, dass ein Jugendarbeiter über einen Bachelor mit sozialpädagogischer Ausrichtung verfügt. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass Personen, die im Besitz des Abiturs oder des Gesellenzeugnisses sind und eine ausreichende Animationspraxis nachweisen, als Jugendarbeiter eingestellt werden können, wenn sie nach der Einstellung eine Ausbildung im Bereich der Sozialpädagogik absolvieren.

Die aktuelle einheitliche Bezuschussungsgrundlage trägt den verschiedenen Qualifikationen und Aufgabenstellungen der Fachkräfte innerhalb der Jugendarbeit nicht ausreichend Rechnung. Daher wird mit dem vorliegenden Dekret vorgeschlagen, eine größere Bandbreite an bezuschussbaren Funktionen in der Jugendarbeit einzuführen: Jugendsozialarbeiter, Jugendarbeiter und Führungskräfte in der Jugendarbeit.

Eine weitere wichtige Neuerung besteht darin, dass das Verfahren zur Gleichstellung von Diplomaten ausgeweitet wird, um der inhaltlichen Bandbreite der Jugendarbeit besser entsprechen zu können.

Artikel 7

Hierbei handelt es sich um eine technische Anpassung in Zusammenhang mit den Änderungen in Artikel 9 und 10 des Jugendförderdekrets.

Artikel 8 und 9

Die Antragstellung für den Erhalt einer Förderung aufgrund des Jugendförderdekrets soll vereinfacht werden. So soll es künftig keine Konzepte mehr geben. Stattdessen wird ein Förderantrag eingereicht, der ein Jahresprogramm enthält und dem die verschiedenen in Artikel 9 des Jugendförderdekrets aufgeführten Informationen beigelegt werden. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen.

Die Genehmigung des Förderantrags erfolgt entsprechend den in Artikel 10 des Jugendförderdekrets aufgeführten Modalitäten. Es wird weiterhin festgehalten, dass die Förderung für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans gilt.

Artikel 10

Das administrative Verfahren für die Wirksamkeitsdialoge wird angepasst, indem jährlich die Umsetzung und Aktualisierung des neu eingeführten Jahresprogramms besprochen wird. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen.

Artikel 11

Eine Herabstufung einer Jugendorganisation in eine tiefere Kategorie soll zukünftig erst erfolgen, wenn fünf Jahre lang die Mindestanzahl an Mitgliedern nicht erreicht wird. Diese Anpassung wird vorgenommen, um den Jugendorganisationen eine höhere Planungssicherheit einzuräumen und sicherzustellen, dass ein Mitgliederrückgang nicht bloß einer kurzfristigen Entwicklung geschuldet ist. Eine für die Jugendorganisation günstig ausfallende Aufstufung ist hingegen schon möglich, wenn sich über zwei Jahre in Folge Mitgliedszahlen der nächsthöheren Kategorie feststellen lassen.

Artikel 12

Die Zuschüsse für Jugendorganisationen sollen ebenfalls der Anpassungsfähigkeit an die verfügbaren Haushaltsmittel unterliegen.

Artikel 13

Die Pauschale für Jugendlager wird auf 1,50 Euro erhöht. Damit wird auch den höheren Zuschüssen der Französischsprachigen Gemeinschaft Rechnung getragen. Außerdem ist die Erhöhung die Folge der inflationsbedingten steigenden Lebenshaltungskosten und gleicht Kaufkraftdisparitäten aus.

Artikel 14 und 15

Die Antragstellung für den Erhalt einer Förderung aufgrund des Jugendförderdekrets soll vereinfacht werden. So soll es künftig keine Konzepte mehr geben. Stattdessen wird ein Förderantrag eingereicht, der ein Programm enthält und dem die verschiedenen in Artikel

17 des Jugendförderdekrets aufgeführten Informationen beigefügt werden. Eine weitere Anpassung ist, dass der Träger der Jugendinformation im Förderantrag beschreiben soll, welche Personalressourcen für die Umsetzung des Programms benötigt werden. Die Genehmigung des Förderantrags erfolgt entsprechend den in Artikel 18 des Jugendförderdekrets aufgeführten Modalitäten. Es wird weiterhin festgehalten, dass die Förderung für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans gilt. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Programm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen.

Artikel 16

Es wird weiterhin ein Leistungsauftrag mit dem Träger der Jugendinformation abgeschlossen. Um die administrativen Abläufe zu vereinfachen, wird dieser fortan aber direkt zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Träger der Jugendinformation abgeschlossen. Dies ist möglich, da ein neues Zuschusssystem für die Gemeinden vorgesehen wird (siehe Artikel 21 des Jugendförderdekrets).

Artikel 17

Es wird weiterhin einen Begleitausschuss zur Überprüfung der Umsetzung des Leistungsauftrags geben. Zur Vereinfachung der Gremienstrukturen sind die Gemeinden des Kantons Eupen und die Gemeinden des Kantons St. Vith mit jeweils einem Vertreter in diesem Begleitausschuss vertreten. Um jedoch eine ausgewogene Repräsentanz aller Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zu gewährleisten, wurde beschlossen die Amtszeit der jeweiligen Kantonsvertreter auf ein Jahr zu beschränken, sodass jede Gemeinde in ihrem jeweiligen Kanton zum Zug kommen muss, bevor dieselbe Gemeinde einen Vertreter für eine zweite Amtszeit bereitstellen kann.

Artikel 18

Der Funktionszuschuss wurde infolge der Fusion der beiden Informationszentren zusammengelegt.

Bisher beteiligten sich die Gemeinden an den restlichen Personalkosten der Jugendarbeiter. Dem lag ein sehr komplizierter Verrechnungsschlüssel auf drei verschiedenen Ebenen zugrunde:

- Ebene 1: 12,5% der ersten Jugendarbeiterstelle, 20% der zweiten Jugendarbeiterstelle inkl. Verrechnung der Personalkosten des Vorjahrs;
- Ebene 2: Abzug des Provinzzuschusses für die Jugendinformation;
- Ebene 3: unterschiedlicher Verteilerschlüssel pro Kanton.

Diese komplizierte Verrechnungsweise steht nicht im Verhältnis zur Summe.

Daher wird ein neues einheitliches Zuschusssystem eingeführt. Die Gemeinden sollen fortan eine Pauschale pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde zahlen. Auf Grundlage der Anzahl Jugendlichen des Referenzjahres 2019 werden sich die Gemeinden ab dem Jahr 2022 mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 1,20 Euro pro Jugendlichen an den Personalkosten der Jugendinformation beteiligen. Diese Form der Kostenbeteiligung entspricht dem Vorschlag des RDJ-Gutachtens.

Artikel 19

Diese Präzisierung ergibt sich aus der Bemerkung der Datenschutzbehörde (siehe oben).

Artikel 20

Zur Erfassung des lokalen Bedarfs an Offener Jugendarbeit sind weiterhin Sozialraumanalysen notwendig. Neu ist, dass ein kommunales Jahresprogramm zu erstellen sein wird. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen. Zudem wird der Anmerkung des RDJ Rechnung getragen, indem der Träger der Offenen Jugendarbeit dazu verpflichtet wird, die für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partner bei der Ausarbeitung einzubeziehen.

Artikel 21

Es soll außerdem ein Konzertierungsverfahren zwischen dem Träger der Offenen Jugendarbeit und den relevanten Akteuren des Sektors vorgesehen werden.

Artikel 22

Bei den meisten Trägern der Offenen Jugendarbeit (OJA) handelt es sich zurzeit um kleine bzw. Kleinststrukturen mit einer halbezeitigen Jugendarbeiterstelle. Einige der ehrenamtlichen Verwaltungsräte, die als Träger der OJA fungieren, äußern dabei, dass – trotz der Unterstützung durch das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft – die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht ausreichen, um diesem verantwortungsvollen Mandat nachzukommen. Mehrere der VoGs haben in den vergangenen Jahren phasenweise kurz vor der Auflösung gestanden. Gerade unter den Jugendarbeitern in der OJA ist eine sehr hohe Personalrotation zu verzeichnen. Es muss jedoch ein neuer Ansatz gefunden werden, da aufgrund der hohen Personalrotation an einigen Standorten aktuell kaum Offene Jugendarbeit angeboten werden kann.

Daher wird eine Lösung vorgeschlagen, die der Heterogenität der Offenen Jugendarbeit Rechnung trägt. Es wird eine sogenannte Trägerschaftskaskade vorgesehen: grundsätzlich sollte eine lokale Vereinigung die Offene Jugendarbeit tragen. Falls sich die Dach-VoG gegen diese Aufgabe ausspricht oder sich kein entsprechender Kandidat finden lässt, kann die Gemeinde entscheiden, die Trägerschaft zu übernehmen. Falls auch diese die Aufgabe nicht übernehmen möchte, trägt die Deutschsprachige Gemeinschaft dafür Sorge, dass in der betreffenden Gemeinde Offene Jugendarbeit angeboten wird. Es gilt der dekretele Auftrag, in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft flächendeckend Offene Jugendarbeit anzubieten. Spricht sich ein Akteur für die Übernahme der OJA aus, kann ihm während des fünfjährigen Förderzeitraums die ausschließliche Verantwortung zukommen.

Es gibt in der OJA sehr unterschiedliche Strukturen in den verschiedenen Gemeinden. Das flexible Kaskaden-Modell kommt diesem Umstand entgegen. So kann jede Ebene die Verantwortung für die OJA übernehmen. Durch das neue Modell wird die aktuelle Dreier- bzw. Vierer-Konstellation aufgebrochen und die Strukturen verschlankt.

Es ist davon auszugehen, dass nicht in allen Gemeinden dieselbe Lösung angewendet wird. Daraus können sich auch Chancen für Modell-Projekte ergeben. Die Kaskade ist keine Verlegenheitslösung, sondern bietet die Chance, sich aus dem aktuellen dekretalen Korsett zu lösen. Sie schafft die Möglichkeit, je nach örtlicher Befindlichkeit in verschiedenen Modellen zu arbeiten.

Artikel 23 und 24

Die Antragstellung für den Erhalt einer Förderung aufgrund des Jugendförderdekrets soll vereinfacht werden. So soll es künftig keine Konzepte mehr geben. Stattdessen wird ein

Förderantrag eingereicht, der ein kommunales Jahresprogramm enthält und dem die verschiedenen in Artikel 26 des Jugendförderdekrets aufgeführten Informationen beigelegt werden. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen. Zudem wird der Anmerkung des RDJ Rechnung getragen, indem der jeweilige Träger im Rahmen des Förderantrags dazu verpflichtet wird, Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partnern zu machen

Die Genehmigung des Förderantrags erfolgt entsprechend den in Artikel 27 des Jugendförderdekrets aufgeführten Modalitäten. Es wird weiterhin festgehalten, dass die Förderung für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans gilt. Zudem muss der Träger der Offenen Jugendarbeit jährlich bis zum 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahrs einen Tätigkeitsbericht einreichen.

Artikel 25

Die Höhe des Funktionszuschusses für die Offene Jugendarbeit soll sich nur noch nach der Anzahl Jugendlichen richten, nicht mehr nach der Anzahl Jugendtreffs. Die Lebensräume der Jugendlichen haben sich durch die Digitalisierung stark verändert. Die „Generation Smartphone“ ist nicht mehr an feste Treffpunkte gebunden. Sie sind mobiler geworden. Andererseits bleiben die Grundbedürfnisse junger Menschen dieselben, wie sich vom Elternhaus zu lösen und Freunde zu treffen. Dafür ist ggf. ein Ausweichort erforderlich, „ein zweites Zuhause“, von welchem die Jugendlichen nicht vertrieben werden. Ein solcher Ort kann der Jugendtreff sein. Die digitale Begegnung kann die persönliche nicht ersetzen, aber die Anzahl der Treffs sollte bedarfsorientiert festgelegt werden. Daher sollte die Anzahl der Treffs kein Zuschusskriterium mehr sein.

Bisher beteiligten sich die Gemeinden entsprechend einer sehr komplizierten Verrechnungsweise an den restlichen Personalkosten der Jugendarbeiter. Analog zur Jugendinformation wird auch für die Offene Jugendarbeit ein neues einheitliches Zuschusssystem eingeführt. Die Gemeinden sollen fortan eine Pauschale pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde zahlen. Auf Grundlage der Anzahl Jugendlichen des Referenzjahres 2019 werden sich die Gemeinden ab dem Jahr 2022 mit einer jährlichen Pauschale in Höhe von 4 Euro pro Jugendlichen an den Personalkosten beteiligen.

Artikel 26

Die hier angestrebte Anpassung, ist darauf zurückzuführen, dass das durch die Regierung beauftragte Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft, bedingt durch die neuartige Trägerschaftskaskade fortan nicht nur als Träger der Mobilen Jugendarbeit, sondern auch als Träger der Offenen Jugendarbeit in Frage kommen kann (Artikel 25 des Jugendförderdekrets).

Artikel 27

Es empfiehlt sich, die Zielsetzungen und Methoden der Mobilen Jugendarbeit genauer festzulegen.

Artikel 28

Das Jugendbüro soll zu Beginn des Förderzeitraums ein Konzept zur Mobilen Jugendarbeit und zur Offenen Jugendarbeit für die Gemeinden, in denen dem Jugendbüro die

Trägerschaft obliegt, erstellen. Die Bestimmung legt die Inhalte des Konzepts und die Schritte zur Genehmigung fest.

Artikel 29

Mit dieser Abänderung soll die bestehende Bestimmung zur Bezuschussung des Jugendbüros präzisiert werden. Fortan wird ausdrücklich auf den neuen Artikel 5.1, der die Personalausgaben festlegt, verwiesen.

Artikel 30

Da die Bestimmung zur Weiterbildung von Jugendarbeitern jetzt in Artikel 5.1 übernommen wurde, kann sie an dieser Stelle aufgehoben werden.

Artikel 31

Wie von den Jugendeinrichtungen vorgeschlagen, soll die Regierung zur Stärkung des Ehrenamts wie bei den kreativen Ateliers auch ehrenamtlichen Jugendleitern einen Zuschuss für Weiterbildungen gewähren können.

Artikel 32 und 33

Mit diesen Artikeln wird eine technische Korrektur vorgenommen. Tatsächlich erhalten nicht nur Jugendorganisationen Ausrüstungszuschüsse, sondern alle Jugendeinrichtungen.

Artikel 34

Das Jugendförderdekret soll um ein neues Kapitel 5.2 ergänzt werden, das verschiedene Bestimmungen zum Datenschutz enthält. Dieses Kapitel wurde infolge des Gutachtens der Datenschutzbehörde grundlegend angepasst (siehe oben).

Artikel 55.5

Diese Bestimmung beinhaltet eine allgemeine Vertraulichkeitsbestimmung. „Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen“ bedeutet, dass, in Fällen, in denen die Weitergabe der Angaben gesetzlich vorgesehen ist oder wenn die Weitergabe zur Durchführung des vorliegenden Dekretentwurfs notwendig ist, diese Vertraulichkeitsklausel dem nicht entgegengehalten werden darf. Eventuell anwendbare Bestimmungen zum Berufsgeheimnis werden nicht berührt.

Artikel 55.6

Dieser Artikel legt die im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten Verantwortlichen fest. Die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Artikel 55.7

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft verarbeiten. Diese Auflistung ist im neuen Artikel 55.7 des Jugendförderdekrets zu finden. Dabei geht es darum, eine transparente und

vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Die genaue Aufgliederung soll durch die Regierung vorgenommen werden. Die erwähnten personenbezogenen Daten werden in angemessener, sachdienlicher und verhältnismäßiger Weise verarbeitet.

Artikel 55.8

In dieser Bestimmung wird die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten festgelegt.

Artikel 55.9

In Artikel 55.9 des Jugendförderdekrets wird eine Ermächtigung an die Regierung vorgesehen, um Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der Daten festzulegen

Artikel 35

Entsprechend dem Gutachten des RDJ wird die Möglichkeit einer Indexierung jeglicher Zuschüsse, die im Jugenddekret festgelegt werden, geschaffen.

Artikel 36

Mit dieser Bestimmung wird lediglich ein technischer Verweis auf das Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen eingefügt.

Artikel 37

Dieser Artikel regelt die übergangsweise Bezuschussung der Personalmitglieder der Jugendeinrichtungen. Durch den eingefügten Artikel 5.1 ergeben sich neue Bezuschussungsbedingungen und unterschiedliche zuschussberechtigte Personalkategorien, die unterschiedliche berufliche Qualifikationen vorweisen müssen, um verschiedenartige Bezuschussungsbarbaren anzuwenden.

Artikel 38

Der erste neue Förderzeitraum im Sinne von Artikel 1 Nr. 16 des Jugendförderdekrets soll am 1. Januar 2023 beginnen und nach fünf Kalenderjahren am 31. Dezember 2027 enden.

Artikel 39

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets auf den 1. Januar 2022 fest.

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit

Artikel 1 - Artikel 1 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge „von 4 bis 11 Jahren“ durch die Wortfolge „von 4 bis 9 Jahren“ ersetzt.

2. In Nummer 2 wird die Wortfolge „von 12 bis 30 Jahren“ durch die Wortfolge „von 10 bis 30 Jahren“ ersetzt.

3. In Nummer 8 wird zwischen die Wörter „die“ und „beruflich“ die Wortfolge „als Jugendsozialarbeiter oder Jugendarbeiter-Assistent“ eingefügt.

4. Nummer 14 wird wie folgt ersetzt:

„14. Träger der Offenen Jugendarbeit: je nach Fall eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, die die allgemeinen Förderkriterien als Jugendeinrichtung gemäß Artikel 5 erfüllt und in der betreffenden Gemeinde mit der Offenen Jugendarbeit beschäftigt ist, die jeweilige Gemeinde oder die Regierung;“

5. Folgende Nummer 16 wird eingefügt:

„16. Förderzeitraum: Zeitraum, der fünf Jahre umfasst und immer zum 1. Januar beginnt, in dem die Förderung gemäß dem vorliegenden Dekret gewährleistet wird;“

6. Folgende Nummer 17 wird eingefügt:

„17. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.“

Art. 2 - In Artikel 2 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Jugendarbeit findet im außerschulischen Bereich und im Rahmen besonderer Freizeitaktivitäten statt“ durch die Wortfolge „Jugendarbeit findet hauptsächlich im außerschulischen Bereich statt“ ersetzt.

Art. 3 - In Artikel 3 desselben Dekrets wird das Wort „beide“ durch das Wort „alle“ ersetzt.

Art. 4 - Artikel 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. November 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge „und Förderzeitraum“ eingefügt.

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Regierung verabschiedet für jede Legislaturperiode“ durch die Wortfolge „Die Regierung veröffentlicht für jeden Förderzeitraum“ ersetzt.

3. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Zur Vorbereitung auf den Strategieplan der folgenden Legislaturperiode veröffentlicht die Regierung im Oktober des Jahres, das der Wahl zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorausgeht,“ durch die Wortfolge „Zur Vorbereitung auf den folgenden Strategieplan veröffentlicht die Regierung“ ersetzt.

4. In Absatz 3 wird Satz 1 wie folgt ersetzt:

„Die Regierung legt im Januar des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, die Themenschwerpunkte für den folgenden Strategieplan fest.“

5. In Absatz 4 wird Satz 1 wie folgt ersetzt:

„In demselben Jahr nimmt die Regierung eine Auswertung des Strategieplans des laufenden Förderzeitraums vor und arbeitet auf Grundlage der festgelegten Themenschwerpunkte den Aktionsplan des folgenden Strategieplans aus.“

6. In Absatz 4 wird Satz 4 wie folgt ersetzt:

„Die Umsetzung des Aktionsplans endet spätestens im letzten Jahr des betreffenden Förderzeitraums.“

Art. 5 - Artikel 5 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird folgende Nummer 6.1 eingefügt:
„6.1 zunehmend physische, virtuelle und undefinierte Räume miteinander verbinden und kombinieren, um den Lebensumständen junger Menschen gerecht zu werden;“
2. In §1 Nummer 7 wird das Wort „mit einer Behinderung“ durch das Wort „mit Unterstützungsbedarf“ ersetzt.
3. In §1 wird folgende Nummer 7.1 eingefügt:
„7.1 junge Menschen erreichen, die Gefahr laufen, von der digitalisierten Gesellschaft abgehängt zu werden;“
4. §2 Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:
„4. die digitale Jugendarbeit als Förderung der digitalen Kompetenzen und der Medienkompetenz junger Menschen, damit sie sich aktiv und kreativ in die digitale Gesellschaft einbringen, fundierte und überlegte Entscheidungen treffen sowie Verantwortung für und Kontrolle über ihre digitale Identität übernehmen;“
5. §2 Absatz 1 Nummer 6 wird wie folgt ersetzt:
„6. die geschlechterreflektierte Jugendarbeit zur Förderung der Chancengerechtigkeit und der Überwindung von Geschlechterstereotypen, sowie der Offenheit und Akzeptanz gegenüber der Lebensweise aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität;“
6. In §2 Absatz 1 wird folgende Nummer 8 eingefügt:
„8. die Grundsätze der Nachhaltigkeit und die Bildung für nachhaltige Entwicklung, mitunter als Förderung des Interesses für einen sinnvollen Umgang mit Natur und Umwelt sowie ein global gerechtes Miteinander aller Menschen auf dieser Welt.“
7. §3 wird aufgehoben.

Art. 6 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 5.1 eingefügt:

„Art. 5.1 - Personalzuschüsse

§1 - Beantragen die Jugendeinrichtungen für die Beschäftigung von Jugendsozialarbeitern Personalzuschüsse aufgrund des vorliegenden Dekrets, erfüllen diese folgende Bedingungen:

1. Sie weisen einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vor, der keine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von über sechs Monaten beinhaltet.
2. Sie sind mindestens im Besitz des Diploms eines Bachelors im sozialpädagogischen Bereich.

Auf begründeten Vorschlag der Jugendkommission hin kann die Regierung:

1. andere Diplome als das in Absatz 1 Nummer 2 genannte für gleichwertig anerkennen;
2. Ausbildungen in einer anderen als der in Absatz 1 Nummer 2 genannten Fachrichtung genehmigen, um einen spezifischen Bedarf für die Sparte der Jugendarbeit, in der die jeweilige Jugendeinrichtung tätig ist, zu decken.

Die Jugendeinrichtung richtet zu diesem Zweck einen begründeten Antrag an die Regierung, aus dem hervorgeht, worin der spezifische Bedarf besteht. Ein spezifischer Bedarf kann entweder zur Überbrückung einer besonderen Arbeitssituation oder die Erarbeitung eines innovativen oder spezifischen Inhalts begründet sein. Nach Gutachten der Jugendkommission wird für diese Mitarbeiter bei Bedarf ein Weiterbildungsplan festgelegt.

§2 - Beantragen die Jugendeinrichtungen für die Beschäftigung von Jugendarbeiter-Assistenten Personalzuschüsse aufgrund des vorliegenden Dekrets, erfüllen diese folgende Bedingungen:

1. Sie weisen einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des

Strafprozessgesetzbuches vor, der keine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von über sechs Monaten beinhaltet.

2. Sie sind mindestens im Besitz des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder des Gesellenzeugnisses, weisen eine ausreichende Animationspraxis nach und verpflichten sich nach Gutachten der Jugendkommission zu einem Weiterbildungsplan mit einem Umfang von mindestens 300 Stunden, um sich spezifisch für die Sparte der Jugendarbeit, in der die jeweilige Jugendeinrichtung tätig ist, zu qualifizieren.

Jugendarbeiter-Assistenten, die bei Einstellung in einer geförderten Jugendeinrichtung nicht im Besitz des Diploms eines Bachelors im sozialpädagogischen Bereich sind, müssen nach ihrer Einstellung im Rahmen des verpflichtenden Weiterbildungsplans einer Weiterbildung zum Thema des Schutzes von jungen Menschen vor Vernachlässigung, Gewalt und sexuellem Missbrauch folgen.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten des Weiterbildungsplans fest.

§3 - Der Träger der Jugendinformation und das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben zusätzlich die Möglichkeit, für die Beschäftigung von Führungskräften Personalzuschüsse aufgrund des vorliegenden Dekrets zu beantragen. Diese erfüllen folgende Bedingungen:

1. Sie weisen einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vor, der keine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von über sechs Monaten beinhaltet.

2. Sie sind mindestens im Besitz des Diploms eines Bachelors.

3. Sie verfügen über eine Erfahrung von mindestens zwei Jahren oder über eine Qualifikation in Personalführung.

§4 - Die Regierung legt für die in §§1-3 genannten Funktionen die Höhe der Personalzuschüsse, die für die Berechnung des Personalzuschusses in Betracht kommenden Personalkosten sowie die Modalitäten der Bezuschussung fest.“

Art. 7 - Artikel 8 Nummer 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 8 - Artikel 9 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 9 - Förderantrag

Bereits geförderte Jugendorganisationen reichen spätestens am 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, einen Förderantrag bei der Regierung ein. Jugendorganisationen, die noch keine Förderung durch die Regierung erhalten haben, können ihren Förderantrag bis spätestens am 31. März eines jeden Jahres einreichen.

Der Förderantrag entspricht den in den Artikeln 5 und 8 erwähnten Förderkriterien und umfasst mindestens:

1. eine Stärken- und Schwächenanalyse;

2. die Erstellung eines Jahresprogramms für das erste Kalenderjahr der Förderung, aus dem hervorgeht, welche der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte im Rahmen des allgemeinen Angebots der Jugendorganisationen für ihre jeweilige Zielgruppe umgesetzt werden;

3. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort;

4. das Leitbild der Jugendorganisation und ihren Aufbau;

5. die Beschreibung der Methode zur Unterstützung und pädagogischen Begleitung der ehrenamtlichen Jugendleiter und gegebenenfalls der hauptamtlichen Jugendarbeiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Förderantrags festlegen.“

Art. 9 - Artikel 10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 10 - Genehmigung der Förderung

Die Regierung prüft den gemäß Artikel 9 eingereichten Förderantrag und genehmigt ihn gegebenenfalls spätestens am 31. Oktober des Jahres, in dem der Förderantrag eingereicht wurde. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5, 8 und 9 versehen werden.

Die Förderung einer Jugendorganisation gilt grundsätzlich für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums. Sie wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung folgt.“

Art. 10 - Artikel 11 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. die Umsetzung und Aktualisierung des Jahresprogramms durch die Erläuterung der Aktivitäten des vorangegangenen und des laufenden Kalenderjahrs sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten;“

2. Nummer 2 wird aufgehoben.

3. Nummer 3 wird aufgehoben.

Art. 11 - Artikel 12 §3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„§3 - Wenn die Anzahl junger Menschen, die Mitglied der Jugendorganisation sind, während zwei aufeinanderfolgenden Jahren nachgewiesen werden kann, erfolgt auf Anfrage der Jugendorganisation eine Heraufstufung in eine höhere Kategorie.

Wenn die Anzahl junger Menschen, die Mitglied einer Jugendorganisation sind, während fünf aufeinanderfolgenden Jahren nachgewiesen werden kann, erfolgt eine Herabstufung in eine niedrigere Kategorie.“

Art. 12 - Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Der jetzige Wortlaut des Artikels wird zu §1.

2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 13 - Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 11, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Angabe „(Muster 2)“ gestrichen.

2. In Absatz 3 wird der Betrag „1 Euro“ durch den Betrag „1,50 Euro“ ersetzt.

Art. 14 - Artikel 17 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 17 - Förderantrag

Der Träger der Jugendinformation reicht spätestens am 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, einen Förderantrag bei der Regierung ein.

Der Förderantrag entspricht den in den Artikeln 5 und 16 genannten Förderkriterien und Zielsetzungen und umfasst mindestens:

1. ein Programm, aus dem die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte, die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 16 genannten Zielsetzung, die Beschreibung der Umsetzung der aus dem Jugendbericht resultierenden spezifischen Ziele und Methoden und die Beteiligung des Jugendinformationszentrums zur Umsetzung des Strategieplans hervorgeht;

2. das Leitbild der Organisation;
3. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort, einschließlich eines Vorschlags für das erforderliche Stellenkapital;
4. Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Information der Jugendlichen erforderlichen Partnern;
5. die Vorgehensweise zur Auswertung der Qualität der Struktur und des Angebots sowie der Arbeit der Mitarbeiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Förderantrags festlegen.“

Art. 15 - Artikel 18 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 18 - Genehmigung der Förderung

Die Regierung prüft den gemäß Artikel 17 eingereichten Förderantrag und genehmigt ihn gegebenenfalls spätestens am 31. Oktober des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5, 16 und 17 versehen werden.

Die Förderung des Trägers der Jugendinformation gilt grundsätzlich für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums. Sie wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung folgt.“

Art. 16 - Artikel 19 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 19 - Leistungsauftrag

Die Regierung schließt mit dem Träger der Jugendinformation einen Leistungsvertrag ab. Dieser enthält:

1. die Höhe des Zuschusses für Personal- und Funktionskosten;
2. die Arbeitsaufgaben und den Arbeitseinsatz der Mitarbeiter des Jugendinformationszentrums;
3. die Angaben zur Verwaltung der zur Verfügung stehenden Infrastruktur;
4. die Angaben zu den Finanzmitteln, einschließlich des förderfähigen Stellenkapitals;
5. die Öffnungszeiten;
6. die Zielgruppen;
7. die Beschreibung der Beteiligung des Jugendinformationszentrums an der Umsetzung des Strategieplans in Bezug auf die Jugendarbeit.

Der Leistungsvertrag gilt für die Dauer der Förderung.“

Art. 17 - Artikel 20 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 20 - Begleitung des Jugendinformationszentrums

§1 - Die Regierung setzt zur Begleitung und Auswertung des Leistungsauftrags einen Begleitausschuss ein, in dem die Regierung, ein Vertreter der Gemeinden aus dem Kanton Eupen, ein Vertreter der Gemeinden aus dem Kanton St. Vith und das Jugendinformationszentrum vertreten sind.

Die Gemeinden bestellen ihre jeweiligen Vertreter jährlich und für die Dauer von einem Jahr. Dieselbe Gemeinde kann in ihrem jeweiligen Kanton nur einmal in einem Zeitraum von vier Jahren einen Vertreter bestellen.

§2 - Im Begleitausschuss werden erörtert:

1. die Umsetzung und Aktualisierung des Programms durch die Erläuterung der Aktivitäten des vorangegangenen und des laufenden Kalenderjahrs sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten;
2. die Umsetzung des Leistungsvertrags;
3. die aktuellen finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten;
4. die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Information der Jugendlichen erforderlichen Partnern.

Der Träger der Jugendinformation erstellt ein Protokoll, das Auskunft über die Umsetzung des Leistungsvertrags enthält. Das Protokoll wird dem Begleitausschuss übermittelt.“

Art. 18 - Artikel 21 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 21 - Zuschuss

§1 - Der Träger der Jugendinformation erhält einen Zuschuss zur Deckung von Funktions- und Personalkosten, wenn er:

1. die in den Artikeln 5 und 16 genannten Förderkriterien erfüllt;
2. mindestens drei Vollzeitäquivalentstellen als Jugendarbeiter und einen Geschäftsführer beschäftigt.

Der jährliche Pauschalzuschuss für die Funktionskosten beläuft sich auf 80.000 Euro.

Die Personalbezuschussung erfolgt gemäß Artikel 5.1. Das Stellenkapital wird im Leistungsvertrag festgelegt.

§2 - Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten mit einer jährlichen Pauschale in Höhe von 1,20 Euro pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde.

Als Berechnungsgrundlage für die Pauschale dienen die Angaben des Bevölkerungsregisters der Anzahl Jugendlichen pro Gemeinde des Referenzjahres 2019. Alle fünf Jahre wird die Berechnungsgrundlage aufgrund der Angaben des Bevölkerungsregisters aktualisiert.

§3 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 19 - In Artikel 22 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:

„Die Offene Jugendarbeit kann zur Erreichung dieser Zielsetzungen auch Daten gemäß den Artikeln 9 und 10 der Datenschutz-Grundverordnung verarbeiten.“

Art. 20 - Artikel 23 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 23 - Sozialraumanalyse und kommunales Jahresprogramm

Der Träger der Offenen Jugendarbeit führt regelmäßig Sozialraumanalysen durch und erstellt jährlich unter Einbeziehung der für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partner ein kommunales Jahresprogramm.“

Art. 21 - Artikel 24 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 24 - Konzertierung

In dem Jahr, in dem die Themenschwerpunkte für den folgenden Strategieplan veröffentlicht werden, führt der Träger der Offenen Jugendarbeit eine Konzertierung zu den Bedarfen der jungen Menschen mit den für die Jugendarbeit relevanten Akteure in der

jeweiligen Gemeinde durch. Dazu gehören mindestens die geförderten Jugendeinrichtungen und die zuständige Gemeinde.“

Art. 22 - Artikel 25 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 25 - Trägerschaft

§1 - Die Regierung fördert pro Gemeinde des deutschen Sprachgebiets einen Träger der Offenen Jugendarbeit.

Die Trägerschaft der lokalen Offenen Jugendarbeit kann erfolgen durch:

1. eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, die die allgemeinen Förderkriterien als Jugendeinrichtung gemäß Artikel 5 erfüllt und in der betreffenden Gemeinde mit der Offenen Jugendarbeit beschäftigt ist;
2. die jeweilige Gemeinde oder;
3. die Regierung, unbeschadet des Artikels 29 Absatz 1 Nummer 12.

§2 - Bis zum 1. Januar des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, teilt der aktuelle Träger der Offenen Jugendarbeit der Regierung mit, ob er für den nächsten Förderzeitraum einen Förderantrag einreichen wird.

Wenn der aktuelle Träger der Offenen Jugendarbeit diesen Schritt nicht innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist unternimmt oder angibt, dass er für den nächsten Förderzeitraum keinen Förderantrag einreichen wird, reicht die jeweilige Gemeinde bis zum 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, bei der Regierung einen Förderantrag gemäß Artikel 26 ein, wenn sie beabsichtigt, die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit zu übernehmen.

Wenn die Gemeinde diesen Schritt nicht innerhalb der in Absatz 2 erwähnten Frist unternimmt oder angibt, dass sie für den nächsten Förderzeitraum keinen Förderantrag einreichen wird, übernimmt die Regierung die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit in der betreffenden Gemeinde für den nächsten Förderzeitraum.

§3 - Liegt die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit bei der Gemeinde oder bei der Regierung, veröffentlicht die Regierung zwei Jahre vor Ende des laufenden Förderzeitraums einen Aufruf, damit sich interessierte Vereinigungen auf die Trägerschaft für die Offene Jugendarbeit in der betreffenden Gemeinde während des nächsten Förderzeitraums bewerben können.

Teilt eine Vereinigung ihre Absicht mit, die Trägerschaft übernehmen zu wollen, richtet sie innerhalb einer von der Regierung festgelegten Frist einen entsprechenden Antrag an die Regierung.

Die Regierung prüft, ob die Vereinigung die in §1 Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Bedingungen grundsätzlich erfüllen kann. Trifft dies zu, fordert die Regierung diese Vereinigung zu Beginn des nächsten Förderzeitraums auf, ihr gemäß §2 Absatz 1 mitzuteilen, ob sie einen Förderantrag als Träger der Offenen Jugendarbeit einreichen wird.

§4 - Werden die Förderkriterien nicht mehr erfüllt oder die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets nicht eingehalten, fordert die Regierung die Vereinigung oder die Gemeinde auf, innerhalb einer Frist von einem Monat ab Übermittlung des Bescheids den Nachweis der Erfüllung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets zu erbringen. Kommt der Träger dieser Aufforderung nicht nach, stellt die Regierung die Förderung ein, nachdem sie dem Träger die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hat.

Beabsichtigt eine Vereinigung oder eine Gemeinde, während des laufenden Förderzeitraums die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit abzugeben, teilt sie dies der Regierung mindestens sechs Monate vor der geplanten Abgabe schriftlich mit. Die freiwillige Abgabe der Trägerschaft hat die Einstellung der Förderung von Rechts wegen zur Folge.

Bei Einstellung der Förderung während des laufenden Förderzeitraums übernimmt die Regierung für die restliche Dauer des Förderzeitraums die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit in der betreffenden Gemeinde.

§5 - Übernimmt die Regierung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit, sind die Artikel 26, 27 und 28 nicht anwendbar.“

Art. 23 - Artikel 26 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 26 - Förderantrag

Der Träger der Offenen Jugendarbeit reicht spätestens am 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, einen Förderantrag bei der Regierung ein.

Der Förderantrag entspricht den in den Artikeln 5 und 22 genannten Förderkriterien und Zielsetzungen und umfasst mindestens:

1. ein kommunales Jahresprogramm, aus dem die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte, die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 22 genannten Zielsetzung, die Beschreibung der Umsetzung der aus dem Jugendbericht resultierenden spezifischen Ziele und Methoden und die Beteiligung des Trägers der Offenen Jugendarbeit zur Umsetzung des Strategieplans hervorgeht;
2. das Leitbild der Organisation;
3. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort, einschließlich eines Vorschlags für das erforderliche Stellenkapital;
4. Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partnern;
5. die Vorgehensweise zur Auswertung der Qualität der Struktur und des Angebots sowie der Arbeit der Mitarbeiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Förderantrags festlegen.“

Art. 24 - Artikel 27 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 27 - Genehmigung der Förderung

§1 - Die Regierung prüft den gemäß Artikel 26 eingereichten Förderantrag und genehmigt ihn gegebenenfalls spätestens am 31. Oktober des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5, 22, 23, 24 und 26 versehen werden.

Die Förderung des Trägers der Offenen Jugendarbeit gilt grundsätzlich für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums. Sie wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung folgt, und gilt bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem die Themenschwerpunkte für den folgenden Strategieplan festgelegt werden.

§2 - Der Träger der Offenen Jugendarbeit reicht jährlich bis zum 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahrs einen Tätigkeitsbericht ein, aus dem Folgendes hervorgeht:

1. die Umsetzung und Aktualisierung des kommunalen Jahresprogramms durch die Erläuterung der Aktivitäten des vorangegangenen und des laufenden Kalenderjahrs sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten;
2. die aktuellen finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten.“

Art. 25 - Artikel 28 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 28 - Zuschuss

§1 - Der Träger der Offenen Jugendarbeit erhält einen Zuschuss zur Deckung von Funktions- und Personalkosten, wenn er:

1. die in den Artikeln 5 und 22 genannten Förderkriterien erfüllt;
2. mindestens eine Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter beschäftigt.

Der jährliche Pauschalzuschuss für die Funktionskosten beläuft sich auf:

1. 15.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit weniger als 2.000 Jugendlichen tätig ist;
2. 30.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen tätig ist;
3. 45.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit mehr als 4.000 Jugendlichen tätig ist.

Die Personalbezuschussung erfolgt gemäß Artikel 5.1. Das Stellenkapital wird bei der Genehmigung des Förderantrags festgelegt.

§2 - Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten mit einer jährlichen Pauschale in Höhe von 4 Euro pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde.

Als Berechnungsgrundlage für die Pauschale dienen die Angaben des Bevölkerungsregisters der Anzahl Jugendlichen pro Gemeinde des Referenzjahres 2019. Alle fünf Jahre wird die Berechnungsgrundlage aufgrund der Angaben des Bevölkerungsregisters aktualisiert.

§3 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 26 - Artikel 29 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird das Wort „Konzepten“ durch das Wort „Förderanträgen“ ersetzt.
2. Folgende Nummer 12 wird eingefügt:

„12. als Träger der Mobilen Jugendarbeit fungiert und bei Bedarf gemäß Artikel 25 in einzelnen Gemeinden im Auftrag der Regierung die Aufgaben des Trägers der Offenen Jugendarbeit wahrnimmt.“

Art. 27 - Artikel 30 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge „und Begleitausschuss“ eingefügt.
2. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Mobile Jugendarbeit besteht in der Beratung, Begleitung und Vermittlung junger Menschen in besonderen Lebenslagen oder mit spezifischen Anfragen.

Die Mobile Jugendarbeit verfolgt das Ziel, Lebenssituationen und Lebenswelten junger Menschen zu verbessern, insbesondere jener, die von anderen Diensten oder Organisationen nicht erreicht werden, keine Angebote anderer Dienste oder Organisationen in Anspruch nehmen und im öffentlichen Raum anzutreffen sind.

Die Mobile Jugendarbeit legt dabei den Fokus auf junge Menschen mit multipler Problembelastung. Die Arbeit erfolgt anlassbezogen und nicht flächendeckend. Die Mobile Jugendarbeit wird besonders in den dichter besiedelten Gebieten des deutschen Sprachgebiets aktiv, in denen sich Sekundarschulen befinden.

Die Mobile Jugendarbeit nutzt die Methoden der aufsuchenden Arbeit und Szenenpräsenz, der Projektarbeit, der individuelle Begleitung, der Gruppenarbeit sowie der Interessensvertretung und Gemeinwesenarbeit. Diese Methoden werden in kooperativen und organisationsübergreifenden Formen durch die Vernetzung mit verschiedenen, relevanten Partnern und Diensten sowie durch aktive Zusammenarbeit mit der Offenen Jugendarbeit an den jeweiligen Standorten umgesetzt. Die Mobile Jugendarbeit kann zur Erreichung dieser Zielsetzungen auch Daten gemäß den Artikeln 9 und 10 der Datenschutz-Grundverordnung verarbeiten.

Die Mobile Jugendarbeit berücksichtigt die Erkenntnisse, die sich aus der Sozialraumanalyse der Offenen Jugendarbeit der entsprechenden Gemeinde und dem Jugendbericht ergeben.“

Art. 28 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 30.1 eingefügt:

„Art. 30.1 - Konzept zur Mobilen und zur Offenen Jugendarbeit

§1 - Das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums ein Konzept zur Umsetzung der Mobilen und bei Bedarf gemäß Artikel 25 zur Umsetzung der Offenen Jugendarbeit.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Antrags festlegen.

§2 - Das Konzept umfasst mindestens:

1. die Beschreibung der wichtigsten Erkenntnisse aus den regelmäßig vorgenommenen Sozialraumanalysen, des aktuellen Jugendberichts sowie der in Artikel 24 genannten Konzertierung mit den für die Jugendarbeit relevanten Akteuren im deutschen Sprachgebiet;
2. die Beschreibung der Erfüllung der in Artikel 5 genannten Schwerpunkte der Jugendarbeit, der Umsetzung des Strategieplans sowie der in den Artikeln 22 und 30 §1 genannten allgemeinen Zielsetzungen;
3. eine Beschreibung der geplanten Aktivitäten und Methoden zur Mobilen und zur Offenen Jugendarbeit für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums;
4. eine Beschreibung der verfügbaren infrastrukturellen, finanziellen, personellen und logistischen Mittel zur Erfüllung der geplanten Aktivitäten und Methoden zur Mobilen und zur Offenen Jugendarbeit;
5. für die Gemeinden, in denen der Regierung die Trägerschaft für die Offene Jugendarbeit obliegt, die Ergebnisse der Konzertierung mit den relevanten Akteuren für die Jugendarbeit gemäß Artikel 24.

Die Regierung kann weitere einzureichende Unterlagen festlegen.

§3 - Die Modalitäten der Umsetzung des Konzepts werden im Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung und dem Jugendbüro festgelegt.“

Art. 29 - Artikel 34 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 34 - Zuschuss

Das Jugendbüro erhält eine jährliche Förderung im Verhältnis zu seinen Personal-, Funktions- und Aktivitätskosten, deren Höhe im Geschäftsführungsvertrag festgelegt wird.

Die Personalbezuschung erfolgt gemäß Artikel 5.1. Das Stellenkapital wird im Geschäftsführungsvertrag festgelegt.“

Art. 30 - Artikel 43 Absatz 2 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 31 - Artikel 45 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 45 - Zuschüsse für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung den Jugendeinrichtungen für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen folgende Zuschüsse gewähren:

1. pro hauptamtlicher Mitarbeiter höchstens 650 Euro jährlich;
2. pro ehrenamtlicher Jugendleiter höchstens 325 Euro jährlich.

Die Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 32 - In Artikel 55.1 §2 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird das Wort „Jugendorganisation“ durch das Wort „Jugendeinrichtung“ ersetzt.

Art. 33 - In Artikel 55.2 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird das Wort „Jugendorganisationen“ durch das Wort „Jugendeinrichtungen“ ersetzt.

Art. 34 - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel 5.2, das die Artikel 55.5 bis 55.9 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL 5.2 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 55.5 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und die anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 55.6 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gelten:

1. die Regierung für die Erfüllung der in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 8 und Kapitel 3 erwähnten Aufgaben;
2. die geförderten Jugendeinrichtungen für die in Kapitel 2 erwähnten Aufgaben;
3. der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die in Kapitel 3 und 4 erwähnten Aufgaben.

Die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 55.7 - Datenkategorien

§1 - Die Regierung kann gemäß Artikel 55.6 folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Teilnehmer von Aus- und Weiterbildungen, Praktikumsbegleiter und Ausbilder;
2. die in §2 Absatz 1 erwähnten Daten in dem in Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Fall;
3. die in §3 Absatz 1 erwähnten Daten in dem in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Fall;
4. die in §4 Absatz 1 erwähnten Daten in dem in Absatz 2 Nummer 4 erwähnten Fall.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Genehmigung und Förderung von Aus- und Weiterbildungen gemäß Kapitel 3, einschließlich Kontrolle der Zuschussbedingungen, sowie Ausstellung von Anerkennungsnachweisen gemäß Artikel 41;
2. Förderung von Jugendeinrichtungen, die Personalzuschüsse gemäß Artikel 5.1 beziehen, einschließlich Kontrolle der Zuschussbedingungen;
3. Kontrolle von Jugendlagern gemäß Artikel 14 Absatz 1 Nummer 8;
4. Übernahme der Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit gemäß Artikel 24.

§2 - Die geförderten Jugendeinrichtungen können gemäß Artikel 55.6 für bezuschusstes Personal folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
4. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Beantragung der Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft unter Einhaltung der in Artikel 5.1 aufgeführten Bedingungen verarbeitet werden.

§3 - Die Jugendorganisationen können zudem gemäß Artikel 55.6 für ihre Mitglieder folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zur Gesundheit für die im Gesundheitsordner aufgeführten Personen;
3. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister für Betreuer bei Ferienlagern.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Beantragung der Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft unter Einhaltung der in Artikel 14 aufgeführten Bedingungen verarbeitet werden.

§4 - Die Träger der Offenen Jugendarbeit und der Mobilen Jugendarbeit können zudem gemäß Artikel 55.6 für die begleiteten jungen Menschen auf Anfrage der Betroffenen folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zur Familiensituation;
4. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
5. Daten zur Freizeitbeschäftigung;
6. Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
7. medizinische und psychologische Daten;
8. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
9. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Offenen Jugendarbeit gemäß Artikel 22 oder der Mobilen Jugendarbeit gemäß Artikel 30 verarbeitet werden.

§5 - Der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann gemäß Artikel 55.6 Daten zur Identität und Kontaktangaben der Teilnehmer von Aus- und Weiterbildungen, Praktikumsbegleiter und Ausbilder verarbeiten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Organisation der Grundausbildung gemäß Artikel 38, die zum „Anerkennungsnachweis ehrenamtliche Jugendleiterin“ oder „Anerkennungsnachweis ehrenamtlicher Jugendleiter“ führt, verarbeitet werden.

§6 - Die Regierung kann nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in §§1 bis 5 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 55.8 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen wie folgt in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht:

1. für die in Artikel 55.7 §1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 sowie §2 Absatz 1 erwähnten Daten: höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung;
2. für die in Artikel 55.7 §1 Absatz 1 Nummer 3 sowie §3 Absatz 1 erwähnten Daten: höchstens während zwei Jahren nach Beendigung des Lagers;
3. für die in Artikel 55.7 §1 Absatz 1 Nummer 4 sowie §4 Absatz 1 erwähnten Daten: höchstens zwei Jahre nach letzter Kontaktaufnahme mit dem Betroffenen.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Fristen vernichtet.

Art. 55.9 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.“

Art. 35 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 56.1 eingefügt:

„Art. 56.1 - Koeffizient

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel und zur Anpassung an den Index der Lebenshaltungskosten könne alle oder einzelne der in vorliegendem Dekret vorgesehenen Beträge mit einem Koeffizienten multipliziert werden.“

Art. 36 - Artikel 57 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 57 - Kontrolle

Die Regierung kann jederzeit die Erfüllung der in diesem Dekret vorgesehenen Bestimmungen gemäß Artikel 12 des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen überprüfen lassen.“

Art. 37 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 79.1 eingefügt:

„Art. 79.1 - Anwendung von Artikel 5.1

§1 - Die in Artikel 5.1 §1 vorgesehenen Voraussetzungen gelten nicht für die Bezuschussung von Personalkosten der in Artikel 79 erwähnten Jugendarbeiter. Diese Jugendarbeiter werden ab dem 1. Januar 2022 auf Grundlage der für Jugendsozialarbeiter geltenden Bestimmungen bezuschusst.

§2 - Jugendarbeiter, die gemäß Artikel 5 §3 des vorliegenden Dekrets in seiner Fassung vom 31. Dezember 2021 bezuschusst werden und die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1 erfüllen, werden ab dem 1. Januar 2022 auf Grundlage der für Jugendsozialarbeiter geltenden Bestimmungen bezuschusst.

§3 - Jugendarbeiter, die gemäß Artikel 5 §3 des vorliegenden Dekrets in seiner Fassung vom 31. Dezember 2021 bezuschusst werden und die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1 nicht erfüllen, verfügen über die Dauer der Regelstudienzeit des Studiums, zu dem sie sich berufsbegleitend eingeschrieben haben, um den erwähnten Voraussetzungen zu entsprechen. Solange die erwähnten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, werden die Jugendarbeiter auf Grundlage der zum 31. Dezember 2021 geltenden Bestimmungen bezuschusst.

Erfüllen diese Jugendarbeiter nach erfolgreichem Abschluss des erwähnten Studiums innerhalb der Regelstudienzeit die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1, werden sie auf Grundlage der für Jugendsozialarbeiter geltenden Bestimmungen bezuschusst.

Erfüllen diese Jugendarbeiter nach Überschreiten der Regelstudienzeit nicht die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1, werden sie auf Grundlage der für die Jugendarbeiter-Assistenten geltenden Bestimmungen bezuschusst, die über die in Artikel 5.1 §2 Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Zusatzausbildung verfügen.“

Art. 38 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 80.1 eingefügt:
„Art. 80.1 - Förderzeitraum

Der erste Förderzeitraum gemäß Artikel 1 Nummer 16 beginnt am 1. Januar 2023 und endet am 31. Dezember 2027. Für den diesem Förderzeitraum zugrunde liegenden Strategieplan wird der im Jahr 2018 veröffentlichte Jugendbericht verwendet.“

Art. 39 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykmans

Digital unterschrieben
von Isabelle Weykmans
Datum: 2021.05.25
08:48:12 +02'00'

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Jugend zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. DEZEMBER 2011 ZUR
FÖRDERUNG DER JUGENDARBEIT**

INHALTSANGABE

Durch dieses Dekret soll das Dekret vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit abgeändert werden. Es ist das Resultat eines jahrelangen Konzertierungs- und Evaluationsprozesses und enthält dementsprechend zahlreiche Neuerungen bzw. Abänderungen des bestehenden Textes.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Gutachten des Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	9
Gutachten der Datenschutzbehörde	11
Kommentar zu den Artikeln	12
Vorentwurf	20
Anlagen	
Gutachten des Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	34
Gutachten der Datenschutzbehörde	35

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Am 6. Dezember 2011 hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Dekret zur Förderung der Jugendarbeit verabschiedet. Dieses Dekret kam mit der Einführung einer wissensbasierten, verifizierbaren Jugendförderpolitik und dem damit verbundenen Strategieplan einem wahren Paradigmenwechsel gleich. Aufgrund dieser zahlreichen weitreichenden Neuerungen hatte die Regierung sich selbst dazu verpflichtet, zeitnah zu evaluieren, wie sich der neue Förderansatz auf die Jugendeinrichtungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auswirkt.

Evaluationsprozess

Der Auftakt zu diesem Evaluationsprozess ist im März 2017 anlässlich eines Arbeitsfrühstücks mit den Jugendeinrichtungen erfolgt. Der Prozess hat mehrere Etappen durchlaufen:

- Oktober 2017: Online-Umfrage im Jugendbereich
- Mai 2018: Open-Space-Konferenz für den Jugendsektor
- September 2018: Identifizierung der Themenschwerpunkte auf Grundlage der Onlineumfrage und des Berichts der Open-Space-Konferenz
- Januar-April 2019: Klausurtagungen mit Vertretern des Sektors, der Regierung und des Ministeriums

Am 26. April 2019 wurden die Ergebnisse der Klausurtagungen öffentlich vorgestellt.

Als Ausgangspunkt für die Arbeit in den Klausurtagungen dienten die Ergebnisse der Online-Umfrage und der Open-Space-Konferenz sowie die Erfahrungsberichte aus den Wirksamkeitsdialogen, Sozialraumanalysen, Begleitausschüssen und Rückmeldungen aus dem Sektor.

Der Evaluationsprozess hat die Chance geboten, sich sehr intensiv mit der aktuellen Situation junger Menschen in Ostbelgien auseinanderzusetzen, auf die Situation der verschiedenen Jugendeinrichtungen in den verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit zu blicken und neue Themen aufzunehmen.

Der Evaluationsprozess hat gezeigt, dass:

1. sich viele Reformpunkte aus dem Jahr 2011 bewährt haben:
 - Die Hauptpfeiler des aktuellen Jugendförderdekrets, d.h. das Prinzip der wissensbasierten Jugendarbeit, die Einführung eines Jugendberichts, die Verankerung von Themenschwerpunkten in einem übergeordneten Strategieplan usw. wurden im Rahmen des Evaluationsprozesses nicht in Frage gestellt.
 - Viele Jugendeinrichtungen haben sich in den letzten Jahren positiv entwickelt, ihre Tätigkeiten ausgebaut und sich stark professionalisiert.
2. für eine Reihe von größeren Herausforderungen in der Jugendarbeit neue Lösungen gefunden werden müssen:
 - Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit, um den Fachkräftemangel anzugehen;
 - Die Flexibilisierung des aktuellen Förderrahmens, um passgenauer auf die Bedarfe der Jugendeinrichtungen reagieren zu können; dies gilt insbesondere für die Offene Jugendarbeit (OJA).
3. auch neue Themen Eingang in das Jugendförderdekret finden müssen:
 - Der Ausbau der mobilen Jugendarbeit als weiterer Bereich der Jugendarbeit muss weiter vorangetrieben werden.

- Die Digitalisierung hat die Lebenswelt der jungen Menschen in erheblichem Maße beeinflusst. Hier gilt es für die Jugendarbeit neue Wege zu finden.
- Die Strukturen der Jugendeinrichtungen haben sich teilweise verändert, z. B. wird es ab 2021 nur noch einen Träger für die Jugendinformation geben.

Auf Grundlage der Handlungsempfehlungen aus den Klausurtagungen sind im Anschluss konkrete Vorschläge ausformuliert worden, die mit den Akteuren der verschiedenen Bereiche der Jugendarbeit 2010-2020 konzertiert worden sind:

- Jugendorganisationen
- Jugendinformation
- Offene Jugendarbeit
- Jugendschöffen
- Jugendbüro
- Jugendkommission
- Jugendrat

In vielen Punkten zeichnete sich rasch Einigkeit ab, in anderen Fragen zeigte sich, dass die Haltungen der verschiedenen Akteure weit auseinanderliegen. Dies betraf insbesondere die Ausarbeitung eines neuen Trägerschaftsmodells für die Offene Jugendarbeit.

Die laufenden Konzertierungen mussten im Frühjahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie unterbrochen werden. Diese Zäsur wurde genutzt, um auf Grundlage der Ergebnisse aus den Konzertierungen 2019-2020 einen vollständigen Referentenentwurf für das Dekret auszuarbeiten. Dieser wurde allen Jugendeinrichtungen und Jugendschöffen im Herbst 2020 zwecks Stellungnahme zugestellt. Dieser Textentwurf ist allgemein begrüßt worden, sodass auf dieser Grundlage der vorliegende Dekretentwurf ausgearbeitet worden ist.

Der vorliegende Dekretentwurf übernimmt viele der inhaltlichen Anregungen aus den Klausurtagungen. Die größten inhaltlichen Anpassungen betreffen die Anpassungen zur Personalbezuschussung, um bessere Rahmenbedingungen zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften zu schaffen, und Flexibilisierung des Förderrahmens zur Anpassung an die effektiven Bedarfe der Jugendeinrichtungen.

Fachkräftemangel

Die Qualität der Jugendarbeit steht und fällt mit ihren Fachkräften. Der Fachkräftemangel im Jugendbereich war bereits Gegenstand des zweiten Bands des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK II): Mit der Ausarbeitung eines ostbelgischen Bachelors zur sozialen Arbeit sollen über die Entwicklung dieser sehr weitreichende Qualifizierungsmaßnahme neue Fachkräfte für Ostbelgien gefunden werden.

Über die vorliegende Anpassung des Jugendförderdekrets sollen vor allem die Rahmenbedingungen verbessert werden:

- Vereinheitlichung der Zuschussgrundlage bei gleicher Qualifikation: Jugendarbeiter verlassen den Jugendsektor unter anderem, weil in anderen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft höhere Löhne gezahlt werden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Personalbezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gesundheits- und Sozialbereich höher liegt. Zukünftig sollen die Fachkräfte aus der Jugendarbeit bei gleicher Qualifikation in derselben Höhe wie im Gesundheits- und Sozialbereich entlohnt werden.
- Höhere Bandbreite an Funktionen in der Jugendarbeit und Schaffen von Perspektiven: Um Fachkräfte für die Jugendarbeit finden und vor allem halten zu können, ist es wichtig, die „richtigen Personen“ für die „richtigen Jobs“ zu finden. Die Jugendarbeit als solche ist ein spannendes, abwechslungsreiches Arbeitsfeld. Die aktuelle Personalbezuschussung spiegelt

das aber nicht wider. Zur Erhöhung der Attraktivität der Jugendarbeit gilt es daher, Perspektiven zu schaffen.

Über das Jugendförderdekret ist aktuell nur die Förderung von Jugendarbeitern vorgesehen. Das trägt den verschiedenen Qualifikationen und Aufgabenstellungen der Fachkräfte innerhalb der Jugendarbeit nicht ausreichend Rechnung.

Hinzu kommt die Qualifizierungsvorgabe: Das aktuelle Dekret sieht vor, dass ein Jugendarbeiter über einen Bachelor mit sozialpädagogischer Ausrichtung verfügt. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass Personen, die im Besitz des Abiturs oder des Gesellenzeugnisses sind und eine ausreichende Animationspraxis nachweisen, als Jugendarbeiter eingestellt werden können, wenn sie nach der Einstellung eine Ausbildung im Bereich der Sozialpädagogik absolvieren. Diese ursprünglich als Ausnahme angedachte Regelung ist – zumindest in der Offenen Jugendarbeit – in den letzten Jahren fast zur Regel geworden. Im Jugendbereich sind knapp 40 Vollzeitäquivalente (VZÄ) beschäftigt.

Über das Jugendförderdekret wird ein Stellenkontingent von 35 VZÄ gefördert. 28 Mitarbeiter sind aktuell als Jugendarbeiter (21 VZÄ) beschäftigt mit einem durchschnittlichen Beschäftigungsumfang von 0,75 VZÄ. Das durchschnittliche Dienstalster der Jugendarbeiter liegt bei 8,5 Jahren. 15 der 28 Jugendarbeiter verfügen über ein Dienstalster von weniger als 4 Jahren und 10 weniger als 2 Jahren. 8 der 15 Jugendarbeiter, die in den letzten 4 Jahren eingestellt worden sind, verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung. Diese Gruppe an Jugendarbeitern weist die höchste Personalrotation auf. Viele der ausscheidenden Jugendarbeiter geben als Kündigungsgrund an, dass einerseits die Doppelbelastung mit Job und Studium zu hoch gewesen sei und andererseits eine fachliche Überforderung bestanden habe.

Daher wird mit dem vorliegenden Dekret vorgeschlagen, eine größere Bandbreite an förderbaren Funktionen in der Jugendarbeit einzuführen:

- Jugendsozialarbeiter
- Jugendarbeiter-Assistenten
- Führungskräfte

Eine weitere wichtige Neuerung besteht darin, dass das Verfahren zur Gleichstellung von Diplomen ausgeweitet wird, um der inhaltlichen Bandbreite der Jugendarbeit besser entsprechen zu können. Es wird fortan möglich sein, Ausbildungen aus einer anderen Fachrichtung zu genehmigen, um einen spezifischen Bedarf für die Sparte der Jugendarbeit, in der die jeweilige Jugendeinrichtung tätig ist, zu decken. Ein spezifischer Bedarf ist z. B. die Überbrückung einer besonderen Arbeitssituation oder die Erarbeitung eines innovativen oder spezifischen Inhalts.

Mit diesen Maßnahmen soll die Bandbreite an förderbaren Funktionen in der Jugendarbeit deutlich ausgebaut und damit hoffentlich auch die Attraktivität des Sektors erhöht werden.

Flexibilisierung des Förderrahmens zur besseren Anpassung auf die Bedarfe der Jugendarbeit

Die Förderung der Jugendeinrichtungen vor allem in der Jugendinformation und der Offenen Jugendarbeit erfolgt nach einem festen und klar vorgegebenen Rahmen: Sowohl die Pauschalen für Funktionskosten als auch das Stellenkontingent sind je nach Größe und Bereich der Jugendarbeit klar festgelegt. Diese festen Schlüsselparameter entsprechen aber nicht immer den realen Bedarfen der Jugendeinrichtungen. Der Personalbedarf kann je nach

Situation der Jugendeinrichtung variieren. Mit dem vorliegenden Dekretentwurf wird die Grundlage für eine flexiblere Handhabung des Förderrahmens geschaffen:

- Stellenkontingent: Es soll für die Jugendinformation zukünftig dekretal ein Mindestkontingent festgelegt werden. Der effektive Personalbedarf soll von den Jugendeinrichtungen im Förderantrag beschrieben werden. Das förderbare Personalkontingent wird von der Regierung je nach Bedarf der jeweiligen Jugendeinrichtung für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums festgelegt.

- Gemeindezuschuss: Die Gemeinden beteiligten sich bisher anteilig an den Personalkosten des festgelegten Stellenkontingents. Die Zuschüsse der neun Gemeinden beliefen sich beispielsweise in der Jugendinformation 2020 auf 21.600 Euro. Dem liegt eine komplizierte Berechnungsformel zugrunde, deren Komplexität nicht im Verhältnis zur Höhe der Summe steht und sowohl den Gemeinden als auch den Jugendeinrichtungen keine langfristige Planbarkeit einräumt. Mit der Flexibilisierung des Stellenkontingents wird daher ein neues objektives Zuschusssystem eingeführt: Die Gemeinden zahlen fortan eine Pauschale pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde. Auf Grundlage der Anzahl Jugendlichen im Jahr 2020 und der Höhe der bisherigen Gemeindebezuschussung beläuft sich die Pauschale pro Jugendlichen auf 1,20 Euro für die Jugendinformation und 4 Euro für die Offene Jugendarbeit.

- Trägerschaftsmodelle: Der Evaluationsprozess hat gezeigt, dass eine der größten Herausforderungen in der Ausbildung angemessener Trägerschaftsmodelle für die Jugendarbeit liegt, die einerseits eine adäquate personelle Ausstattung zur Bewältigung der zahlreichen Aufgaben, aber gleichzeitig auch eine ausreichende Flexibilität erlauben.

In der Jugendinformation wird es ab dem Jahr 2021 nur noch einen Träger für die beiden Kantone Eupen und St. Vith geben.

Für die Offene Jugendarbeit sieht das aktuelle Dekret vor, dass es pro Gemeinde eine Dach-VoG als Trägerin der Offenen Jugendarbeit gibt. Als Arbeitgeber können alternativ das Jugendbüro oder die Gemeinde fungieren. Aktuell gibt es in acht von neun Gemeinden einen Träger für die Offene Jugendarbeit. In Eupen und Raeren fungieren die VoGs selbst als Arbeitgeber. In den sechs anderen Gemeinden ist das Jugendbüro Arbeitgeber. Die Förderung der OJA erfolgt über die Leistungsverträge, die zwischen drei Trägern abgeschlossen werden: VoG, Gemeinde und Deutschsprachiger Gemeinschaft. Das Jugendbüro ist, wenn es als Arbeitgeber fungiert, ebenfalls Partner im Leistungsvertrag. Einige der Dach-VoGs setzen sich darüber hinaus wiederum aus mehreren einzelnen VoGs pro Jugendtreff zusammen. Das aktuelle Dekret legt je nach Anzahl Jugendlichen und Jugendtreffs die Zuschüsse fest. Für die Funktionszuschüsse gilt aktuell:

- 7.500 Euro, mit weniger als 2.000 Jugendlichen und einem Standort;
- 15.000 Euro, mit weniger als 2.000 Jugendlichen und mindestens zwei Standorten;
- 15.000 Euro, mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen und mindestens einem Standort;
- 22.500 Euro, mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen und mindestens zwei Standorten;
- 30.000 Euro, mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen und mindestens drei Standorten;
- 37.500 Euro, mit mehr als 4.000 Jugendlichen und mindestens zwei Standorten;
- 45.000 Euro, mit mehr als 4.000 Jugendlichen und mindestens drei Standorten.

Für die Personalkosten sieht das Dekret vor:

- mindestens 0,5 bis zu einer besetzten Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit weniger als 2.000 Jugendlichen tätig sind;
- mindestens eine bis zu 1,5 besetzte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen tätig sind;
- mindestens 1,5 bis zu 2,5 besetzte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit mehr als 4.000 Jugendlichen tätig sind.

Nach diesem Schlüssel gehören sechs Gemeinden zur ersten Kategorie mit 0,5 VZÄ, zwei Gemeinden zur zweiten Kategorie mit 1-1,5 VZÄ und Eupen zur höchsten Kategorie mit 1,5-2,5 VZÄ. Daran zeigt sich die geringe Größe der meisten Träger in der Offenen Jugendarbeit.

Die Anzahl der Jugendtreffs ist aktuell ausschlaggebend für die Höhe des Funktionszuschusses. Die Lebenssituation der jungen Menschen hat sich u.a. aufgrund der Entwicklung des digitalen Lebensraums stark verändert. Dem ist bei der Festlegung der Zuschussparameter Rechnung zu tragen.

Bei den meisten Trägern der Offenen Jugendarbeit handelt es sich um kleine bzw. Kleinststrukturen mit einer halbezeitigen Jugendarbeiterstelle. Einige der ehrenamtlichen Verwaltungsräte, die als Träger der OJA fungieren, äußern, dass – trotz der Unterstützung durch das Jugendbüro – sie wenige oder auch keine Personen finden, um diesem verantwortungsvollen Mandat eines Verwaltungsratsmitglied nachzukommen. Mehrere der VoGs haben in den vergangenen Jahren phasenweise kurz vor der Auflösung gestanden. Zudem ist unter den Jugendarbeitern in der OJA eine sehr hohe Personalrotation zu verzeichnen.

Jugendarbeit bietet aufgrund der Bedarfe des Zielpublikums sowieso schon nicht die idealen Rahmenbedingungen. Aber Jugendarbeit ist ein spannender, abwechslungsreicher und gesellschaftlich wichtiger Aufgabenbereich, der sehr wohl Fachkräfte anziehen kann. Die größte Herausforderung für Offene Jugendarbeit in Ostbelgien liegt aktuell also darin, die Grundlagen für tragfähige und vollumfänglich handlungsfähige stabile Organisationsstrukturen zu schaffen, die attraktive Arbeitsplätze bieten können. Es sind im Rahmen des Konsultationsverfahrens mehrere neue Modelle für die OJA ausgearbeitet worden:

- Modell der vernetzten Offenen Jugendarbeit: stärkere Zentralisierung mit Einführung von Jugendkoordinatoren und der Trägerschaft bei einem Hauptakteur;
- Modell der kommunalen Jugendarbeit: starke Anwendung des Subsidiaritätsprinzips über die Trägerschaft durch die Gemeinden bzw. die örtlichen VOGs

Keines dieser beiden Modelle konnte alle Akteure überzeugen. Fakt ist aber, dass sich unbedingt etwas ändern muss, da aufgrund der hohen Personalrotation an einigen Standorten aktuell nur unregelmäßig Offene Jugendarbeit angeboten werden kann.

Daher wird mit dem aktuellen Dekret eine Lösung vorgeschlagen, die der Heterogenität der Offenen Jugendarbeit Rechnung trägt: Es wird eine so genannte Trägerschaftskaskade vorgesehen. Grundsätzlich sollte eine lokale Vereinigung die Offene Jugendarbeit tragen. Falls sich die VoG gegen diese Aufgabe ausspricht, kann die Gemeinde oder ein kommunaler Zusammenschluss entscheiden, die Trägerschaft zu übernehmen. Falls auch diese die Aufgabe nicht übernehmen möchte, trägt die Deutschsprachige Gemeinschaft Sorge dafür, dass in der betreffenden Gemeinde Offene Jugendarbeit angeboten wird, indem das Jugendbüro damit beauftragt wird. Das Ziel bleibt seit 2011 unverändert: Es gilt der dekretale Auftrag, in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft flächendeckend Offene Jugendarbeit anzubieten. Spricht sich ein Akteur für die Übernahme der OJA aus, kommt ihm während des fünfjährigen Förderzeitraums die ausschließliche Verantwortung zu.

Es gibt in der OJA sehr unterschiedliche Strukturen in den verschiedenen Gemeinden. Das flexible Kaskaden-Modell kommt diesem Umstand entgegen. So kann jede Ebene im Respekt des Subsidiaritätsprinzips die Verantwortung für die OJA übernehmen. Durch das neue Modell wird die aktuelle Dreier- bzw. Vierer-Konstellation aufgebrochen und die Strukturen verschlankt und somit handlungsfähiger.

Es ist davon auszugehen, dass man sich nicht in allen Gemeinden für dieselbe Lösung aussprechen wird. Diese Flexibilität soll aktiv gestaltet und ausgelebt werden. Daraus wird eine neue Dynamik entstehen und sich auch Chancen für Modell-Projekte ergeben. Die

Kaskade ermöglicht es, sich aus dem aktuellen dekretalen Korsett zu lösen. Es schafft die Möglichkeit, je nach örtlicher Befindlichkeit in verschiedenen Modellen zu arbeiten.

GUTACHTEN DES JUGENDRATES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Am 29. Januar 2021 wurde der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) um die Erstellung eines Gutachtens zum Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebeten, welches am 8. März 2021 dem zuständigen Minister übermittelt wurde.

- Der RDJ begrüßt in Artikel 1 eine Verschiebung der Altersgrenze bei Kindern und Jugendlichen auf 10 bis 30 Jahre.

- Der RDJ begrüßt in Artikel 4 die Kopplung des Jugendstrategieplans an den Förderzeitraum und die Loslösung von der Legislaturperiode.

- Der RDJ befürwortet in Artikel 6 die Unterscheidung der Jugendarbeiter in zwei Kategorien, um Menschen ohne Diplom die Möglichkeit zu geben, auch ohne verpflichtende Absolvierung eines Bachelorstudiengangs im sozialpädagogischen Bereich in der Jugendarbeit tätig zu sein. Zudem begrüßt der RDJ die Anpassung der Gehälter der Jugendarbeit an das Barema im Gesundheits- und Sozialbereich zur Stärkung der Attraktivität der Jugendarbeit.

- Der RDJ wertet in Artikel 11 die Regelung zur Herauf- bzw. Herabstufung der Förderkategorien und in Artikel 13 die Erhöhung des Zuschusses für Jugendlager zwecks Planungssicherheit und Gewährleistung einer qualitätsvollen Jugendarbeit als positiv.

Die folgenden Anmerkungen des RDJ wurden nicht berücksichtigt:

1. Der RDJ befürchtet in Artikel 6 das Einhergehen einer negativen Konnotation bei der Begriffswahl „Jugendarbeiter-Assistent“ und schlug den Begriff des „Jugendhelfers“ vor.

Die Kategorisierung der Jugendarbeiter entsprechend ihrer Qualifikation erfolgt ausschließlich zu Bezuschussungszwecken. Die Verwendung des Begriffs „Jugendhelfer“ kann zu einer möglichen Verwirrung mit dem Bereich der Jugendhilfe führen. Zudem wird die Begriffswahl „Jugendarbeiter-Assistent“ u.a. seit der Einführung des „Kindergarten-Assistenten“ als aufwertend empfunden, sodass an ihr festgehalten wird.

2. Der RDJ unterstreicht in Artikel 5, dass die digitale Jugendarbeit zunehmend an Bedeutung gewinnt, schlägt jedoch vor, diesen Punkt nicht in den allgemeinen Förderkriterien, sondern in den Schwerpunkten der Jugendarbeit aufzunehmen.

Die gewählte Formulierung betrifft nicht nur die digitale Jugendarbeit im spezifischen Sinne, sondern versteht den digitalen Raum als Lebensraum in seiner Gänze. Die Gewährleistung einer zukunftsfähigen und sich ständig weiterentwickelnden Jugendarbeit ist unabdingbar.

3. Der RDJ unterstützt in Artikel 6 die Einführung von Führungskräften in den beiden größten Jugendeinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, regt jedoch an, Bedingungen festzulegen, unter denen auch andere Jugendeinrichtungen eine solche Möglichkeit erhalten.

Aufgrund der kleinen Strukturen in der Offenen und Organisierten Jugendarbeit wird von der Schaffung einer solchen Möglichkeit abgesehen.

4. Hinsichtlich der Offenen Jugendarbeit bat der RDJ in Artikel 22 um eine Verdeutlichung im Falle des Szenarios, in dem der Bedarf, Offene Jugendarbeit in einer der neun Gemeinden zu betreiben, nicht besteht.

Von einer Verdeutlichung wird abgesehen, da der dekretale Auftrag, in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft flächendeckend Offene Jugendarbeit anzubieten, gilt. Wenn beispielsweise eine Gemeinde keinen Bedarf zur Etablierung eines Jugendtreffs sieht (und voraussichtlich nicht die Trägerschaft der OJA übernimmt), bedeutet dies nicht, dass keine Jugendarbeit auf dem Terrain der Gemeinde stattfinden muss. Der Träger verpflichtet sich, einen bedarfsorientierten Handlungsplan zu erarbeiten, der gewährleistet, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen in den Mittelpunkt gerückt werden. Bei der Umsetzung dieses Handlungsplans wird ausschließlich auf die Methoden zurückgegriffen, die von den Fachkräften als sinnvoll erachtet werden (Projektarbeit, Treffarbeit, aufsuchenden Arbeit, Einzelfallhilfe).

5. Der RDJ schlägt in Artikel 31 vor, einen Passus zur Berücksichtigung der Auswirkungen höherer Gewalt bei der Genehmigung einer Grundausbildung für ehrenamtliche Jugendleiter einzufügen.

Von diesem Vorschlag wird abgesehen, da die Jugendkommission ausreichend Zeit (45 Tage) zur Begutachtung des Stundenplans sowie der Angaben zu den Referenten zur Verfügung hat. Nichtsdestotrotz kann entsprechend der gewählten Formulierung eine Grundausbildung jederzeit (u.a. aufgrund höherer Gewalt) verschoben oder abgesagt werden.

6. Der RDJ schlägt in Artikel 37 (ehem. 33) im Rahmen der Übergangsbestimmungen vor, die Regelstudienzeit um ein zusätzliches Jahr zu verlängern, um eine Herabstufung auf das Barema des Jugendarbeiter-Assistenten und einer womöglich damit einhergehenden Fluktuation zu vermeiden.

Um eine Ungleichbehandlung ab Beginn des Förderzeitraums zu vermeiden, wird von diesem Vorschlag abgesehen.

Die folgenden Anmerkungen des RDJ wurden berücksichtigt und die betroffenen Artikel entsprechend angepasst:

1. Der RDJ schlug aufgrund der durch die Jugendinformation durchgeführten Animationen im schulischen Kontext vor, die Formulierung in Artikel 2 Absatz 2 zu nuancieren. Diesem Vorschlag wurde Rechnung getragen.

2. Der RDJ begrüßt durch die Schaffung eines jährlichen Programms die Verringerung des administrativen und konzeptuellen Aufwands für die Jugendeinrichtungen und die stärkere Verknüpfung mit dem Aktionsplan des Jugendstrategieplans. Vor diesem Hintergrund wies der RDJ auf eine mögliche Verwirrung bei der Verwendung des Begriffs „Aktionsplan“ hin. Diese Anmerkung wurde berücksichtigt, sodass im vorliegenden Entwurf (Artikel 4, 8, 10, 14, 17, 20, 23, 24) der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen und der Begriff „Aktionsplan“ für den Jugendstrategieplan gewählt wurde.

3. Der RDJ begrüßt bezüglich der Schwerpunkte der Jugendarbeit die angepassten Formulierungen zur Medienkompetenz, Geschlechterreflektion und Nachhaltigkeit, unterstreicht jedoch, dass der Begriff Nachhaltigkeit über Natur und Umwelt hinaus geht. Eine Präzisierung wurde in Artikel 5 Nummer 6 des Vorentwurfs vorgenommen.

4. Die vom RDJ in Artikel 6 gewünschten Ergänzungen hinsichtlich des Weiterbildungsumfangs von 300 Stunden für Jugendarbeiter-Assistenten (Themenschwerpunkte, Zeiträumen, Anbieter, Finanzierung, Anerkennung) sollen unter Einbeziehung des Sektors bei der Ausformulierung des Ausführungserlasses erarbeitet werden.

5. Der RDJ schlug die Möglichkeit einer Indexierung jeglicher Zuschüsse, die im Jugendförderdekret festgelegt werden, vor. Diesem Vorschlag wurde durch Artikel 35 des Vorentwurfs Rechnung getragen.

6. Der RDJ befürwortet die vorgeschlagenen Mindestbestimmungen zur Förderung der Jugendinformation, forderte jedoch die Präzisierung einer jährlichen Pauschale. Dieser Vorschlag wurde in Artikel 18 des Vorentwurfs umgesetzt.

7. Der RDJ hebt die Wichtigkeit eines Begleitausschusses im Rahmen der Offenen Jugendarbeit hervor. Es wurde in Artikel 20 und 25 des Vorentwurfs bezüglich der Erstellung der kommunalen Jahresprogramme präzisiert, dass der Träger der Offenen Jugendarbeit regelmäßig Sozialraumanalysen durchführt und jährlich, unter Einbeziehung der für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partner, ein kommunales Jahresprogramm erstellt. Zudem wird entsprechend Artikel 23 des Vorentwurfs der jeweilige Träger im Rahmen des Förderantrags dazu verpflichtet, Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partnern zu machen, welche wiederum von der Regierung überprüft werden.

8. Die Anmerkung des RDJ bezüglich des Herabsetzens der Höhe des Mindestbeitrags für Weiterbildungen von ehrenamtlichen Jugendleitern ist hinfällig. Durch die Formulierung in Artikel 31 des Vorentwurfs wird ausschließlich ein Höchstbeitrag in Höhe von 325 Euro vorgesehen.

GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

In ihrem Gutachten Nr. 30/2021 vom 18. März 2021 hat sich die Datenschutzbehörde (DSB) insbesondere mit dem neuen Kapitel 5.2 zur Vertraulichkeit und zum Datenschutz befasst. Die Analyse der DSB ging auf die Rechtsgrundlagen, die Zweckbestimmungen, die Verhältnismäßigkeit, die Dauer der Datenverarbeitung, die betroffenen Personen sowie die für die Verarbeitung Verantwortlichen ein. Folgende Punkte wurden in dem besagten Gutachten hervorgehoben:

1. Die DSB stellte die Abwesenheit einer besonderen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung sowie von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten im Sinne von Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, insofern die Offene und die Mobile Jugendarbeit betroffen sind.

Dabei ist es jedoch unbestritten, dass im Rahmen von Einzelfallberatungen Jugendliche sich mit verschiedensten Bedürfnissen vertrauensvoll an die Jugendarbeiter der Offenen oder Mobilen Jugendarbeit wenden können, sei es – beispielsweise – um gesundheitliche Probleme mit ihnen zu besprechen, sei es um ganz persönliche religiöse oder politische Auffassungen an sie heranzutragen, sei es um Fragen im Zusammenhang mit ihrer sexuellen Orientierung mit ihnen besprechen zu wollen oder sei es um eine Begleitung im Kontext der Aufarbeitung von Straftaten in Anspruch zu nehmen. Vor dem Hintergrund, dass bereits die mündliche Kenntnisnahme der in Artikel 55.7 aufgeführten Datenkategorien eine Datenverarbeitung implizieren kann, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, dass die Jugendarbeiter rechtlich ermächtigt werden, diese Informationen zu verwenden.

Nichtsdestoweniger wird keine systematische Datenerhebung durch die Jugendarbeiter vorgenommen, sondern erfolgt punktuell auf Anfrage der Betroffenen. Um auf die Bemerkung der DSB einzugehen, wurde dieser Aspekt in den Artikeln 22 und 30 des Jugendförderdekrets präzisiert.

2. Die DSB kam zu der Feststellung, dass es im Vorentwurf einen Widerspruch zwischen dem ersten und dem zweiten Satz von Artikel 55.6 gab. Entsprechend der Empfehlung der DSB wurde der erste Satz gestrichen.

3. Ferner stellte die DSB fest, dass die Zweckbestimmung der Datenverarbeitung durch die verschiedenen für die Verarbeitung Verantwortlichen mittels Verweisen nicht ausreichend klar und präzise im Vorentwurf identifiziert wurde.

Diese Bemerkung aufgreifend wurden in Artikel 55.7 in den jeweiligen Paragraphen, in denen je für die Verarbeitung Verantwortlichen die verschiedenen Datenkategorien aufgeführt werden, ein zweiter Absatz eingefügt, der präzise aufführt, zu welchen Zwecken die besagten Daten verarbeitet werden dürfen.

4. In Artikel 5.1 wurde infolge einer entsprechenden Bemerkung der DSB ergänzt, dass es sich bei dem Auszug aus dem Strafregister um den Auszug gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches handelt.

5. Schließlich bemängelte die DSB, dass die maximale Dauer der Verarbeitung, die in Artikel 55.8 pauschal auf zehn Jahre ab Erhebung festgelegt worden war, zu undifferenziert sei.

Infolgedessen wurden die Fristen in dem Artikel aufgegliedert und angepasst.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Mit dieser Bestimmung wird Artikel 1 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit (hiernach: Jugendförderdekret) abgeändert. So sollen verschiedene Begriffsbestimmungen angepasst werden.

Unter anderem auf Wunsch der Jugendarbeiter soll die untere Altersgrenze für Jugendliche auf 10 Jahre abgesenkt werden. Die Absenkung der Altersgrenze für Jugendliche entspricht der gängigen Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die junge Menschen (Adoleszenz) als 10- bis 19-jährige Menschen ansehen. Die Europäische Union ihrerseits definiert Jugendliche in der Altersstufe von 13 bis 30 Jahren.

Des Weiteren ist es aufgrund der Anpassungen des Jugendförderdekrets auch die Definition des Jugendarbeiters und der Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit anzupassen sowie die Begriffe „Förderzeitraum“ und „Datenschutz-Grundverordnung“ in die Liste der Begriffsbestimmungen aufzunehmen.

Artikel 2

Im Rahmen der Klausurtagungen mit den Vertretern des Jugendsektors wurde vorgeschlagen die Wortfolge „im Rahmen besonderer Freizeitaktivitäten“ zu streichen, da dieses Kriterium auf die Jugendinformation nicht zutrifft. Darüber hinaus wurde die Formulierung

entsprechend dem Gutachten des RDJ angepasst und die vorgeschlagene Präzisierung übernommen.

Artikel 3

Zur Vermeidung eventueller Diskriminierungen wird beschlossen, die Tragweite des Dekrets ausdrücklich auf alle Geschlechter auszuweiten und die binäre Aufteilung aufzugeben.

Artikel 4

Die Kopplung zwischen der Legislaturperiode des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Beginn bzw. der Laufdauer des Strategieplans soll aufgegeben werden, um den Förderzeitraum von einem politischen Ereignis loszulösen. Stattdessen soll der Strategieplan für die Dauer eines Förderzeitraums von fünf Jahren gelten, der immer zum 1. Januar beginnt (siehe Artikel 1 Nr. 16 des Jugendförderdekrets). Artikel 4 des Jugendförderdekrets wird entsprechend umgeschrieben. Der erste Förderzeitraum soll im Jahr 2023 beginnen (siehe Artikel 80.1 des Jugendförderdekrets). Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Aktionsplan“ ausschließlich für den Jugendstrategieplan verwendet.

Artikel 5

Die Schwerpunkte der Jugendarbeit werden aufgrund der Rückmeldungen der Klausurtagungen, der Wirksamkeitsdialoge, der Begleitausschüsse, diverser Projekte im Jugendbereich und des Gutachtens der RDJ aktualisiert. Die zunehmende Digitalisierung und die wachsende Wichtigkeit der Grundsätze der Nachhaltigkeit - in Anlehnung an die in der Resolution 71/313 der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Arbeit der Statistischen Kommission betreffend die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ vom 6. Juli 2017 festgehaltenen Ziele für nachhaltige Entwicklung - sollen eine dekretable Verankerung im Rahmen der Schwerpunkte der Jugendarbeit finden. Auch sind technische Anpassungen notwendig, um der Kohärenz und dem allgemeinen Sprachgebrauch gerecht zu werden.

Artikel 6

Eine der größten Herausforderungen, mit denen die Jugendarbeit zu kämpfen hat, ist der Fachkräftemangel. Daher sollen mit dem vorliegenden Dekret bessere Ausgangsfaktoren geschaffen werden. Das Jugendförderdekret sieht derzeit vor, dass ein Jugendarbeiter über einen Bachelor mit sozialpädagogischer Ausrichtung verfügt. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass Personen, die im Besitz des Abiturs oder des Gesellenzeugnisses sind und eine ausreichende Animationspraxis nachweisen, als Jugendarbeiter eingestellt werden können, wenn sie nach der Einstellung eine Ausbildung im Bereich der Sozialpädagogik absolvieren.

Die aktuelle einheitliche Bezuschussungsgrundlage trägt den verschiedenen Qualifikationen und Aufgabenstellungen der Fachkräfte innerhalb der Jugendarbeit nicht ausreichend Rechnung. Daher wird mit dem vorliegenden Dekret vorgeschlagen, eine größere Bandbreite an bezuschussbaren Funktionen in der Jugendarbeit einzuführen: Jugendsozialarbeiter, Jugendarbeiter und Führungskräfte in der Jugendarbeit.

Eine weitere wichtige Neuerung besteht darin, dass das Verfahren zur Gleichstellung von Diplomaten ausgeweitet wird, um der inhaltlichen Bandbreite der Jugendarbeit besser entsprechen zu können.

Artikel 7

Hierbei handelt es sich um eine technische Anpassung in Zusammenhang mit den Änderungen in Artikel 9 und 10 des Jugendförderdekrets.

Artikel 8 und 9

Die Antragstellung für den Erhalt einer Förderung aufgrund des Jugendförderdekrets soll vereinfacht werden. So soll es künftig keine Konzepte mehr geben. Stattdessen wird ein Förderantrag eingereicht, der ein Jahresprogramm enthält und dem die verschiedenen in Artikel 9 des Jugendförderdekrets aufgeführten Informationen beigelegt werden. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen.

Die Genehmigung des Förderantrags erfolgt entsprechend den in Artikel 10 des Jugendförderdekrets aufgeführten Modalitäten. Es wird weiterhin festgehalten, dass die Förderung für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans gilt.

Artikel 10

Das administrative Verfahren für die Wirksamkeitsdialoge wird angepasst, indem jährlich die Umsetzung und Aktualisierung des neu eingeführten Jahresprogramms besprochen wird. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen.

Artikel 11

Eine Herabstufung einer Jugendorganisation in eine tiefere Kategorie soll zukünftig erst erfolgen, wenn fünf Jahre lang die Mindestanzahl an Mitgliedern nicht erreicht wird. Diese Anpassung wird vorgenommen, um den Jugendorganisationen eine höhere Planungssicherheit einzuräumen und sicherzustellen, dass ein Mitgliederrückgang nicht bloß einer kurzfristigen Entwicklung geschuldet ist. Eine für die Jugendorganisation günstig ausfallende Aufstufung ist hingegen schon möglich, wenn sich über zwei Jahre in Folge Mitgliedszahlen der nächsthöheren Kategorie feststellen lassen.

Artikel 12

Die Zuschüsse für Jugendorganisationen sollen ebenfalls der Anpassungsfähigkeit an die verfügbaren Haushaltsmittel unterliegen.

Artikel 13

Die Pauschale für Jugendlager wird auf 1,50 Euro erhöht. Damit wird auch den höheren Zuschüssen der Französischsprachigen Gemeinschaft Rechnung getragen. Außerdem ist die Erhöhung die Folge der inflationsbedingten steigenden Lebenshaltungskosten und gleicht Kaufkraftdisparitäten aus.

Artikel 14 und 15

Die Antragstellung für den Erhalt einer Förderung aufgrund des Jugendförderdekrets soll vereinfacht werden. So soll es künftig keine Konzepte mehr geben. Stattdessen wird ein Förderantrag eingereicht, der ein Programm enthält und dem die verschiedenen in Artikel

17 des Jugendförderdekrets aufgeführten Informationen beigelegt werden. Eine weitere Anpassung ist, dass der Träger der Jugendinformation im Förderantrag beschreiben soll, welche Personalressourcen für die Umsetzung des Programms benötigt werden. Die Genehmigung des Förderantrags erfolgt entsprechend den in Artikel 18 des Jugendförderdekrets aufgeführten Modalitäten. Es wird weiterhin festgehalten, dass die Förderung für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans gilt. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Programm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen.

Artikel 16

Es wird weiterhin ein Leistungsauftrag mit dem Träger der Jugendinformation abgeschlossen. Um die administrativen Abläufe zu vereinfachen, wird dieser fortan aber direkt zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Träger der Jugendinformation abgeschlossen. Dies ist möglich, da ein neues Zuschusssystem für die Gemeinden vorgesehen wird (siehe Artikel 21 des Jugendförderdekrets).

Artikel 17

Es wird weiterhin einen Begleitausschuss zur Überprüfung der Umsetzung des Leistungsauftrags geben. Zur Vereinfachung der Gremienstrukturen sind die Gemeinden des Kantons Eupen und die Gemeinden des Kantons St. Vith mit jeweils einem Vertreter in diesem Begleitausschuss vertreten. Um jedoch eine ausgewogene Repräsentanz aller Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zu gewährleisten, wurde beschlossen die Amtszeit der jeweiligen Kantonsvertreter auf ein Jahr zu beschränken, sodass jede Gemeinde in ihrem jeweiligen Kanton zum Zug kommen muss, bevor dieselbe Gemeinde einen Vertreter für eine zweite Amtszeit bereitstellen kann.

Artikel 18

Der Funktionszuschuss wurde infolge der Fusion der beiden Informationszentren zusammengelegt.

Bisher beteiligten sich die Gemeinden an den restlichen Personalkosten der Jugendarbeiter. Dem lag ein sehr komplizierter Verrechnungsschlüssel auf drei verschiedenen Ebenen zugrunde:

- Ebene 1: 12,5% der ersten Jugendarbeiterstelle, 20% der zweiten Jugendarbeiterstelle inkl. Verrechnung der Personalkosten des Vorjahrs;
- Ebene 2: Abzug des Provinzzuschusses für die Jugendinformation;
- Ebene 3: unterschiedlicher Verteilerschlüssel pro Kanton.

Diese komplizierte Verrechnungsweise steht nicht im Verhältnis zur Summe.

Daher wird ein neues einheitliches Zuschusssystem eingeführt. Die Gemeinden sollen fortan eine Pauschale pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde zahlen. Auf Grundlage der Anzahl Jugendlichen des Referenzjahres 2019 werden sich die Gemeinden ab dem Jahr 2022 mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 1,20 Euro pro Jugendlichen an den Personalkosten der Jugendinformation beteiligen. Diese Form der Kostenbeteiligung entspricht dem Vorschlag des RDJ-Gutachtens.

Artikel 19

Diese Präzisierung ergibt sich aus der Bemerkung der Datenschutzbehörde (siehe oben).

Artikel 20

Zur Erfassung des lokalen Bedarfs an Offener Jugendarbeit sind weiterhin Sozialraumanalysen notwendig. Neu ist, dass ein kommunales Jahresprogramm zu erstellen sein wird. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen. Zudem wird der Anmerkung des RDJ Rechnung getragen, indem der Träger der Offenen Jugendarbeit dazu verpflichtet wird, die für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partner bei der Ausarbeitung einzubeziehen.

Artikel 21

Es soll außerdem ein Konzertierungsverfahren zwischen dem Träger der Offenen Jugendarbeit und den relevanten Akteuren des Sektors vorgesehen werden.

Artikel 22

Bei den meisten Trägern der Offenen Jugendarbeit (OJA) handelt es sich zurzeit um kleine bzw. Kleinststrukturen mit einer halbezeitigen Jugendarbeiterstelle. Einige der ehrenamtlichen Verwaltungsräte, die als Träger der OJA fungieren, äußern dabei, dass – trotz der Unterstützung durch das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft – die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht ausreichen, um diesem verantwortungsvollen Mandat nachzukommen. Mehrere der VoGs haben in den vergangenen Jahren phasenweise kurz vor der Auflösung gestanden. Gerade unter den Jugendarbeitern in der OJA ist eine sehr hohe Personalrotation zu verzeichnen. Es muss jedoch ein neuer Ansatz gefunden werden, da aufgrund der hohen Personalrotation an einigen Standorten aktuell kaum Offene Jugendarbeit angeboten werden kann.

Daher wird eine Lösung vorgeschlagen, die der Heterogenität der Offenen Jugendarbeit Rechnung trägt. Es wird eine sogenannte Trägerschaftskaskade vorgesehen: grundsätzlich sollte eine lokale Vereinigung die Offene Jugendarbeit tragen. Falls sich die Dach-VoG gegen diese Aufgabe ausspricht oder sich kein entsprechender Kandidat finden lässt, kann die Gemeinde entscheiden, die Trägerschaft zu übernehmen. Falls auch diese die Aufgabe nicht übernehmen möchte, trägt die Deutschsprachige Gemeinschaft dafür Sorge, dass in der betreffenden Gemeinde Offene Jugendarbeit angeboten wird. Es gilt der dekretele Auftrag, in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft flächendeckend Offene Jugendarbeit anzubieten. Spricht sich ein Akteur für die Übernahme der OJA aus, kann ihm während des fünfjährigen Förderzeitraums die ausschließliche Verantwortung zukommen.

Es gibt in der OJA sehr unterschiedliche Strukturen in den verschiedenen Gemeinden. Das flexible Kaskaden-Modell kommt diesem Umstand entgegen. So kann jede Ebene die Verantwortung für die OJA übernehmen. Durch das neue Modell wird die aktuelle Dreier- bzw. Vierer-Konstellation aufgebrochen und die Strukturen verschlankt.

Es ist davon auszugehen, dass nicht in allen Gemeinden dieselbe Lösung angewendet wird. Daraus können sich auch Chancen für Modell-Projekte ergeben. Die Kaskade ist keine Verlegenheitslösung, sondern bietet die Chance, sich aus dem aktuellen dekretalen Korsett zu lösen. Sie schafft die Möglichkeit, je nach örtlicher Befindlichkeit in verschiedenen Modellen zu arbeiten.

Artikel 23 und 24

Die Antragstellung für den Erhalt einer Förderung aufgrund des Jugendförderdekrets soll vereinfacht werden. So soll es künftig keine Konzepte mehr geben. Stattdessen wird ein

Förderantrag eingereicht, der ein kommunales Jahresprogramm enthält und dem die verschiedenen in Artikel 26 des Jugendförderdekrets aufgeführten Informationen beigelegt werden. Entsprechend dem Vorschlag des RDJ wird der Begriff „Jahresprogramm“ für die Jugendeinrichtungen verwendet, um eine klare Unterscheidung zum „Aktionsplan“ des Jugendstrategieplans zu erzielen. Zudem wird der Anmerkung des RDJ Rechnung getragen, indem der jeweilige Träger im Rahmen des Förderantrags dazu verpflichtet wird, Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partnern zu machen

Die Genehmigung des Förderantrags erfolgt entsprechend den in Artikel 27 des Jugendförderdekrets aufgeführten Modalitäten. Es wird weiterhin festgehalten, dass die Förderung für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans gilt. Zudem muss der Träger der Offenen Jugendarbeit jährlich bis zum 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahrs einen Tätigkeitsbericht einreichen.

Artikel 25

Die Höhe des Funktionszuschusses für die Offene Jugendarbeit soll sich nur noch nach der Anzahl Jugendlichen richten, nicht mehr nach der Anzahl Jugendtreffs. Die Lebensräume der Jugendlichen haben sich durch die Digitalisierung stark verändert. Die „Generation Smartphone“ ist nicht mehr an feste Treffpunkte gebunden. Sie sind mobiler geworden. Andererseits bleiben die Grundbedürfnisse junger Menschen dieselben, wie sich vom Elternhaus zu lösen und Freunde zu treffen. Dafür ist ggf. ein Ausweichort erforderlich, „ein zweites Zuhause“, von welchem die Jugendlichen nicht vertrieben werden. Ein solcher Ort kann der Jugendtreff sein. Die digitale Begegnung kann die persönliche nicht ersetzen, aber die Anzahl der Treffs sollte bedarfsorientiert festgelegt werden. Daher sollte die Anzahl der Treffs kein Zuschusskriterium mehr sein.

Bisher beteiligten sich die Gemeinden entsprechend einer sehr komplizierten Verrechnungsweise an den restlichen Personalkosten der Jugendarbeiter. Analog zur Jugendinformation wird auch für die Offene Jugendarbeit ein neues einheitliches Zuschusssystem eingeführt. Die Gemeinden sollen fortan eine Pauschale pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde zahlen. Auf Grundlage der Anzahl Jugendlichen des Referenzjahres 2019 werden sich die Gemeinden ab dem Jahr 2022 mit einer jährlichen Pauschale in Höhe von 4 Euro pro Jugendlichen an den Personalkosten beteiligen.

Artikel 26

Die hier angestrebte Anpassung, ist darauf zurückzuführen, dass das durch die Regierung beauftragte Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft, bedingt durch die neuartige Trägerschaftskaskade fortan nicht nur als Träger der Mobilen Jugendarbeit, sondern auch als Träger der Offenen Jugendarbeit in Frage kommen kann (Artikel 25 des Jugendförderdekrets).

Artikel 27

Es empfiehlt sich, die Zielsetzungen und Methoden der Mobilen Jugendarbeit genauer festzulegen.

Artikel 28

Das Jugendbüro soll zu Beginn des Förderzeitraums ein Konzept zur Mobilen Jugendarbeit und zur Offenen Jugendarbeit für die Gemeinden, in denen dem Jugendbüro die

Trägerschaft obliegt, erstellen. Die Bestimmung legt die Inhalte des Konzepts und die Schritte zur Genehmigung fest.

Artikel 29

Mit dieser Abänderung soll die bestehende Bestimmung zur Bezuschussung des Jugendbüros präzisiert werden. Fortan wird ausdrücklich auf den neuen Artikel 5.1, der die Personalausgaben festlegt, verwiesen.

Artikel 30

Da die Bestimmung zur Weiterbildung von Jugendarbeitern jetzt in Artikel 5.1 übernommen wurde, kann sie an dieser Stelle aufgehoben werden.

Artikel 31

Wie von den Jugendeinrichtungen vorgeschlagen, soll die Regierung zur Stärkung des Ehrenamts wie bei den kreativen Ateliers auch ehrenamtlichen Jugendleitern einen Zuschuss für Weiterbildungen gewähren können.

Artikel 32 und 33

Mit diesen Artikeln wird eine technische Korrektur vorgenommen. Tatsächlich erhalten nicht nur Jugendorganisationen Ausrüstungszuschüsse, sondern alle Jugendeinrichtungen.

Artikel 34

Das Jugendförderdekret soll um ein neues Kapitel 5.2 ergänzt werden, das verschiedene Bestimmungen zum Datenschutz enthält. Dieses Kapitel wurde infolge des Gutachtens der Datenschutzbehörde grundlegend angepasst (siehe oben).

Artikel 55.5

Diese Bestimmung beinhaltet eine allgemeine Vertraulichkeitsbestimmung. „Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen“ bedeutet, dass, in Fällen, in denen die Weitergabe der Angaben gesetzlich vorgesehen ist oder wenn die Weitergabe zur Durchführung des vorliegenden Dekretentwurfs notwendig ist, diese Vertraulichkeitsklausel dem nicht entgegengehalten werden darf. Eventuell anwendbare Bestimmungen zum Berufsgeheimnis werden nicht berührt.

Artikel 55.6

Dieser Artikel legt die im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten Verantwortlichen fest. Die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Artikel 55.7

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft verarbeiten. Diese Auflistung ist im neuen Artikel 55.7 des Jugendförderdekrets zu finden. Dabei geht es darum, eine transparente und

vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Die genaue Aufgliederung soll durch die Regierung vorgenommen werden. Die erwähnten personenbezogenen Daten werden in angemessener, sachdienlicher und verhältnismäßiger Weise verarbeitet.

Artikel 55.8

In dieser Bestimmung wird die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten festgelegt.

Artikel 55.9

In Artikel 55.9 des Jugendförderdekrets wird eine Ermächtigung an die Regierung vorgesehen, um Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der Daten festzulegen

Artikel 35

Entsprechend dem Gutachten des RDJ wird die Möglichkeit einer Indexierung jeglicher Zuschüsse, die im Jugenddekret festgelegt werden, geschaffen.

Artikel 36

Mit dieser Bestimmung wird lediglich ein technischer Verweis auf das Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen eingefügt.

Artikel 37

Dieser Artikel regelt die übergangsweise Bezuschussung der Personalmitglieder der Jugendeinrichtungen. Durch den eingefügten Artikel 5.1 ergeben sich neue Bezuschussungsbedingungen und unterschiedliche zuschussberechtigte Personalkategorien, die unterschiedliche berufliche Qualifikationen vorweisen müssen, um verschiedenartige Bezuschussungsbarbaren anzuwenden.

Artikel 38

Der erste neue Förderzeitraum im Sinne von Artikel 1 Nr. 16 des Jugendförderdekrets soll am 1. Januar 2023 beginnen und nach fünf Kalenderjahren am 31. Dezember 2027 enden.

Artikel 39

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets auf den 1. Januar 2022 fest.

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit

Artikel 1 - Artikel 1 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge „von 4 bis 11 Jahren“ durch die Wortfolge „von 4 bis 9 Jahren“ ersetzt.

2. In Nummer 2 wird die Wortfolge „von 12 bis 30 Jahren“ durch die Wortfolge „von 10 bis 30 Jahren“ ersetzt.

3. In Nummer 8 wird zwischen die Wörter „die“ und „beruflich“ die Wortfolge „als Jugendsozialarbeiter oder Jugendarbeiter-Assistent“ eingefügt.

4. Nummer 14 wird wie folgt ersetzt:

„14. Träger der Offenen Jugendarbeit: je nach Fall eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, die die allgemeinen Förderkriterien als Jugendeinrichtung gemäß Artikel 5 erfüllt und in der betreffenden Gemeinde mit der Offenen Jugendarbeit beschäftigt ist, die jeweilige Gemeinde oder die Regierung;“

5. Folgende Nummer 16 wird eingefügt:

„16. Förderzeitraum: Zeitraum, der fünf Jahre umfasst und immer zum 1. Januar beginnt, in dem die Förderung gemäß dem vorliegenden Dekret gewährleistet wird;“

6. Folgende Nummer 17 wird eingefügt:

„17. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.“

Art. 2 - In Artikel 2 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Jugendarbeit findet im außerschulischen Bereich und im Rahmen besonderer Freizeitaktivitäten statt“ durch die Wortfolge „Jugendarbeit findet hauptsächlich im außerschulischen Bereich statt“ ersetzt.

Art. 3 - In Artikel 3 desselben Dekrets wird das Wort „beide“ durch das Wort „alle“ ersetzt.

Art. 4 - Artikel 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. November 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge „und Förderzeitraum“ eingefügt.

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Regierung verabschiedet für jede Legislaturperiode“ durch die Wortfolge „Die Regierung veröffentlicht für jeden Förderzeitraum“ ersetzt.

3. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Zur Vorbereitung auf den Strategieplan der folgenden Legislaturperiode veröffentlicht die Regierung im Oktober des Jahres, das der Wahl zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorausgeht,“ durch die Wortfolge „Zur Vorbereitung auf den folgenden Strategieplan veröffentlicht die Regierung“ ersetzt.

4. In Absatz 3 wird Satz 1 wie folgt ersetzt:

„Die Regierung legt im Januar des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, die Themenschwerpunkte für den folgenden Strategieplan fest.“

5. In Absatz 4 wird Satz 1 wie folgt ersetzt:

„In demselben Jahr nimmt die Regierung eine Auswertung des Strategieplans des laufenden Förderzeitraums vor und arbeitet auf Grundlage der festgelegten Themenschwerpunkte den Aktionsplan des folgenden Strategieplans aus.“

6. In Absatz 4 wird Satz 4 wie folgt ersetzt:

„Die Umsetzung des Aktionsplans endet spätestens im letzten Jahr des betreffenden Förderzeitraums.“

Art. 5 - Artikel 5 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird folgende Nummer 6.1 eingefügt:
„6.1 zunehmend physische, virtuelle und undefinierte Räume miteinander verbinden und kombinieren, um den Lebensumständen junger Menschen gerecht zu werden;“
2. In §1 Nummer 7 wird das Wort „mit einer Behinderung“ durch das Wort „mit Unterstützungsbedarf“ ersetzt.
3. In §1 wird folgende Nummer 7.1 eingefügt:
„7.1 junge Menschen erreichen, die Gefahr laufen, von der digitalisierten Gesellschaft abgehängt zu werden;“
4. §2 Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:
„4. die digitale Jugendarbeit als Förderung der digitalen Kompetenzen und der Medienkompetenz junger Menschen, damit sie sich aktiv und kreativ in die digitale Gesellschaft einbringen, fundierte und überlegte Entscheidungen treffen sowie Verantwortung für und Kontrolle über ihre digitale Identität übernehmen;“
5. §2 Absatz 1 Nummer 6 wird wie folgt ersetzt:
„6. die geschlechterreflektierte Jugendarbeit zur Förderung der Chancengerechtigkeit und der Überwindung von Geschlechterstereotypen, sowie der Offenheit und Akzeptanz gegenüber der Lebensweise aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität;“
6. In §2 Absatz 1 wird folgende Nummer 8 eingefügt:
„8. die Grundsätze der Nachhaltigkeit und die Bildung für nachhaltige Entwicklung, mitunter als Förderung des Interesses für einen sinnvollen Umgang mit Natur und Umwelt sowie ein global gerechtes Miteinander aller Menschen auf dieser Welt.“
7. §3 wird aufgehoben.

Art. 6 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 5.1 eingefügt:

„Art. 5.1 - Personalzuschüsse

§1 - Beantragen die Jugendeinrichtungen für die Beschäftigung von Jugendsozialarbeitern Personalzuschüsse aufgrund des vorliegenden Dekrets, erfüllen diese folgende Bedingungen:

1. Sie weisen einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vor, der keine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von über sechs Monaten beinhaltet.
2. Sie sind mindestens im Besitz des Diploms eines Bachelors im sozialpädagogischen Bereich.

Auf begründeten Vorschlag der Jugendkommission hin kann die Regierung:

1. andere Diplome als das in Absatz 1 Nummer 2 genannte für gleichwertig anerkennen;
2. Ausbildungen in einer anderen als der in Absatz 1 Nummer 2 genannten Fachrichtung genehmigen, um einen spezifischen Bedarf für die Sparte der Jugendarbeit, in der die jeweilige Jugendeinrichtung tätig ist, zu decken.

Die Jugendeinrichtung richtet zu diesem Zweck einen begründeten Antrag an die Regierung, aus dem hervorgeht, worin der spezifische Bedarf besteht. Ein spezifischer Bedarf kann entweder zur Überbrückung einer besonderen Arbeitssituation oder die Erarbeitung eines innovativen oder spezifischen Inhalts begründet sein. Nach Gutachten der Jugendkommission wird für diese Mitarbeiter bei Bedarf ein Weiterbildungsplan festgelegt.

§2 - Beantragen die Jugendeinrichtungen für die Beschäftigung von Jugendarbeiter-Assistenten Personalzuschüsse aufgrund des vorliegenden Dekrets, erfüllen diese folgende Bedingungen:

1. Sie weisen einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des

Strafprozessgesetzbuches vor, der keine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von über sechs Monaten beinhaltet.

2. Sie sind mindestens im Besitz des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder des Gesellenzeugnisses, weisen eine ausreichende Animationspraxis nach und verpflichten sich nach Gutachten der Jugendkommission zu einem Weiterbildungsplan mit einem Umfang von mindestens 300 Stunden, um sich spezifisch für die Sparte der Jugendarbeit, in der die jeweilige Jugendeinrichtung tätig ist, zu qualifizieren.

Jugendarbeiter-Assistenten, die bei Einstellung in einer geförderten Jugendeinrichtung nicht im Besitz des Diploms eines Bachelors im sozialpädagogischen Bereich sind, müssen nach ihrer Einstellung im Rahmen des verpflichtenden Weiterbildungsplans einer Weiterbildung zum Thema des Schutzes von jungen Menschen vor Vernachlässigung, Gewalt und sexuellem Missbrauch folgen.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten des Weiterbildungsplans fest.

§3 - Der Träger der Jugendinformation und das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben zusätzlich die Möglichkeit, für die Beschäftigung von Führungskräften Personalzuschüsse aufgrund des vorliegenden Dekrets zu beantragen. Diese erfüllen folgende Bedingungen:

1. Sie weisen einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vor, der keine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von über sechs Monaten beinhaltet.

2. Sie sind mindestens im Besitz des Diploms eines Bachelors.

3. Sie verfügen über eine Erfahrung von mindestens zwei Jahren oder über eine Qualifikation in Personalführung.

§4 - Die Regierung legt für die in §§1-3 genannten Funktionen die Höhe der Personalzuschüsse, die für die Berechnung des Personalzuschusses in Betracht kommenden Personalkosten sowie die Modalitäten der Bezuschussung fest.“

Art. 7 - Artikel 8 Nummer 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 8 - Artikel 9 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 9 - Förderantrag

Bereits geförderte Jugendorganisationen reichen spätestens am 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, einen Förderantrag bei der Regierung ein. Jugendorganisationen, die noch keine Förderung durch die Regierung erhalten haben, können ihren Förderantrag bis spätestens am 31. März eines jeden Jahres einreichen.

Der Förderantrag entspricht den in den Artikeln 5 und 8 erwähnten Förderkriterien und umfasst mindestens:

1. eine Stärken- und Schwächenanalyse;

2. die Erstellung eines Jahresprogramms für das erste Kalenderjahr der Förderung, aus dem hervorgeht, welche der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte im Rahmen des allgemeinen Angebots der Jugendorganisationen für ihre jeweilige Zielgruppe umgesetzt werden;

3. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort;

4. das Leitbild der Jugendorganisation und ihren Aufbau;

5. die Beschreibung der Methode zur Unterstützung und pädagogischen Begleitung der ehrenamtlichen Jugendleiter und gegebenenfalls der hauptamtlichen Jugendarbeiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Förderantrags festlegen.“

Art. 9 - Artikel 10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 10 - Genehmigung der Förderung

Die Regierung prüft den gemäß Artikel 9 eingereichten Förderantrag und genehmigt ihn gegebenenfalls spätestens am 31. Oktober des Jahres, in dem der Förderantrag eingereicht wurde. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5, 8 und 9 versehen werden.

Die Förderung einer Jugendorganisation gilt grundsätzlich für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums. Sie wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung folgt.“

Art. 10 - Artikel 11 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. die Umsetzung und Aktualisierung des Jahresprogramms durch die Erläuterung der Aktivitäten des vorangegangenen und des laufenden Kalenderjahrs sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten;“

2. Nummer 2 wird aufgehoben.

3. Nummer 3 wird aufgehoben.

Art. 11 - Artikel 12 §3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„§3 - Wenn die Anzahl junger Menschen, die Mitglied der Jugendorganisation sind, während zwei aufeinanderfolgenden Jahren nachgewiesen werden kann, erfolgt auf Anfrage der Jugendorganisation eine Heraufstufung in eine höhere Kategorie.

Wenn die Anzahl junger Menschen, die Mitglied einer Jugendorganisation sind, während fünf aufeinanderfolgenden Jahren nachgewiesen werden kann, erfolgt eine Herabstufung in eine niedrigere Kategorie.“

Art. 12 - Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Der jetzige Wortlaut des Artikels wird zu §1.

2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 13 - Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 11, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Angabe „(Muster 2)“ gestrichen.

2. In Absatz 3 wird der Betrag „1 Euro“ durch den Betrag „1,50 Euro“ ersetzt.

Art. 14 - Artikel 17 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 17 - Förderantrag

Der Träger der Jugendinformation reicht spätestens am 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, einen Förderantrag bei der Regierung ein.

Der Förderantrag entspricht den in den Artikeln 5 und 16 genannten Förderkriterien und Zielsetzungen und umfasst mindestens:

1. ein Programm, aus dem die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte, die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 16 genannten Zielsetzung, die Beschreibung der Umsetzung der aus dem Jugendbericht resultierenden spezifischen Ziele und Methoden und die Beteiligung des Jugendinformationszentrums zur Umsetzung des Strategieplans hervorgeht;

2. das Leitbild der Organisation;
3. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort, einschließlich eines Vorschlags für das erforderliche Stellenkapital;
4. Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Information der Jugendlichen erforderlichen Partnern;
5. die Vorgehensweise zur Auswertung der Qualität der Struktur und des Angebots sowie der Arbeit der Mitarbeiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Förderantrags festlegen.“

Art. 15 - Artikel 18 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 18 - Genehmigung der Förderung

Die Regierung prüft den gemäß Artikel 17 eingereichten Förderantrag und genehmigt ihn gegebenenfalls spätestens am 31. Oktober des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5, 16 und 17 versehen werden.

Die Förderung des Trägers der Jugendinformation gilt grundsätzlich für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums. Sie wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung folgt.“

Art. 16 - Artikel 19 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 19 - Leistungsauftrag

Die Regierung schließt mit dem Träger der Jugendinformation einen Leistungsvertrag ab. Dieser enthält:

1. die Höhe des Zuschusses für Personal- und Funktionskosten;
2. die Arbeitsaufgaben und den Arbeitseinsatz der Mitarbeiter des Jugendinformationszentrums;
3. die Angaben zur Verwaltung der zur Verfügung stehenden Infrastruktur;
4. die Angaben zu den Finanzmitteln, einschließlich des förderfähigen Stellenkapitals;
5. die Öffnungszeiten;
6. die Zielgruppen;
7. die Beschreibung der Beteiligung des Jugendinformationszentrums an der Umsetzung des Strategieplans in Bezug auf die Jugendarbeit.

Der Leistungsvertrag gilt für die Dauer der Förderung.“

Art. 17 - Artikel 20 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 20 - Begleitung des Jugendinformationszentrums

§1 - Die Regierung setzt zur Begleitung und Auswertung des Leistungsauftrags einen Begleitausschuss ein, in dem die Regierung, ein Vertreter der Gemeinden aus dem Kanton Eupen, ein Vertreter der Gemeinden aus dem Kanton St. Vith und das Jugendinformationszentrum vertreten sind.

Die Gemeinden bestellen ihre jeweiligen Vertreter jährlich und für die Dauer von einem Jahr. Dieselbe Gemeinde kann in ihrem jeweiligen Kanton nur einmal in einem Zeitraum von vier Jahren einen Vertreter bestellen.

§2 - Im Begleitausschuss werden erörtert:

1. die Umsetzung und Aktualisierung des Programms durch die Erläuterung der Aktivitäten des vorangegangenen und des laufenden Kalenderjahrs sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten;
2. die Umsetzung des Leistungsvertrags;
3. die aktuellen finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten;
4. die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Information der Jugendlichen erforderlichen Partnern.

Der Träger der Jugendinformation erstellt ein Protokoll, das Auskunft über die Umsetzung des Leistungsvertrags enthält. Das Protokoll wird dem Begleitausschuss übermittelt.“

Art. 18 - Artikel 21 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 21 - Zuschuss

§1 - Der Träger der Jugendinformation erhält einen Zuschuss zur Deckung von Funktions- und Personalkosten, wenn er:

1. die in den Artikeln 5 und 16 genannten Förderkriterien erfüllt;
2. mindestens drei Vollzeitäquivalentstellen als Jugendarbeiter und einen Geschäftsführer beschäftigt.

Der jährliche Pauschalzuschuss für die Funktionskosten beläuft sich auf 80.000 Euro.

Die Personalbezuschussung erfolgt gemäß Artikel 5.1. Das Stellenkapital wird im Leistungsvertrag festgelegt.

§2 - Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten mit einer jährlichen Pauschale in Höhe von 1,20 Euro pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde.

Als Berechnungsgrundlage für die Pauschale dienen die Angaben des Bevölkerungsregisters der Anzahl Jugendlichen pro Gemeinde des Referenzjahres 2019. Alle fünf Jahre wird die Berechnungsgrundlage aufgrund der Angaben des Bevölkerungsregisters aktualisiert.

§3 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 19 - In Artikel 22 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:

„Die Offene Jugendarbeit kann zur Erreichung dieser Zielsetzungen auch Daten gemäß den Artikeln 9 und 10 der Datenschutz-Grundverordnung verarbeiten.“

Art. 20 - Artikel 23 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 23 - Sozialraumanalyse und kommunales Jahresprogramm

Der Träger der Offenen Jugendarbeit führt regelmäßig Sozialraumanalysen durch und erstellt jährlich unter Einbeziehung der für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partner ein kommunales Jahresprogramm.“

Art. 21 - Artikel 24 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 24 - Konzertierung

In dem Jahr, in dem die Themenschwerpunkte für den folgenden Strategieplan veröffentlicht werden, führt der Träger der Offenen Jugendarbeit eine Konzertierung zu den Bedarfen der jungen Menschen mit den für die Jugendarbeit relevanten Akteure in der

jeweiligen Gemeinde durch. Dazu gehören mindestens die geförderten Jugendeinrichtungen und die zuständige Gemeinde.“

Art. 22 - Artikel 25 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 25 - Trägerschaft

§1 - Die Regierung fördert pro Gemeinde des deutschen Sprachgebiets einen Träger der Offenen Jugendarbeit.

Die Trägerschaft der lokalen Offenen Jugendarbeit kann erfolgen durch:

1. eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, die die allgemeinen Förderkriterien als Jugendeinrichtung gemäß Artikel 5 erfüllt und in der betreffenden Gemeinde mit der Offenen Jugendarbeit beschäftigt ist;
2. die jeweilige Gemeinde oder;
3. die Regierung, unbeschadet des Artikels 29 Absatz 1 Nummer 12.

§2 - Bis zum 1. Januar des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, teilt der aktuelle Träger der Offenen Jugendarbeit der Regierung mit, ob er für den nächsten Förderzeitraum einen Förderantrag einreichen wird.

Wenn der aktuelle Träger der Offenen Jugendarbeit diesen Schritt nicht innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist unternimmt oder angibt, dass er für den nächsten Förderzeitraum keinen Förderantrag einreichen wird, reicht die jeweilige Gemeinde bis zum 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, bei der Regierung einen Förderantrag gemäß Artikel 26 ein, wenn sie beabsichtigt, die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit zu übernehmen.

Wenn die Gemeinde diesen Schritt nicht innerhalb der in Absatz 2 erwähnten Frist unternimmt oder angibt, dass sie für den nächsten Förderzeitraum keinen Förderantrag einreichen wird, übernimmt die Regierung die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit in der betreffenden Gemeinde für den nächsten Förderzeitraum.

§3 - Liegt die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit bei der Gemeinde oder bei der Regierung, veröffentlicht die Regierung zwei Jahre vor Ende des laufenden Förderzeitraums einen Aufruf, damit sich interessierte Vereinigungen auf die Trägerschaft für die Offene Jugendarbeit in der betreffenden Gemeinde während des nächsten Förderzeitraums bewerben können.

Teilt eine Vereinigung ihre Absicht mit, die Trägerschaft übernehmen zu wollen, richtet sie innerhalb einer von der Regierung festgelegten Frist einen entsprechenden Antrag an die Regierung.

Die Regierung prüft, ob die Vereinigung die in §1 Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Bedingungen grundsätzlich erfüllen kann. Trifft dies zu, fordert die Regierung diese Vereinigung zu Beginn des nächsten Förderzeitraums auf, ihr gemäß §2 Absatz 1 mitzuteilen, ob sie einen Förderantrag als Träger der Offenen Jugendarbeit einreichen wird.

§4 - Werden die Förderkriterien nicht mehr erfüllt oder die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets nicht eingehalten, fordert die Regierung die Vereinigung oder die Gemeinde auf, innerhalb einer Frist von einem Monat ab Übermittlung des Bescheids den Nachweis der Erfüllung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets zu erbringen. Kommt der Träger dieser Aufforderung nicht nach, stellt die Regierung die Förderung ein, nachdem sie dem Träger die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hat.

Beabsichtigt eine Vereinigung oder eine Gemeinde, während des laufenden Förderzeitraums die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit abzugeben, teilt sie dies der Regierung mindestens sechs Monate vor der geplanten Abgabe schriftlich mit. Die freiwillige Abgabe der Trägerschaft hat die Einstellung der Förderung von Rechts wegen zur Folge.

Bei Einstellung der Förderung während des laufenden Förderzeitraums übernimmt die Regierung für die restliche Dauer des Förderzeitraums die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit in der betreffenden Gemeinde.

§5 - Übernimmt die Regierung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit, sind die Artikel 26, 27 und 28 nicht anwendbar.“

Art. 23 - Artikel 26 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 26 - Förderantrag

Der Träger der Offenen Jugendarbeit reicht spätestens am 31. März des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht, einen Förderantrag bei der Regierung ein.

Der Förderantrag entspricht den in den Artikeln 5 und 22 genannten Förderkriterien und Zielsetzungen und umfasst mindestens:

1. ein kommunales Jahresprogramm, aus dem die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte, die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 22 genannten Zielsetzung, die Beschreibung der Umsetzung der aus dem Jugendbericht resultierenden spezifischen Ziele und Methoden und die Beteiligung des Trägers der Offenen Jugendarbeit zur Umsetzung des Strategieplans hervorgeht;
2. das Leitbild der Organisation;
3. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort, einschließlich eines Vorschlags für das erforderliche Stellenkapital;
4. Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Jugendarbeit relevanten lokalen Partnern;
5. die Vorgehensweise zur Auswertung der Qualität der Struktur und des Angebots sowie der Arbeit der Mitarbeiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Förderantrags festlegen.“

Art. 24 - Artikel 27 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 27 - Genehmigung der Förderung

§1 - Die Regierung prüft den gemäß Artikel 26 eingereichten Förderantrag und genehmigt ihn gegebenenfalls spätestens am 31. Oktober des Jahres, das dem nächsten Förderzeitraum vorangeht. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5, 22, 23, 24 und 26 versehen werden.

Die Förderung des Trägers der Offenen Jugendarbeit gilt grundsätzlich für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums. Sie wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung folgt, und gilt bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem die Themenschwerpunkte für den folgenden Strategieplan festgelegt werden.

§2 - Der Träger der Offenen Jugendarbeit reicht jährlich bis zum 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahrs einen Tätigkeitsbericht ein, aus dem Folgendes hervorgeht:

1. die Umsetzung und Aktualisierung des kommunalen Jahresprogramms durch die Erläuterung der Aktivitäten des vorangegangenen und des laufenden Kalenderjahrs sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten;
2. die aktuellen finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten.“

Art. 25 - Artikel 28 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 28 - Zuschuss

§1 - Der Träger der Offenen Jugendarbeit erhält einen Zuschuss zur Deckung von Funktions- und Personalkosten, wenn er:

1. die in den Artikeln 5 und 22 genannten Förderkriterien erfüllt;
2. mindestens eine Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter beschäftigt.

Der jährliche Pauschalzuschuss für die Funktionskosten beläuft sich auf:

1. 15.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit weniger als 2.000 Jugendlichen tätig ist;
2. 30.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen tätig ist;
3. 45.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit mehr als 4.000 Jugendlichen tätig ist.

Die Personalbezuschussung erfolgt gemäß Artikel 5.1. Das Stellenkapital wird bei der Genehmigung des Förderantrags festgelegt.

§2 - Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten mit einer jährlichen Pauschale in Höhe von 4 Euro pro Jugendlichen zwischen 10 und 30 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde.

Als Berechnungsgrundlage für die Pauschale dienen die Angaben des Bevölkerungsregisters der Anzahl Jugendlichen pro Gemeinde des Referenzjahres 2019. Alle fünf Jahre wird die Berechnungsgrundlage aufgrund der Angaben des Bevölkerungsregisters aktualisiert.

§3 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 26 - Artikel 29 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird das Wort „Konzepten“ durch das Wort „Förderanträgen“ ersetzt.
2. Folgende Nummer 12 wird eingefügt:

„12. als Träger der Mobilen Jugendarbeit fungiert und bei Bedarf gemäß Artikel 25 in einzelnen Gemeinden im Auftrag der Regierung die Aufgaben des Trägers der Offenen Jugendarbeit wahrnimmt.“

Art. 27 - Artikel 30 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge „und Begleitausschuss“ eingefügt.
2. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Mobile Jugendarbeit besteht in der Beratung, Begleitung und Vermittlung junger Menschen in besonderen Lebenslagen oder mit spezifischen Anfragen.

Die Mobile Jugendarbeit verfolgt das Ziel, Lebenssituationen und Lebenswelten junger Menschen zu verbessern, insbesondere jener, die von anderen Diensten oder Organisationen nicht erreicht werden, keine Angebote anderer Dienste oder Organisationen in Anspruch nehmen und im öffentlichen Raum anzutreffen sind.

Die Mobile Jugendarbeit legt dabei den Fokus auf junge Menschen mit multipler Problembelastung. Die Arbeit erfolgt anlassbezogen und nicht flächendeckend. Die Mobile Jugendarbeit wird besonders in den dichter besiedelten Gebieten des deutschen Sprachgebiets aktiv, in denen sich Sekundarschulen befinden.

Die Mobile Jugendarbeit nutzt die Methoden der aufsuchenden Arbeit und Szenenpräsenz, der Projektarbeit, der individuelle Begleitung, der Gruppenarbeit sowie der Interessensvertretung und Gemeinwesenarbeit. Diese Methoden werden in kooperativen und organisationsübergreifenden Formen durch die Vernetzung mit verschiedenen, relevanten Partnern und Diensten sowie durch aktive Zusammenarbeit mit der Offenen Jugendarbeit an den jeweiligen Standorten umgesetzt. Die Mobile Jugendarbeit kann zur Erreichung dieser Zielsetzungen auch Daten gemäß den Artikeln 9 und 10 der Datenschutz-Grundverordnung verarbeiten.

Die Mobile Jugendarbeit berücksichtigt die Erkenntnisse, die sich aus der Sozialraumanalyse der Offenen Jugendarbeit der entsprechenden Gemeinde und dem Jugendbericht ergeben.“

Art. 28 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 30.1 eingefügt:

„Art. 30.1 - Konzept zur Mobilen und zur Offenen Jugendarbeit

§1 - Das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums ein Konzept zur Umsetzung der Mobilen und bei Bedarf gemäß Artikel 25 zur Umsetzung der Offenen Jugendarbeit.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Antrags festlegen.

§2 - Das Konzept umfasst mindestens:

1. die Beschreibung der wichtigsten Erkenntnisse aus den regelmäßig vorgenommenen Sozialraumanalysen, des aktuellen Jugendberichts sowie der in Artikel 24 genannten Konzertierung mit den für die Jugendarbeit relevanten Akteuren im deutschen Sprachgebiet;
2. die Beschreibung der Erfüllung der in Artikel 5 genannten Schwerpunkte der Jugendarbeit, der Umsetzung des Strategieplans sowie der in den Artikeln 22 und 30 §1 genannten allgemeinen Zielsetzungen;
3. eine Beschreibung der geplanten Aktivitäten und Methoden zur Mobilen und zur Offenen Jugendarbeit für die Dauer des jeweiligen Förderzeitraums;
4. eine Beschreibung der verfügbaren infrastrukturellen, finanziellen, personellen und logistischen Mittel zur Erfüllung der geplanten Aktivitäten und Methoden zur Mobilen und zur Offenen Jugendarbeit;
5. für die Gemeinden, in denen der Regierung die Trägerschaft für die Offene Jugendarbeit obliegt, die Ergebnisse der Konzertierung mit den relevanten Akteuren für die Jugendarbeit gemäß Artikel 24.

Die Regierung kann weitere einzureichende Unterlagen festlegen.

§3 - Die Modalitäten der Umsetzung des Konzepts werden im Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung und dem Jugendbüro festgelegt.“

Art. 29 - Artikel 34 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 34 - Zuschuss

Das Jugendbüro erhält eine jährliche Förderung im Verhältnis zu seinen Personal-, Funktions- und Aktivitätskosten, deren Höhe im Geschäftsführungsvertrag festgelegt wird.

Die Personalbezuschung erfolgt gemäß Artikel 5.1. Das Stellenkapital wird im Geschäftsführungsvertrag festgelegt.“

Art. 30 - Artikel 43 Absatz 2 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 31 - Artikel 45 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 45 - Zuschüsse für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung den Jugendeinrichtungen für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen folgende Zuschüsse gewähren:

1. pro hauptamtlicher Mitarbeiter höchstens 650 Euro jährlich;
2. pro ehrenamtlicher Jugendleiter höchstens 325 Euro jährlich.

Die Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.“

Art. 32 - In Artikel 55.1 §2 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird das Wort „Jugendorganisation“ durch das Wort „Jugendeinrichtung“ ersetzt.

Art. 33 - In Artikel 55.2 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird das Wort „Jugendorganisationen“ durch das Wort „Jugendeinrichtungen“ ersetzt.

Art. 34 - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel 5.2, das die Artikel 55.5 bis 55.9 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL 5.2 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 55.5 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und die anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 55.6 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gelten:

1. die Regierung für die Erfüllung der in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 8 und Kapitel 3 erwähnten Aufgaben;
2. die geförderten Jugendeinrichtungen für die in Kapitel 2 erwähnten Aufgaben;
3. der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die in Kapitel 3 und 4 erwähnten Aufgaben.

Die Regierung, die geförderten Jugendeinrichtungen und der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 55.7 - Datenkategorien

§1 - Die Regierung kann gemäß Artikel 55.6 folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Teilnehmer von Aus- und Weiterbildungen, Praktikumsbegleiter und Ausbilder;
2. die in §2 Absatz 1 erwähnten Daten in dem in Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Fall;
3. die in §3 Absatz 1 erwähnten Daten in dem in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Fall;
4. die in §4 Absatz 1 erwähnten Daten in dem in Absatz 2 Nummer 4 erwähnten Fall.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Genehmigung und Förderung von Aus- und Weiterbildungen gemäß Kapitel 3, einschließlich Kontrolle der Zuschussbedingungen, sowie Ausstellung von Anerkennungsnachweisen gemäß Artikel 41;
2. Förderung von Jugendeinrichtungen, die Personalzuschüsse gemäß Artikel 5.1 beziehen, einschließlich Kontrolle der Zuschussbedingungen;
3. Kontrolle von Jugendlagern gemäß Artikel 14 Absatz 1 Nummer 8;
4. Übernahme der Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit gemäß Artikel 24.

§2 - Die geförderten Jugendeinrichtungen können gemäß Artikel 55.6 für bezuschusstes Personal folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
4. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Beantragung der Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft unter Einhaltung der in Artikel 5.1 aufgeführten Bedingungen verarbeitet werden.

§3 - Die Jugendorganisationen können zudem gemäß Artikel 55.6 für ihre Mitglieder folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zur Gesundheit für die im Gesundheitsordner aufgeführten Personen;
3. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister für Betreuer bei Ferienlagern.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Beantragung der Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft unter Einhaltung der in Artikel 14 aufgeführten Bedingungen verarbeitet werden.

§4 - Die Träger der Offenen Jugendarbeit und der Mobilen Jugendarbeit können zudem gemäß Artikel 55.6 für die begleiteten jungen Menschen auf Anfrage der Betroffenen folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zur Familiensituation;
4. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
5. Daten zur Freizeitbeschäftigung;
6. Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
7. medizinische und psychologische Daten;
8. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
9. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Offenen Jugendarbeit gemäß Artikel 22 oder der Mobilen Jugendarbeit gemäß Artikel 30 verarbeitet werden.

§5 - Der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann gemäß Artikel 55.6 Daten zur Identität und Kontaktangaben der Teilnehmer von Aus- und Weiterbildungen, Praktikumsbegleiter und Ausbilder verarbeiten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Organisation der Grundausbildung gemäß Artikel 38, die zum „Anerkennungsnachweis ehrenamtliche Jugendleiterin“ oder „Anerkennungsnachweis ehrenamtlicher Jugendleiter“ führt, verarbeitet werden.

§6 - Die Regierung kann nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in §§1 bis 5 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 55.8 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen wie folgt in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht:

1. für die in Artikel 55.7 §1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 sowie §2 Absatz 1 erwähnten Daten: höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung;
2. für die in Artikel 55.7 §1 Absatz 1 Nummer 3 sowie §3 Absatz 1 erwähnten Daten: höchstens während zwei Jahren nach Beendigung des Lagers;
3. für die in Artikel 55.7 §1 Absatz 1 Nummer 4 sowie §4 Absatz 1 erwähnten Daten: höchstens zwei Jahre nach letzter Kontaktaufnahme mit dem Betroffenen.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Fristen vernichtet.

Art. 55.9 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.“

Art. 35 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 56.1 eingefügt:

„Art. 56.1 - Koeffizient

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel und zur Anpassung an den Index der Lebenshaltungskosten könne alle oder einzelne der in vorliegendem Dekret vorgesehenen Beträge mit einem Koeffizienten multipliziert werden.“

Art. 36 - Artikel 57 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 57 - Kontrolle

Die Regierung kann jederzeit die Erfüllung der in diesem Dekret vorgesehenen Bestimmungen gemäß Artikel 12 des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen überprüfen lassen.“

Art. 37 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 79.1 eingefügt:

„Art. 79.1 - Anwendung von Artikel 5.1

§1 - Die in Artikel 5.1 §1 vorgesehenen Voraussetzungen gelten nicht für die Bezuschussung von Personalkosten der in Artikel 79 erwähnten Jugendarbeiter. Diese Jugendarbeiter werden ab dem 1. Januar 2022 auf Grundlage der für Jugendsozialarbeiter geltenden Bestimmungen bezuschusst.

§2 - Jugendarbeiter, die gemäß Artikel 5 §3 des vorliegenden Dekrets in seiner Fassung vom 31. Dezember 2021 bezuschusst werden und die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1 erfüllen, werden ab dem 1. Januar 2022 auf Grundlage der für Jugendsozialarbeiter geltenden Bestimmungen bezuschusst.

§3 - Jugendarbeiter, die gemäß Artikel 5 §3 des vorliegenden Dekrets in seiner Fassung vom 31. Dezember 2021 bezuschusst werden und die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1 nicht erfüllen, verfügen über die Dauer der Regelstudienzeit des Studiums, zu dem sie sich berufsbegleitend eingeschrieben haben, um den erwähnten Voraussetzungen zu entsprechen. Solange die erwähnten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, werden die Jugendarbeiter auf Grundlage der zum 31. Dezember 2021 geltenden Bestimmungen bezuschusst.

Erfüllen diese Jugendarbeiter nach erfolgreichem Abschluss des erwähnten Studiums innerhalb der Regelstudienzeit die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1, werden sie auf Grundlage der für Jugendsozialarbeiter geltenden Bestimmungen bezuschusst.

Erfüllen diese Jugendarbeiter nach Überschreiten der Regelstudienzeit nicht die Voraussetzungen gemäß Artikel 5.1 §1, werden sie auf Grundlage der für die Jugendarbeiter-Assistenten geltenden Bestimmungen bezuschusst, die über die in Artikel 5.1 §2 Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Zusatzausbildung verfügen.“

Art. 38 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 80.1 eingefügt:
„Art. 80.1 - Förderzeitraum

Der erste Förderzeitraum gemäß Artikel 1 Nummer 16 beginnt am 1. Januar 2023 und endet am 31. Dezember 2027. Für den diesem Förderzeitraum zugrunde liegenden Strategieplan wird der im Jahr 2018 veröffentlichte Jugendbericht verwendet.“

Art. 39 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle

Weykmans

Digital unterschrieben
von Isabelle Weykmans

Datum: 2021.05.25

08:48:12 +02'00'

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de minister bevoegd voor Jeugd;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd inzake Jeugd is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET TOT WIJZIGING VAN HET DECREET VAN 6 DECEMBER 2011 TER ONDERSTEUNING VAN HET JEUGDWERK

INHOUD

Dit decreet heeft tot doel het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk te wijzigen. Het is het resultaat van een raadplegings- en evaluatieproces dat meerdere jaren heeft geduurd en bevat dan ook talrijke vernieuwingen of wijzigingen van de bestaande tekst.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Advies van de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap	9
Advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit	11
Bespreking van de artikelen	12
Voorontwerp	20
Bijlagen	
Advies van de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap	34
Advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit	35

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Op 6 december 2011 heeft het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk aangenomen. Dit decreet zorgde voor een echte paradigmaverschuiving: bij dit decreet werd een op kennis gebaseerd en verifieerbaar jeugdondersteuningsbeleid en het daarmee verbonden strategisch plan ingevoerd. Gelet op deze talrijke verstrekkende vernieuwingen had de Regering zich ertoe verbonden om tijdig te evalueren welke impact de nieuwe ondersteuningsaanpak op de jeugdvoorzieningen in de Duitstalige Gemeenschap heeft.

Evaluatieproces

De kick-off van dit evaluatieproces vond plaats in maart 2017 ter gelegenheid van een werkontbijt met de jeugdvoorzieningen. Het evaluatieproces heeft verschillende fasen doorlopen:

- oktober 2017: online-enquête onder jongeren
- mei 2018: openspaceconferentie voor de jeugdsector
- september 2018: identificatie van de thematische prioriteiten op basis van de online-enquête en het verslag van de openspaceconferentie
- januari-april 2019: besloten vergaderingen met vertegenwoordigers van de sector, van de Regering en van het Ministerie

Op 26 april 2019 werden de resultaten van de besloten vergaderingen aan het publiek gepresenteerd.

De resultaten van de online-enquête en de openspaceconferentie en de ervaringsverslagen van de effectiviteitsdialogen, sociaal-ruimtelijke analyses, begeleidingscomités en feedback van de sector dienden als uitgangspunt voor het werk in de besloten vergaderingen.

Het evaluatieproces heeft de mogelijkheid geboden om de huidige situatie van de jonge mensen in Oost-België van zeer nabij te bekijken, om de situatie van de verschillende jeugdvoorzieningen in de verschillende domeinen van het jeugdwerk te bekijken en om nieuwe thema's aan te snijden.

Het evaluatieproces heeft het volgende aangetoond:

1° Veel hervormingen uit 2011 hebben hun waarde bewezen:

- De belangrijkste pijlers van het huidige decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk, namelijk het principe van op kennis gebaseerd jeugdwerk, de invoering van een jeugdverslag, de verankering van thematische prioriteiten in een overkoepelend strategisch plan, enz. werden in het evaluatieproces niet ter discussie gesteld.

- Veel jeugdvoorzieningen hebben zich de afgelopen jaren positief ontwikkeld, hebben hun activiteiten uitgebreid en hebben zich sterk geprofessionaliseerd.

2° Voor een aantal grotere uitdagingen in het jeugdwerk moeten nieuwe oplossingen worden gevonden:

- De randvoorwaarden voor jeugdwerk moeten worden verbeterd om het personeelstekort aan te pakken;

- Het huidige ondersteuningskader moet flexibeler worden om beter te kunnen inspelen op de behoeften van de jeugdvoorzieningen; dit geldt in het bijzonder voor het open jeugdwerk (in het Duits afgekort als OJA);

3° Er moeten ook nieuwe onderwerpen worden opgenomen in het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk:

- Het mobiel jeugdwerk moet verder worden uitgebouwd als één van de domeinen van het jeugdwerk.

- De digitalisering heeft een grote invloed op het leven van jonge mensen. Hier moet het jeugdwerk nieuwe wegen vinden.
- Sommige structuren van de jeugdvoorzieningen zijn veranderd: zo zal er vanaf 2021 nog slechts één aanbieder voor de jongereninformatie zijn.

Op basis van de maatregelen die tijdens de besloten vergaderingen werden aanbevolen, werden vervolgens concrete voorstellen geformuleerd en over die voorstellen werd overleg gepleegd met de actoren uit de verschillende domeinen van het jeugdwerk 2010-2020:

- jeugdorganisaties
- jongereninformatie
- open jeugdwerk
- jeugdschepenen
- Jeugdbureau
- jeugdcommissie
- Jeugdraad

Op veel punten was er al snel overeenstemming, maar op andere punten werd duidelijk dat de standpunten van de verschillende spelers ver uit elkaar lagen. Dat was vooral het geval met de uitwerking van een nieuw model voor de instanties die open jeugdwerk mogen organiseren, de aanbieders van open jeugdwerk.

De lopende overleggesprekken moesten in het voorjaar van 2020 onderbroken worden naar aanleiding van de coronapandemie. Die pauze werd gebruikt om een volledig ontwerpbesluit op te stellen op basis van de resultaten van de overleggesprekken van 2019-2020. Dit werd in het najaar van 2020 naar alle jeugdvoorzieningen en jeugdschepenen gestuurd, zodat ze hun standpunt te kennen kunnen geven. Deze ontwerptekst is over het algemeen positief ontvangen en op basis daarvan is het onderhavige ontwerpdecreet opgesteld.

Het onderhavige ontwerpdecreet neemt veel inhoudelijke suggesties over die tijdens de besloten vergaderingen werden geformuleerd. De belangrijkste inhoudelijke aanpassingen betreffen de aanpassingen van de personeelssubsidies om betere randvoorwaarden te creëren voor het aantrekken en behouden van geschoold personeel, en het flexibeler maken van het financieringskader om het aan te passen aan de effectieve behoeften van de jeugdvoorzieningen.

Tekort aan geschoold personeel

De kwaliteit van het jeugdwerk staat en valt met zijn professionals. Het tekort aan geschoold personeel in de jeugdsector was al het onderwerp van het tweede deel van het Regionaal Ontwikkelingsconcept (REK II): Via de uitwerking van een bachelor Maatschappelijk Werk in Oost-België - wat een zeer breed opgevatte kwalificatiemaatregel is - zouden nieuwe professionals voor Oost-België moeten worden gevonden.

Via de aanpassing van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk wil men vooral de randvoorwaarden verbeteren:

- gelijke subsidiebasis invoeren voor gelijke kwalificatie: jeugdwerkers verlaten de jeugdsector onder meer omdat er hogere lonen worden betaald in andere sectoren die tot het bevoegdheidsterrein van de Duitstalige Gemeenschap behoren. Dit is onder meer te wijten aan het feit dat de personeels-subsidie in de Duitstalige Gemeenschap hoger is in de gezondheids- en sociale sector. In de toekomst moeten de professionals in het jeugdwerk op hetzelfde niveau worden betaald als in de gezondheidssector en de sociale sector, op voorwaarde dat zij dezelfde kwalificaties hebben.

- Meer functies in het jeugdwerk en het creëren van perspectieven: Om professionals voor het jeugdwerk te kunnen vinden en vooral te behouden, is het belangrijk om de "juiste mensen" voor de "juiste banen" te vinden. Jeugdwerk als zodanig is een spannend en gevarieerd werkveld. De huidige

personeelssubsidiëring weerspiegelt dit echter niet. Om de aantrekkelijkheid van het jeugdwerk te vergroten, is het daarom noodzakelijk om perspectieven te creëren.

Het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk voorziet momenteel alleen in de ondersteuning van jeugdwerkers. Hierbij wordt onvoldoende rekening gehouden met de verschillende kwalificaties en taken van professionals binnen het jeugdwerk.

Daarnaast is er de kwalificatievereiste: Het huidige decreet bepaalt dat een jeugdwerker een bachelordiploma in een sociale of pedagogische richting moet hebben. Het is echter ook mogelijk dat personen die houder zijn van een eindgetuigschrift of een eindeleertijdsgetuigschrift en die kunnen bewijzen dat ze voldoende praktijkervaring in de animatie hebben opgedaan, als jeugdwerker in dienst kunnen worden genomen als ze na hun aanwerving een sociaal-pedagogische opleiding volgen. Deze regeling, die oorspronkelijk bedoeld was als een uitzondering, is - in ieder geval in het open jeugdwerk - de laatste jaren bijna de regel geworden. Er zijn bijna 40 voltijdse equivalenten (VTE) in de jeugdsector.

Via het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk worden 35 betrekkingen, uitgedrukt in VTE, ondersteund. 28 medewerkers zijn momenteel werkzaam als jeugdwerker (21 VTE) met een gemiddelde van 0,75 VTE gepresteerde uren. De jeugdwerker heeft gemiddeld 8,5 jaar anciënniteit. 15 van de 28 jeugdwerkers hebben minder dan 4 jaar anciënniteit en 10 jeugdwerkers hebben minder dan 2 jaar anciënniteit. 8 van de 15 jeugdwerkers die in de afgelopen 4 jaar zijn aangeworven, hebben geen opleiding die ze hebben voltooid. In die groep jeugdwerkers is het personeelsverloop het hoogst. Als reden voor hun ontslag geven veel van de vertrekkende jeugdwerkers enerzijds aan dat het combineren van werk en studie uiteindelijk te zwaar wordt en geven ze anderzijds aan dat ze inhoudelijk overvraagd zijn.

Daarom wordt in dit decreet voorgesteld om een breder scala aan ondersteunbare functies in het jeugdwerk in te voeren:

- jeugdwelzijnswerker
- assistent-jeugdwerker
- leidinggevende

Een andere belangrijke vernieuwing is dat de procedure voor het gelijkstellen van diploma's zal worden uitgebreid om het brede inhoudelijke spectrum van het jeugdwerk beter te weerspiegelen. Het zal voortaan mogelijk zijn om opleidingen uit een andere studierichting goed te keuren om tegemoet te komen aan een specifieke behoefte in de jeugdwerkbranche waar de betrokken jeugdvoorziening actief is. Een specifieke behoefte is bijvoorbeeld het overbruggen van een bijzondere werksituatie of het uitwerken van een innovatieve of specifieke inhoud.

Deze maatregelen zijn bedoeld om het scala aan te ondersteunen functies in het jeugdwerk aanzienlijk uit te breiden, waardoor de sector hopelijk aantrekkelijker wordt.

Het ondersteuningskader flexibeler maken om het beter af te stemmen op de behoeften van het jeugdwerk

De jeugdvoorzieningen, met name op het gebied van jongereninformatie en open jeugdwerk, worden ondersteund volgens een vast en duidelijk omschreven kader: Zowel de forfaitaire bedragen voor de werkingskosten als het betrekkingenpakket zijn duidelijk vastgelegd op basis van de omvang en het gebied van het jeugdwerk. Deze vaste kernparameters komen echter niet altijd overeen met de werkelijke behoeften van de jeugdvoorzieningen. De behoefte aan personeel kan variëren afhankelijk van de situatie van de jeugdvoorziening. Dit ontwerpdecreet legt de basis voor een flexibelere omgang met het ondersteuningskader:

- **betrekkingspakket:** In de toekomst moet een minimumcontingent voor jongereninformatie bij decreet worden vastgesteld. De effectieve personeelsbehoeften moeten door de jeugdvoorzieningen in de aanvraag om ondersteuning worden beschreven. Het ondersteunbare betrekkingenpakket wordt door de Regering bepaald op basis van de behoeften van de betreffende jeugdvoorziening voor de duur van de betreffende financieringsperiode.

- **gemeentesubsidie:** Tot nu toe hebben de gemeenten verhoudingsgewijs bijgedragen aan de personeelskosten van het vastgelegde betrekkingenpakket. Zo trokken de negen gemeenten in 2020 bijvoorbeeld 21.600 euro subsidie uit voor jongereninformatie. Dit is gebaseerd op een ingewikkelde berekeningsformule, waarvan de complexiteit niet in verhouding staat tot het bedrag dat ermee gemoeid is en die noch de gemeenten noch de jeugdvoorzieningen in staat stelt om op de lange termijn te plannen. Daarom zal een nieuw objectief subsidiesysteem worden ingevoerd met de flexibilisering van het betrekkingenpakket: Voortaan betalen de gemeenten een forfaitair bedrag per jongere tussen 10 en 30 jaar die in de betrokken gemeente woont. Op basis van het aantal jongeren in 2020 en het bedrag van de vorige gemeentelijke subsidie bedraagt het forfaitair bedrag per jongere 1,20 euro voor jongereninformatie en 4 euro voor open jeugdwerk.

- **modellen voor de organiserende instanties:** Uit het evaluatieproces is gebleken dat een van de belangrijkste uitdagingen erin bestaat passende modellen voor de aanbieder van het jeugdwerk te ontwikkelen: modellen die enerzijds de mogelijkheid bieden voldoende personeel aan te stellen om de talrijke taken uit te voeren, maar die anderzijds ook voldoende flexibiliteit toelaten.

In de jongereninformatie zal er vanaf 2021 nog slechts één aanbieder zijn voor de kantons Eupen en Sankt Vith.

Voor het open jeugdwerk bepaalt het huidige decreet dat er één overkoepelende vzw per gemeente moet zijn als aanbieder van open jeugdwerk. Als alternatief kan het Jeugdbureau of de gemeente als werkgever optreden. Op dit moment hebben acht van de negen gemeenten een aanbieder van open jeugdwerk. In Eupen en Raeren treden de vzw's zelf op als werkgever. In de zes andere gemeenten is het Jeugdbureau de werkgever. Het open jeugdwerk wordt ondersteund via prestatieovereenkomsten tussen drie organiserende instanties: vzw, gemeente en Duitstalige Gemeenschap. Het Jeugdbureau is als werkgever ook partner in de prestatieovereenkomst. Sommige van de overkoepelende vzw's bestaan op hun beurt weer uit meerdere afzonderlijke vzw's per jeugdcentrum ("Jugendtreff"). Het huidige decreet bepaalt de subsidies naargelang van het aantal jongeren en het aantal jeugdcentra. Voor de werkingstoelagen geldt momenteel het volgende:

- 7.500 euro, met minder dan 2.000 jongeren en één locatie;
- 15.000 euro, met minder dan 2.000 jongeren en ten minste twee locaties;
- 15.000 euro, met 2.000 tot 4.000 jongeren en minstens één locatie;
- 22.500 euro, met 2.000 tot 4.000 jongeren en ten minste twee locaties;
- 30.000 euro, met 2.000 tot 4.000 jongeren en ten minste drie locaties;
- 37.500 euro, met meer dan 4.000 jongeren en ten minste twee locaties;
- 45.000 euro, met minder dan 4.000 jongeren en ten minste drie locaties.

Voor de personeelskosten voorziet het decreet in:

1° minstens 0,5 tot 1 beklede betrekking van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, wanneer ze werkzaam zijn in gemeenten met minder dan 2.000 jongeren;

2° minstens 1 tot 1,5 beklede betrekking van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, wanneer ze werkzaam zijn in gemeenten met 2.000 tot 4.000 jongeren;

3° minstens 1,5 tot 2,5 beklede betrekkingen van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, wanneer ze werkzaam zijn in gemeenten met meer dan 4.000 jongeren.

Volgens deze verdeelsleutel behoren zes gemeenten tot de eerste categorie met 0,5 VTE, twee gemeenten tot de tweede categorie met 1 tot 1,5 VTE en Eupen tot de hoogste categorie met 1,5 tot 2,5 VTE. Hieruit blijkt de geringe omvang van de meeste aanbieders van open jeugdwerk.

Het aantal jeugdcentra is momenteel bepalend voor het bedrag van de werkingstoelage. De levenssituatie van de jonge mensen is sterk veranderd, onder meer door de digitalisering. Hiermee moet rekening worden gehouden bij de vaststelling van de subsidieparameters.

De meeste aanbieders van open jeugdwerk zijn kleine structuren of microstructuren met één half-tijdse jeugdwerker. Sommige van de vrijwillige bestuursleden die als aanbieders van open jeugdwerk fungeren, zeggen dat ze - ondanks de ondersteuning door het Jeugdbureau - weinig of zelfs geen mensen vinden om dit verantwoordelijke mandaat van bestuurslid te vervullen. Verscheidene vzw's stonden de afgelopen jaren soms op het punt om te worden ontbonden. Bovendien is het personeelsverloop zeer hoog bij de jeugdwerkers in het open jeugdwerk.

Jeugdwerk biedt nu al niet de ideale kadervoorwaarden, gelet op de behoeften van de doelgroep. Maar jeugdwerk is een spannend, gevarieerd en maatschappelijk belangrijk werkgebied dat wel professionals kan aantrekken. De grootste uitdaging voor het open jeugdwerk in Oost-België op dit moment is dan ook het creëren van de basis voor duurzame en volledig operationele stabiele organisatiestructuren die aantrekkelijke banen kunnen bieden. In het kader van het overlegproces zijn verschillende nieuwe modellen voor het open jeugdwerk ontwikkeld:

- Model van open jeugdwerk in een netwerk: grotere centralisatie met introductie van jeugdcoördinatoren en één hoofdrolspeler als organiserende instantie;
- Model van gemeentelijk jeugdwerk: sterke toepassing van het subsidiariteitsbeginsel met gemeenten of lokale vzw's als organiserende instantie

Geen van deze modellen kon alle spelers overtuigen. Het is echter een feit dat er iets moet veranderen, want door het hoge personeelsverloop op sommige locaties kan het open jeugdwerk op dit moment slechts onregelmatig worden aangeboden.

Daarom stelt het huidige decreet een oplossing voor die rekening houdt met de heterogeniteit van het open jeugdwerk: Er wordt gedacht aan een watervalstelsel voor de organiserende instantie: In principe zou een lokale vereniging het open jeugdwerk moeten aanbieden. Als de vzw die taak niet op zich kan nemen, kan de gemeente of verschillende gemeenten samen besluiten om als aanbieder op te treden. Indien ook deze de taak niet op zich wenst te nemen, zorgt de Duitstalige Gemeenschap ervoor dat er in de betrokken gemeente open jeugdwerk wordt aangeboden door het Jeugdbureau opdracht te geven aan open jeugdwerk te doen. De doelstelling is sinds 2011 onveranderd gebleven: Het decreet schrijft voor dat in alle gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap open jeugdwerk moet worden aangeboden. Indien iemand zich bereid verklaart het open jeugdwerk aan te bieden, is hij gedurende de ondersteuningsperiode van vijf jaar als enige verantwoordelijk.

Er zijn zeer uiteenlopende structuren voor het open jeugdwerk in de verschillende gemeenten. Het flexibele watervalmodel past zich aan deze omstandigheid aan. Op die manier kan elk niveau de verantwoordelijkheid voor het open jeugdwerk op zich nemen, met inachtneming van het subsidiariteitsbeginsel. Het nieuwe model maakt komaf met de huidige constellatie van drie of vier verantwoorde-lijken en zorgt voor slankere structuren, waardoor die structuren ook efficiënter worden.

Er kan worden aangenomen dat niet alle gemeenten voor dezelfde oplossing zullen zijn. Die flexibiliteit moet actief vorm krijgen en geleefd worden. Dit creëert een nieuwe dynamiek en ook kansen voor modelprojecten. Het watervalstelsel maakt het mogelijk om los te komen van het huidige decretale korset. Het creëert de mogelijkheid om in verschillende modellen te werken, afhankelijk van de lokale gevoeligheden.

Op 29 januari 2021 werd de RDJ (Duitstalige Jeugdraad) gevraagd om een advies op te stellen over het voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk; dat advies werd op 8 maart 2021 aan de bevoegde Minister bezorgd.

- De RDJ vindt het positief dat de leeftijdsgrens voor kinderen en jongeren in artikel 1 verschoven wordt naar "tien tot dertig jaar".

- Wat artikel 4 betreft, vindt de RDJ het positief dat het strategisch plan voor de jeugd voortaan aan de ondersteuningsperiode wordt gekoppeld en niet langer aan de regeerperiode wordt gekoppeld.

- De RDJ is voorstander van het feit dat de jeugdwerkers in artikel 6 in twee categorieën worden opgesplitst om mensen zonder diploma de mogelijkheid te geven aan jeugdwerk te doen, zonder dat ze daarvoor een sociaal-pedagogisch bachelordiploma op zak moeten hebben. Voorts vindt de RDJ het ook goed dat de lonen in het jeugdwerk worden aangepast aan die in de gezondheidssector en de sociale sector, zodat jeugdwerk aantrekkelijker wordt.

- De RDJ beschouwt de in artikel 11 vermelde regeling om in een hogere of lagere ondersteuningscategorie te komen als positief, net als de in artikel 13 vermelde verhoging van de subsidie voor jeugdkampen, zodat beter kan worden gepland en kwaliteitsvoller jeugdwerk kan worden geboden.

De volgende opmerkingen van de RDJ werden niet in aanmerking genomen:

1° Wat artikel 6 betreft, vreest de RDJ dat het begrip "Jugendarbeiter-Assistent" (assistent-jeugdwerker) een negatieve bijklank zou kunnen hebben en stelde de RDJ voor om het begrip te vervangen door het begrip "Jugendhelfer".

De jeugdwerkers worden ingedeeld in categorieën op basis van hun kwalificatie, maar dat geschiedt alleen voor subsidiëringdoeleinden. Het begrip "Jugendhelfer" zou tot verwarring kunnen leiden: men zou kunnen denken dat het om een medewerker uit de jeugdbijstand gaat. Bovendien wordt het begrip "Jugendarbeiter-Assistent" (assistent-jeugdwerker) - onder meer sinds de invoering van het begrip "Kindergarten-Assistent" (kleuterschoolassistent) - als een opwaardering beschouwd, zodat het begrip behouden wordt.

2° Wat artikel 5 betreft, onderstreept de RDJ dat het digitale jeugdwerk alsmear belangrijker wordt, maar hij stelt voor om dit punt niet op te nemen in de algemene ondersteuningscriteria, maar wel in de prioriteiten van het jeugdwerk.

De gekozen formulering slaat niet alleen op het digitale jeugdwerk in de specifieke zin, maar ook op de digitale wereld als levensruimte in zijn geheel. Jeugdwerk moet toekomstgericht zijn en moet zich constant blijven ontwikkelen.

3° Wat artikel 6 betreft, vindt de RDJ het goed dat de twee grootste jeugdvoorzieningen van de Duitstalige Gemeenschap een leidinggevende krijgen, maar hij stelt voor om te bepalen onder welke voorwaarden ook andere jeugdvoorzieningen die mogelijkheid krijgen.

Op grond van de kleine structuren in het open en georganiseerde jeugdwerk wordt niet in die mogelijkheid voorzien.

4° Wat het open jeugdwerk betreft, vroeg de RDJ om in artikel 22 te verduidelijken wat er gebeurt als er geen behoefte aan open jeugdwerk in één van de negen gemeenten bestaat.

Dat scenario wordt niet verduidelijkt, aangezien het decreet voorschrijft dat in alle gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap open jeugdwerk moet worden aangeboden. Als bijvoorbeeld een

gemeente geen behoefte ziet om een jeugdcentrum op te richten (en vermoedelijk niet als aanbieder van het open jeugdwerk optreedt), betekent dit niet dat er geen jeugdwerk op het grondgebied van de gemeente hoeft plaats te vinden. De aanbieder verplicht zich ertoe een behoeftegericht actieplan uit te werken dat ervoor zorgt dat de behoeften van de jongeren centraal staan. Bij de uitvoering van dat actieplan worden alleen methoden gebruikt die professionals zinvol achten (projectwerk, ontmoetingswerk, straathoekwerk en individuele hulp).

5° De RDJ stelt voor om in artikel 31 een passage in te voegen waarin staat dat rekening wordt gehouden met de gevolgen van overmacht bij de goedkeuring van een basisopleiding voor vrijwillige jeugdleiders.

Dat voorstel wordt niet aangenomen, omdat de jeugdcommissie voldoende tijd (45 dagen) heeft om advies te geven over het lesrooster en over de gegevens betreffende de voordrachtgevers. Niettemin kan, overeenkomstig de gekozen formulering, een basisopleiding te allen tijde worden uitgesteld of geannuleerd (onder meer wegens overmacht).

6° In artikel 37 (vroeger artikel 33) stelt de RDJ in het kader van de overgangsbepalingen voor om de normale studieduur met een jaar te verlengen om een degradatie tot het barema van assistent-jeugdwerker en een eventueel daarmee gepaard gaand verloop te voorkomen.

Om ongelijke behandeling vanaf het begin van de ondersteuningsperiode te voorkomen, wordt van dit voorstel afgezien.

De volgende opmerkingen van de RDJ werden in aanmerking genomen en de desbetreffende artikelen werden dienovereenkomstig aangepast:

1° De RDJ stelde voor om de formulering van artikel 2, tweede lid, te nuanceren op basis van de activiteiten die de informatiecentra voor jongeren in schoolverband organiseren. Dit voorstel werd in aanmerking genomen.

2° De RDJ vindt het positief dat de invoering van een jaarprogramma leidt tot minder administratieve en conceptuele werklast voor de jeugdvoorzieningen en tot een sterkere band met het actieplan van het strategisch plan voor de jeugd. Tegen deze achtergrond heeft de RDJ gewezen op een mogelijke verwarring bij het gebruik van de term "actieplan". Met deze opmerking is rekening gehouden, zodat in het huidige ontwerp (artikelen 4, 8, 10, 14, 17, 20, 23 en 24) de term "jaarprogramma" is gekozen voor de jeugdvoorzieningen en de term "actieplan" voor het strategisch plan voor de jeugd.

3° Wat de prioriteiten van het jeugdwerk betreft, is de RDJ ingenomen met de aangepaste formuleringen over mediacompetentie, genderreflectie en duurzaamheid, maar benadrukt hij dat de term duurzaamheid verder gaat dan natuur en milieu. In artikel 5, 6°, van het voorontwerp is een verduidelijking aangebracht.

4° De RDJ heeft gevraagd om artikel 6 aan te vullen omtrent de voortgezette opleiding van 300 uur voor assistent-jeugdwerkers (thematische prioriteiten, tijdschema, aanbieders, financiering, erkenning); bij de formulering van het uitvoeringsbesluit moet de sector betrokken worden bij de uitwerking van die aanvullingen.

5° De RDJ stelde de mogelijkheid voor om alle subsidies die in het decreet worden vastgesteld, te indexeren. Met dit voorstel werd rekening gehouden via artikel 35 van het voorontwerp.

6° De RDJ is voorstander van de voorgestelde minimumbepalingen voor de ondersteuning van jongereninformatie, maar wil dat een jaarlijks forfaitair bedrag wordt gespecificeerd. Met dit voorstel werd rekening gehouden in artikel 18 van het voorontwerp.

7° De RDJ onderstreept het belang van een begeleidingscomité in het kader van het open jeugdwerk. In de artikelen 20 en 25 van het voorontwerp is met betrekking tot de opstelling van de gemeentelijke jaarprogramma's bepaald dat de voor het open jeugdwerk verantwoordelijke instantie regelmatig sociaal-ruimtelijke analyses uitvoert en jaarlijks een gemeentelijk jaarprogramma opstelt, met inschakeling van de voor het jeugdwerk relevante lokale partners. Bovendien wordt de aanbieder van open jeugdwerk, overeenkomstig artikel 23 van het voorontwerp, in het kader van de ondersteuningsaanvraag ertoe verplicht informatie te verstrekken over netwerkvorming en samenwerking met lokale partners die van belang zijn voor het jeugdwerk; deze informatie zal op haar beurt door de Regering worden geverifieerd.

8° De opmerking van de RDJ over de verlaging van de minimumvergoeding voor voortgezette opleidingen voor vrijwillige jeugdleiders is niet meer van toepassing. Door de formulering in artikel 31 van het voorontwerp wordt alleen voorzien in een maximumsubsidie van 325 euro.

ADVIES VAN DE GEGEVENSBESCHERMINGSAUTORITEIT

In haar advies 30/2021 van 18 maart 2021 gaat de Gegevensbeschermingsautoriteit (GBA) vooral in op het nieuwe hoofdstuk 5.2 inzake vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens. De analyse van de GBA had betrekking op de rechtsgrondslagen, de doeleinden, de evenredigheid, de duur van de gegevensverwerking, de betrokkenen en de verantwoordelijken voor de verwerking. In het voormelde advies werd op de volgende punten gewezen:

1° De GBA heeft vastgesteld dat er geen specifieke rechtsgrondslag is voor de verwerking van bijzondere categorieën van persoonsgegevens in de zin van artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming en van persoonsgegevens betreffende strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten in de zin van artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, voor zover het gaat om open jeugdwerk en mobiel jeugdwerk.

Het staat echter buiten kijf dat jongeren zich in het kader van individuele begeleiding met de meest uiteenlopende vertrouwelijke behoeften tot de jeugdwerkers van het open of mobiel Jeugdwerk kunnen wenden, bijvoorbeeld om gezondheidsproblemen met hen te bespreken, om zeer persoonlijke religieuze of politieke opvattingen met hen te bespreken, om vragen in verband met hun seksuele geaardheid met hen te bespreken of om gebruik te maken van begeleiding in het kader van het verwerken van strafbare feiten. Aangezien zelfs mondelinge kennis van de in artikel 55.7 opgesomde categorieën van gegevens gegevensverwerking kan inhouden, is het van het grootste belang dat jeugdwerkers wettelijk gemachtigd zijn om deze informatie te gebruiken. De jeugdwerkers verzamelen echter niet systematisch gegevens, maar doen dit zo nu en dan op verzoek van de betrokkenen. Om tegemoet te komen aan de opmerking van de GBA is dit aspect verduidelijkt in de artikelen 22 en 30 van het decreet.

2° De GBA concludeerde dat er in het voorontwerp een tegenstrijdigheid was tussen de eerste en de tweede zin van artikel 55.6. In overeenstemming met de aanbeveling van de GBA werd de eerste zin geschrapt.

3° Voorts merkte de GBA op dat het doel van de gegevensverwerking door de verschillende verantwoordelijken in het voorontwerp niet voldoende duidelijk en nauwkeurig was aangegeven door middel van verwijzingen.

Naar aanleiding van deze opmerking is in artikel 55.7 - in de paragraaf die betrekking heeft op de verantwoordelijken voor de verwerking van de verschillende gegevenscategorieën - een tweede lid ingevoegd, waarin voor elke voor de verwerking verantwoordelijke de verschillende categorieën gegevens worden opgesomd, met vermelding van de doeleinden waarvoor de gegevens kunnen worden verwerkt.

4° In artikel 5.1 is naar aanleiding van een opmerking van de GBA toegevoegd dat het uittreksel uit het strafregister het uittreksel is als bedoeld in artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering.

5° Tot slot had de GBA kritiek op het feit dat de maximale duur van de verwerking, die in artikel 55.8 algemeen werd geformuleerd als "tot ten hoogste 10 jaar nadat ze verzameld zijn" te ongedifferentieerd was.

Daarom werden de termijnen in het artikel uitgesplitst en aangepast.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Hierbij wordt artikel 1 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk (hierna: decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk) gewijzigd. Verschillende definities moeten worden aangepast.

Onder meer op verzoek van de jeugdwerkers wordt de onderste leeftijdsgrens voor jongeren verlaagd en vastgelegd op 10 jaar. Het verlagen van de leeftijdsgrens voor jongeren is in overeenstemming met de gebruikelijke definitie van de Wereldgezondheidsorganisatie (WHO) die jonge mensen (adolescentie) beschouwt als mensen van 10 tot 19 jaar oud. De Europese Unie definieert jongeren op haar beurt in de leeftijdscategorie van 13 tot 30 jaar.

Als gevolg van de aanpassingen van het decreet ter bevordering van het jeugdwerk moet ook de definitie van "jeugdwerker" en "aanbieder van open jeugdwerk" worden aangepast en moeten de termen "ondersteuningsperiode" en "Algemene Verordening Gegevensbescherming" worden toegevoegd aan de lijst van definities.

Artikel 2

Tijdens de besloten vergaderingen met de vertegenwoordigers van de jeugdsector werd voorgesteld de woorden "en op specifieke vrijetijdsactiviteiten" te schrappen, aangezien dit criterium niet van toepassing is op jongereninformatie. Voorts is de formulering aangepast aan het advies van de RDJ en is de voorgestelde verduidelijking overgenomen.

Artikel 3

Om mogelijke discriminatie te voorkomen, wordt besloten het toepassingsgebied van het decreet uitdrukkelijk uit te breiden tot alle geslachten en af te zien van de binaire indeling.

Artikel 4

Het verband tussen de zittingsperiode van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap en het begin of de duur van het strategisch plan moet worden losgelaten om de ondersteuningsperiode los te koppelen van een politieke gebeurtenis. In plaats daarvan is het strategisch plan geldig voor een

ondersteuningsperiode van vijf jaar, die altijd ingaat op 1 januari (zie artikel 1, 16°, van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk). Artikel 4 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk wordt dienovereenkomstig herschreven. De eerste ondersteuningsperiode begint in 2023 (zie artikel 80.1 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk). In overeenstemming met het voorstel van de RDJ wordt de term "actieplan" uitsluitend gebruikt voor het strategisch plan voor de jeugd.

Artikel 5

De prioriteiten voor het jeugdwerk worden geactualiseerd op basis van de feedback van de besloten vergaderingen, de effectiviteitsdialogen, de begeleidingscomités, diverse jeugdprojecten en het advies van de RDJ. De toenemende digitalisering en het toenemende belang van de beginselen van duurzaamheid - in navolging van de Duurzame Ontwikkelingsdoelen die zijn vastgesteld in Resolutie 71/313 van de Algemene Vergadering van de Verenigde Naties "Werkzaamheden van de Statistische Commissie met betrekking tot de 2030-agenda voor duurzame ontwikkeling" van 6 juli 2017 - moeten decretaal verankerd worden in het kader van de prioriteiten van het jeugdwerk. Er zijn ook technische aanpassingen nodig met het oog op de samenhang en het algemene taalgebruik.

Artikel 6

Een van de grootste uitdagingen voor het jeugdwerk is het tekort aan geschoolde arbeidskrachten. Daarom heeft dit decreet tot doel betere uitgangsfactoren te creëren. Het huidige decreet bepaalt dat een jeugdwerker een bachelor in een sociale of pedagogische richting moet hebben. Het is echter ook mogelijk dat personen die houder zijn van een eindgetuigschrift of een eindeleertijdsgetuigschrift en die kunnen bewijzen dat ze voldoende praktijkervaring in de animatie hebben opgedaan, als jeugdwerker in dienst kunnen worden genomen als ze na hun aanwerving een sociaal-pedagogische opleiding volgen.

De huidige eenvormige grondslag voor de subsidiëring houdt onvoldoende rekening met de verschillende kwalificaties en taken van de professionals binnen het jeugdwerk. Daarom wordt in dit decreet voorgesteld om een breder scala aan subsidieerbare functies in het jeugdwerk in te voeren: jeugdwelzijnswerkers, jeugdwerkers en leidinggevendenden in het jeugdwerk.

Een andere belangrijke vernieuwing is dat de procedure voor het gelijkstellen van diploma's zal worden uitgebreid om het brede inhoudelijke spectrum van het jeugdwerk beter te weerspiegelen.

Artikel 7

Dit is een technische aanpassing die verband houdt met de wijzigingen in de artikelen 9 en 10 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk.

Artikelen 8 en 9

Het moet eenvoudiger worden om ondersteuning aan te vragen in het kader van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Zo zullen er geen concepten meer hoeven te worden ingediend. In plaats daarvan wordt een ondersteuningsaanvraag ingediend die een jaarprogramma bevat en die vergezeld gaat van de verschillende inlichtingen vermeld in artikel 9 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. In overeenstemming met het voorstel van de RDJ wordt voor jeugdvoorzieningen de term "jaarprogramma" gebruikt om een duidelijk onderscheid te maken met het "actieplan" van het strategisch plan voor de jeugd.

De ondersteuningsaanvraag wordt goedgekeurd zoals bepaald in artikel 10 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Voorts wordt vastgelegd dat de ondersteuning geldt voor de duur van het desbetreffende strategisch plan.

Artikel 10

De administratieve procedure voor de effectiviteitsdialogen wordt aangepast: de uitvoering en de actualisering van het nieuw ingevoerde jaarprogramma wordt jaarlijks besproken. In overeenstemming met het voorstel van de RDJ wordt voor jeugdvoorzieningen de term "jaarprogramma" gebruikt om een duidelijk onderscheid te maken met het "actieplan" van het strategisch plan voor de jeugd.

Artikel 11

Voortaan zal een jeugdorganisatie pas naar een lagere categorie worden gedegradeerd als het minimumaantal leden gedurende vijf jaar niet wordt bereikt. Deze aanpassing wordt gedaan om de jeugdorganisaties meer planningszekerheid te bieden en om veilig te stellen dat de daling van het aantal leden niet alleen te wijten is aan een kortetermijntrend. Een opwaardering naar de eerstvolgende hogere categorie is daarentegen al mogelijk als het aantal leden van de jeugdorganisatie zich twee jaar na elkaar in die categorie bevindt.

Artikel 12

Subsidies voor jeugdorganisaties moeten ook afhankelijk zijn van het vermogen om zich aan te passen aan de beschikbare begrotingsmiddelen.

Artikel 13

Het vaste tarief voor jeugdkampen wordt verhoogd tot 1,50 euro. Zo wordt ook rekening gehouden met de verhoogde subsidies van de Franse Gemeenschap. Bovendien is de verhoging het gevolg van de inflatiegerelateerde stijging van de kosten van levensonderhoud en compenseert deze de verschillen in koopkracht.

Artikelen 14 en 15

Het moet eenvoudiger worden om ondersteuning aan te vragen in het kader van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Zo zullen er geen concepten meer hoeven te worden ingediend. In plaats daarvan wordt een ondersteuningsaanvraag ingediend die een programma bevat en die vergezeld gaat van de verschillende inlichtingen vermeld in artikel 17 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Een andere aanpassing is dat de aanbieder van jongereninformatie in de ondersteuningsaanvraag moet beschrijven welke personele middelen nodig zijn om het programma uit te voeren. De ondersteuningsaanvraag wordt goedgekeurd zoals bepaald in artikel 18 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Voorts wordt vastgelegd dat de ondersteuning geldt voor de duur van het desbetreffende strategisch plan. In overeenstemming met het voorstel van de RDJ wordt voor jeugdvoorzieningen de term "programma" gebruikt om een duidelijk onderscheid te maken met het "actieplan" van het strategisch plan voor de jeugd.

Artikel 16

Er wordt nog altijd een prestatieovereenkomst gesloten met de aanbieder van jongereninformatie. Om de administratieve procedures te vereenvoudigen, wordt deze overeenkomst echter voortaan rechtstreeks tussen de Duitstalige Gemeenschap en de aanbieder van jongereninformatie gesloten. Dit is mogelijk omdat er in een nieuw subsidiesysteem voor de gemeenten wordt voorzien (zie artikel 21 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk).

Artikel 17

Er zal een begeleidingscomité blijven bestaan om de uitvoering van de prestatieovereenkomst na te gaan. Om de comitéstructuren te vereenvoudigen, zijn de gemeenten van het kanton Eupen en de gemeenten van het kanton Sankt Vith elk vertegenwoordigd door één vertegenwoordiger in dat begeleidingscomité. Om een evenwichtige vertegenwoordiging van alle gemeenten in het Duitse taalgebied te garanderen, werd echter besloten om de ambtstermijn van de respectieve kantonnale vertegenwoordigers te beperken tot één jaar, zodat elke gemeente in haar respectieve kanton aan de beurt moet komen vooraleer dezelfde gemeente een vertegenwoordiger voor een tweede termijn kan leveren.

Artikel 18

Door de fusie van de twee informatiecentra werd de werkingstoelage samengevoegd.

Tot nu toe hebben de gemeenten een bijdrage betaald voor de resterende personeelskosten van de jeugdwerkers. Dit was gebaseerd op een zeer ingewikkelde verdeelsleutel op drie verschillende niveaus:

- Niveau 1: 12,5% van de eerste betrekking van jeugdwerker, 20% van de tweede betrekking van jeugdwerker inclusief verrekening van de personeelskosten van het voorgaande jaar;
- Niveau 2: Aftrek van de subsidie van de provincie voor jongereninformatie;
- Niveau 3: verschillende verdeelsleutels per kanton.

Deze ingewikkelde berekeningswijze staat niet in verhouding tot het bedrag waar het om gaat.

Daarom wordt een nieuwe eenvormige subsidieregeling ingevoerd. Bedoeling is dat de gemeenten voortaan een forfaitair bedrag betalen per jongere tussen 10 en 30 jaar die in de betrokken gemeente woont. Op basis van het aantal jongeren in het referentiejaar 2019 zullen de gemeenten vanaf 2022 een jaarlijkse subsidie van 1,20 euro per jongere betalen als bijdrage in de personeelskosten voor de jongereninformatie. Die vorm van kostenbijdrage is in overeenstemming met het voorstel dat de RDJ in zijn advies heeft gedaan.

Artikel 19

Deze verduidelijking vloeit voort uit de opmerking van de Gegevensbeschermingsautoriteit (zie hierboven).

Artikel 20

Er zijn nog steeds sociaal-ruimtelijke analyses nodig om de lokale behoefte aan open jeugdwerk vast te stellen. Nieuw is dat er een gemeentelijk jaarprogramma moet worden opgesteld. In overeenstemming met het voorstel van de RDJ wordt voor jeugdvoorzieningen de term "jaarprogramma" gebruikt om een duidelijk onderscheid te maken met het "actieplan" van het strategisch plan voor de jeugd. Bovendien wordt rekening gehouden met de opmerking van de RDJ door de aanbieder van het open jeugdwerk te verplichten de voor het jeugdwerk relevante lokale partners bij de uitwerking te betrekken.

Artikel 21

Er zal ook worden voorzien in een overlegprocedure tussen de aanbieder van open jeugdwerk en de relevante actoren in de sector.

Artikel 22

De meeste aanbieders van open jeugdwerk zijn momenteel kleine structuren of microstructuren met één halftijdse jeugdwerker. Sommige van de vrijwillige leden van de raden van bestuur die als aanbieders van open jeugdwerk fungeren, zeggen dat - ondanks de ondersteuning door het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap - de beschikbare middelen niet volstaan om dit verantwoordelijke mandaat te vervullen. Verscheidene vzw's stonden de afgelopen jaren soms op het punt om te worden ontbonden. Vooral bij de jeugdwerkers in het open jeugdwerk is het personeelsverloop zeer hoog. Er moet echter een nieuwe aanpak worden gevonden, want door het hoge personeelsverloop is het op sommige plaatsen op dit moment nauwelijks mogelijk om open jeugdwerk aan te bieden.

Daarom wordt een oplossing voorgesteld die rekening houdt met de heterogeniteit van het open jeugdwerk. Er komt een zogenaamd watervalsysteem voor de organiserende instantie: in principe zou het open jeugdwerk moeten worden aangeboden door een lokale vereniging. Als de overkoepelende vzw zich tegen die taak uitspreekt of als er geen geschikte kandidaat kan worden gevonden, kan de gemeente besluiten om als aanbieder op te treden. Indien ook deze de taak niet op zich wenst te nemen, zorgt de Duitstalige Gemeenschap ervoor dat er in de betrokken gemeente open jeugdwerk wordt aangeboden. Het decreet schrijft voor dat in alle gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap open jeugdwerk moet worden aangeboden. Indien iemand zich bereid verklaart het open jeugdwerk aan te bieden, kan hij gedurende de ondersteuningsperiode van vijf jaar als enige verantwoordelijke optreden.

Er zijn zeer uiteenlopende structuren voor het open jeugdwerk in de verschillende gemeenten. Het flexibele watervalmodel past zich aan deze omstandigheid aan. Op die manier kan elk niveau de verantwoordelijkheid voor het open jeugdwerk op zich nemen. Het nieuwe model maakt komaf met de huidige constellatie van drie of vier verantwoordelijken en zorgt voor slankere structuren.

Er kan worden aangenomen dat niet alle gemeenten voor dezelfde oplossing zullen kiezen. Daaruit kunnen ook mogelijkheden voor modelprojecten ontstaan. Het watervalsysteem is geen vervelende oplossing, maar biedt de kans om los te komen van het huidige decretale korset. Het creëert de mogelijkheid om in verschillende modellen te werken, afhankelijk van de lokale gevoeligheden.

Artikelen 23 en 24

Het moet eenvoudiger worden om ondersteuning aan te vragen in het kader van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Zo zullen er geen concepten meer hoeven te worden ingediend. In plaats daarvan wordt een ondersteuningsaanvraag ingediend die een gemeentelijk jaarprogramma bevat en die vergezeld gaat van de verschillende inlichtingen vermeld in artikel 26 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. In overeenstemming met het voorstel van de RDJ wordt voor jeugdvoorzieningen de term "jaarprogramma" gebruikt om een duidelijk onderscheid te maken met het "actieplan" van het strategisch plan voor de jeugd. Bovendien wordt rekening gehouden met de opmerking van de RDJ door de aanbieder in het kader van de ondersteuningsaanvraag ertoe te verplichten informatie te verstrekken over netwerkvorming en samenwerking met lokale partners die relevant zijn voor jeugdwerk.

De ondersteuningsaanvraag wordt goedgekeurd zoals bepaald in artikel 27 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Voorts wordt vastgelegd dat de ondersteuning geldt voor de duur van het desbetreffende strategisch plan. Bovendien moet de aanbieder van open jeugdwerk jaarlijks uiterlijk op 30 juni van het volgende kalenderjaar een activiteitenverslag indienen.

Artikel 25

Bedoeling is dat het bedrag van de werkingstoelage voor open jeugdwerk alleen nog gebaseerd is op het aantal jongeren, niet meer op het aantal jeugdcentra ("Jugendtreffs"). Door de digitalisering zijn de leefruimten van de jongeren aanzienlijk veranderd. De "smartphonegeneratie" is niet langer gebonden aan vaste ontmoetingsplaatsen. Ze is mobieler geworden. Aan de andere kant blijven de basisbehoeften van jonge mensen gelijk: het ouderlijk huis loslaten, vrienden ontmoeten, enz. Daarvoor hebben jongeren een plaats nodig waar ze naartoe kunnen, een tweede thuis, een plek waar ze niet weggejaagd worden. Een van die plaatsen kan het jeugdcentrum zijn. Digitale ontmoetingen kunnen persoonlijke ontmoetingen niet vervangen, maar het aantal jeugdcentra zou op basis van de behoefte moeten worden bepaald. Daarom mag het aantal jeugdcentra niet langer een criterium zijn om in aanmerking te komen voor subsidie.

Tot nu toe hebben de gemeenten een bijdrage betaald voor de resterende personeelskosten van de jeugdwerkers op basis van een zeer ingewikkelde berekeningswijze. Net zoals voor de jongereninformatie het geval is, zal ook een nieuw eenvormig subsidiesysteem voor het open jeugdwerk worden ingevoerd. Bedoeling is dat de gemeenten voortaan een forfaitair bedrag betalen per jongere tussen 10 en 30 jaar die in de betrokken gemeente woont. Op basis van het aantal jongeren in het referentiejaar 2019 zullen de gemeenten vanaf 2022 een jaarlijks forfaitair bedrag van 4 euro per jongere betalen als bijdrage in de personeelskosten.

Artikel 26

De hier beoogde aanpassing is ingegeven door het feit dat het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap - door het nieuwe watervalsysteem om te bepalen wie als organiserende instantie optreedt - voortaan niet alleen in aanmerking komt als aanbieder van mobiel jeugdwerk, maar ook als aanbieder van open jeugdwerk (artikel 25 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk); het kan door de Regering met die taken worden belast.

Artikel 27

Het is aan te bevelen om de doelstellingen en methoden van mobiel jeugdwerk nauwkeuriger te definiëren.

Artikel 28

Bij het begin van de ondersteuningsperiode moet het Jeugdbureau een concept voor mobiel jeugdwerk en open jeugdwerk opstellen voor de gemeenten waar het Jeugdbureau verantwoordelijk is. Dit artikel bepaalt de inhoud van het concept en de stappen tot goedkeuring ervan.

Artikel 29

Deze wijziging heeft tot doel de bestaande bepaling over de subsidiëring van het Jeugdbureau te verduidelijken. Voortaan wordt expliciet verwezen naar het nieuwe artikel 5.1, waarin de personeels-subsidies worden vastgelegd.

Artikel 30

Aangezien de bepaling over de voortgezette opleiding van jeugdwerkers nu in artikel 5.1 is opgenomen, kan ze hier geschrapt worden.

Artikel 31

Zoals de jeugdvoorzieningen hebben voorgesteld, zou de Regering een subsidie voor voortgezette opleidingen kunnen toekennen aan vrijwillige jeugdleiders om zo het vrijwilligerswerk te versterken, net zoals bij de creatieve ateliers.

Artikelen 32 en 33

Bij deze artikelen wordt een technische correctie aangebracht. In realiteit ontvangen niet alleen jongerenorganisaties uitrustingssubsidies: alle jeugdvoorzieningen ontvangen uitrustingssubsidies.

Artikel 34

Er wordt een nieuw hoofdstuk 5.2 toegevoegd dat verschillende bepalingen over gegevensbescherming bevat. Dit hoofdstuk is grondig aangepast naar aanleiding van het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit (zie hierboven).

Artikel 55.5

Deze bepaling bevat een algemene bepaling inzake vertrouwelijkheid. "Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen" betekent dat die vertrouwensclausule de doorgifte van de gegevens niet in de weg mag staan in gevallen waarin die doorgifte wettelijk bepaald is of noodzakelijk is om het onderhavige ontwerp van decreet uit te voeren. Eventueel toepasselijke bepalingen inzake beroepsgeheim blijven onverkort gelden.

Artikel 55.6

Dit artikel bepaalt de verantwoordelijken voor de verwerking van persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. De Regering, de ondersteunde jeugdvoorzieningen en de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap zijn verantwoordelijk voor de verwerking van persoonsgegevens.

Artikel 55.7

Het is weliswaar niet de taak van de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens uitvoerig te beschrijven, maar het is toch op zijn minst zijn taak te vermelden welke categorieën van gegevens de Regering, de ondersteunde jeugdvoorzieningen en de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap verwerken. Deze lijst is te vinden in het nieuwe artikel 55.7 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk. Daarbij is het de bedoeling een transparante en voorzienbare grondslag voor die gegevenscategorieën te leggen. De precieze indeling moet door de Regering gemaakt worden. De genoemde persoonsgegevens worden op adequate, relevante en proportionele wijze verwerkt.

Artikel 55.8

Dit artikel regelt de duur van de verwerkbaarheid van de verzamelde gegevens.

Artikel 55.9

Artikel 55.9 van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk machtigt de Regering om veiligheidsmaatregelen voor de verwerking van gegevens vast te stellen.

Artikel 35

Naar aanleiding van het advies van de RDJ werd de mogelijkheid gecreëerd om alle subsidies die in het decreet worden vastgesteld, te indexeren.

Artikel 36

Dit artikel bevat louter een technische verwijzing naar de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Artikel 37

Dit artikel bevat de overgangsregeling voor de subsidiëring van de personeelsleden in de jeugdvoorzieningen. Door de invoering van artikel 5.1 ontstaan nieuwe subsidiëeringsvoorwaarden en verschillende personeelscategorieën die in aanmerking komen voor subsidie, maar die verschillende beroepskwalificaties moeten hebben om in aanmerking te komen voor subsidiebarema's van verschillende aard.

Artikel 38

Het is de bedoeling dat de eerste nieuwe ondersteuningsperiode in de zin van artikel 1, 16°, van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk begint op 1 januari 2023 en eindigt na vijf kalenderjaren op 31 december 2027.

Artikel 39

Dit artikel bepaalt dat dit decreet in werking treedt op 1 januari 2022.

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media
I. WEYKMANS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk

Artikel 1 – In artikel 1 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "van vier tot en met elf jaar" vervangen door de woorden "van vier tot en met negen jaar";

2° In de bepaling onder 2° worden de woorden "van twaalf tot en met dertig jaar" vervangen door de woorden "van tien tot en met dertig jaar";

3° in de bepaling onder 8° worden de woorden "die op professionele basis" vervangen door de woorden "die als jeugdwelzijnswerker of als assistent-jeugdwerker op professionele basis";

4° de bepaling onder 14° wordt vervangen als volgt:

"14° aanbieder van open jeugdwerk: een vereniging zonder winstoogmerk die voldoet aan de algemene criteria om ondersteund te worden als jeugdorganisatie overeenkomstig artikel 5 en die zich bezighoudt met open jeugdwerk in de betrokken gemeente of, naargelang van het geval, de betrokken gemeente of de Regering;"

5° er wordt een bepaling onder 16° ingevoegd, luidende:

"16° ondersteuningsperiode: periode van vijf jaar die altijd begint op 1 januari en waarin de ondersteuning overeenkomstig dit decreet wordt gewaarborgd;"

6° er wordt een bepaling onder 17° ingevoegd, luidende:

"17° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG."

Art. 2 - In artikel 2, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Jeugdwerk heeft betrekking op buitenschoolse activiteiten en op specifieke vrijetijdsbesteding" vervangen door de woorden "Jeugdwerk heeft hoofdzakelijk betrekking op buitenschoolse activiteiten".

Art. 3 – In artikel 3 van hetzelfde decreet wordt het opschrift van het artikel vervangen door het woord "Seksegelijkheid" en wordt het woord "beide" vervangen door het woord "alle".

Art. 4 – In artikel 4 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 23 november 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift van het artikel worden de woorden "en ondersteuningsperiode" ingevoegd;

2° in het eerste lid worden de woorden "De Regering keurt voor elke regeerperiode een sectoroverschrijdend strategisch plan goed" vervangen door de woorden "De Regering maakt voor elke ondersteuningsperiode een sectoroverschrijdend strategisch plan bekend";

3° in het tweede lid wordt de eerste zin vervangen als volgt: "Als voorbereiding op het volgende strategisch plan maakt de Regering een jeugdverslag over de levenssituatie van de jongeren in de Duitstalige Gemeenschap bekend."

4° in het derde lid wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"In januari van het jaar dat aan de volgende ondersteuningsperiode voorafgaat, bepaalt de Regering de thematische prioriteiten voor het volgende strategisch plan."

5° in het vierde lid wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"In hetzelfde jaar maakt de Regering een evaluatie van het strategisch plan van de lopende ondersteuningsperiode en werkt ze, op basis van de vastgelegde thematische prioriteiten, het actieplan van het volgende strategisch plan uit."

6° in het vierde lid wordt de vierde zin vervangen als volgt:

"De uitvoering van het actieplan eindigt uiterlijk in het laatste jaar van de betreffende ondersteuningsperiode."

Art. 5 – In artikel 5 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt een bepaling onder 6.1 ingevoegd, luidende:

"6.1 toenemend fysieke, virtuele en niet-gedefinieerde ruimten met elkaar verbinden en combineren om zich aan te passen aan de levensomstandigheden van jonge mensen;"

2° in § 1, 7°, worden de woorden "met een handicap" vervangen door de woorden "met ondersteuningsbehoefte";

3° in paragraaf 1 wordt een bepaling onder 7.1 ingevoegd, luidende:

"7.1 jonge mensen bereiken die door de digitalisering het risico lopen niet meer mee te kunnen in de maatschappij;"

4° § 2, eerste lid, 4°, wordt vervangen als volgt:

"4° digitaal jeugdwerk om de digitale competenties en de mediageletterdheid van jonge mensen te bevorderen, zodat zij actief en creatief deelnemen aan de digitale samenleving, gefundeerde en weloverwogen keuzes maken en verantwoordelijkheid nemen voor en controle uitoefenen op hun digitale identiteit;"

5° § 2, eerste lid, 6°, wordt vervangen als volgt:

"6° jeugdwerk waarbij nagedacht is over gendergelijkheid om gelijke kansen en het overwinnen van genderstereotypen te bevorderen, alsook om openheid en aanvaarding te bevorderen ten aanzien van de levenswijze van alle mensen, ongeacht hun seksuele identiteit;"

6° in § 2, eerste lid, wordt een bepaling onder 8° ingevoegd, luidende:

"8° het duurzaamheidsbeginsel en de educatie voor duurzame ontwikkeling, waaronder het bevorderen van de belangstelling voor een zinvolle omgang met de natuur en het milieu en voor een wereldwijd rechtvaardig samenleven van alle mensen op deze wereld."

7° paragraaf 3 wordt opgeheven.

Art. 6 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 5.1. ingevoegd, luidende:

"Art. 5.1 – Personeelssubsidies

§ 1 – Indien jongerenvoorzieningen op grond van dit decreet personeelssubsidies aanvragen voor de tewerkstelling van jeugdwelzijnswerkers, moeten zij aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° ze beschikken over een uittreksel uit het strafregister als bedoeld in artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering waarin geen veroordeling tot een gevangenisstraf van meer dan zes maanden staat;

2° ze zijn minstens houder van het diploma van een sociaal-pedagogische bachelor.

Op basis van een gemotiveerd voorstel van de jeugdcommissie kan de Regering:

1° andere diploma's dan die vermeld in het eerste lid, 2°, als gelijkwaardig erkennen;

2° opleidingen uit een andere studierichting dan die vermeld in het eerste lid, 2°, goedkeuren om tegemoet te komen aan een specifieke behoefte in de jeugdwerkbranche waar de betrokken jeugdvoorziening actief is.

De jeugdvoorziening dient daartoe een met redenen omkleed verzoek in bij de Regering, waarin zij de specifieke behoefte uiteenzet. Een specifieke behoefte kan het overbruggen van een bijzondere werksituatie, ofwel het uitwerken van een innovatieve of specifieke inhoud zijn. Na het advies van de jeugdcommissie wordt voor deze medewerkers zo nodig een plan inzake voortgezette opleiding opgesteld.

§ 2 – Indien jongerenvoorzieningen op grond van dit decreet personeelssubsidies aanvragen voor de tewerkstelling van assistent-jeugdwerkers, moeten zij aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° ze beschikken over een uittreksel uit het strafregister als bedoeld in artikel 596, tweede lid, van

het Wetboek van Strafvordering waarin geen veroordeling tot een gevangenisstraf van meer dan zes maanden staat;

2° ze zijn minstens houder van een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs of van een eindeleertijdsgetuigschrift, kunnen bewijzen dat ze voldoende praktijkervaring in de animatie hebben opgedaan en verplichten zich, na advies van de jeugdcommissie, tot een plan inzake voortgezette opleiding van minstens 300 uur om zich specifiek te kwalificeren voor de jeugdwerkbranche waarin de betrokken jongerenvoorziening actief is.

Assistent-jeugdwerkers die bij hun aanstelling in een ondersteunde jeugdvoorziening geen houder zijn van het diploma van een sociaal-pedagogische bachelor, moeten in het kader van het verplichte plan inzake voortgezette opleiding, na hun aanstelling, een voortgezette opleiding volgen over de bescherming van jonge mensen tegen verwaarlozing, geweld en seksueel misbruik.

De Regering legt de nadere regels van het plan inzake voortgezette opleiding vast.

§ 3 – De aanbieder van jongereninformatie en het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap hebben daarnaast de mogelijkheid om op basis van dit decreet personeelssubsidies aan te vragen voor de tewerkstelling van leidinggevenden. Deze voldoen aan volgende voorwaarden:

1° ze beschikken over een uittreksel uit het strafregister als bedoeld in artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering waarin geen veroordeling tot een gevangenisstraf van meer dan zes maanden staat;

2° ze zijn minstens houder van het diploma van een bachelor;

3° ze hebben minstens twee jaar ervaring of een kwalificatie op het gebied van personeelsbeheer.

§ 4 – De Regering bepaalt, voor de in §§ 1 tot 3 bedoelde functies, het bedrag van de personeelssubsidies, de voor de berekening van de personeelssubsidie in aanmerking komende personeelskosten en de nadere regels omtrent de subsidiëring."

Art. 7 – Artikel 8, 3°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 9 – Artikel 9 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 9 - Ondersteuningsaanvraag

Reeds ondersteunde jeugdorganisaties dienen uiterlijk op 31 maart van het jaar dat aan de volgende ondersteuningsperiode voorafgaat, een ondersteuningsaanvraag in bij de Regering. Jeugdorganisaties die nog geen ondersteuning van de Regering hebben gekregen, kunnen hun ondersteuningsaanvraag jaarlijks tot uiterlijk 31 maart indienen.

De ondersteuningsaanvraag voldoet aan de ondersteuningscriteria vermeld in de artikelen 5 en 8 en omvat minstens:

1° een analyse van de sterke en zwakke punten;

2° de opstelling van een jaarprogramma voor het eerste kalenderjaar van de ondersteuning, waaruit blijkt welke van de in artikel 5, § 2, genoemde prioriteiten zullen worden uitgevoerd in het kader van het algemene aanbod van de jeugdorganisaties voor hun respectieve doelgroep;

3° een beschrijving van de plaatselijke situatie wat financiële, personele en materiële middelen betreft;

4° het streefdoel en de structuur van de jeugdorganisatie;

5° een beschrijving van de manier waarop de vrijwillige jeugdleiders - en in voorkomend geval de jeugdwerkers in hoofdberoep - ondersteund en pedagogisch begeleid worden.

De Regering kan de vorm en de werkwijze voor de ondersteuningsaanvraag vastleggen."

Art. 9 – Artikel 10 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 10 - Goedkeuring van de ondersteuning

De Regering onderzoekt de overeenkomstig artikel 9 ingediende ondersteuningsaanvraag en keurt haar uiterlijk op 31 oktober van het jaar waarin ze werd ingediend, in voorkomend geval goed. Aan de goedkeuring kunnen voorwaarden worden verbonden die verband houden met het bepaalde in de artikelen 5, 8 en 9.

De ondersteuning van een jeugdorganisatie wordt in principe toegekend voor de duur van de respectieve ondersteuningsperiode. Ze wordt van kracht op 1 januari van het jaar dat volgt op het jaar waarin de goedkeuring werd verleend."

Art. 10 – In artikel 11, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt:

1° de uitvoering en actualisering van het jaarprogramma door de activiteiten van het voorgaande en het lopende kalenderjaar, alsmede de prioriteiten, projecten en activiteiten voor het komende jaar toe te lichten;

2° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

3° de bepaling onder 3° wordt opgeheven.

Art. 11 – Artikel 12, § 3, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"§3 - Als het aantal jonge mensen dat lid is van de jeugdorganisatie gedurende twee opeenvolgende jaren kan worden aangetoond, wordt op verzoek van de jeugdorganisatie een upgrade naar een hogere categorie uitgevoerd.

Als het aantal jonge mensen dat lid is van een jeugdorganisatie gedurende vijf opeenvolgende jaren kan worden aangetoond, wordt een degradatie naar een lagere categorie gemaakt."

Art. 12 – In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de huidige bewoordingen van het artikel worden paragraaf 1;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

§ 2 - Alle bedragen gelden onder voorbehoud van artikel 7."

Art. 13 – In artikel 14 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 11°, ingevoegd bij het decreet van 11 december 2018, worden de woorden "(model 2)" opgeheven;

2° in het derde lid wordt het bedrag "1 euro" vervangen door het bedrag "1,50 euro".

Art. 14 – Artikel 17 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt vervangen als volgt:

"Art. 17 - Ondersteuningsaanvraag

De aanbieder van jongereninformatie dient uiterlijk op 31 maart van het jaar dat aan de volgende ondersteuningsperiode voorafgaat, een ondersteuningsaanvraag in bij de Regering.

De ondersteuningsaanvraag voldoet aan de ondersteuningscriteria en doelstellingen vermeld in de artikelen 5 en 16 en omvat minstens:

1° een programma dat de uitvoering van de prioriteiten vermeld in artikel 5, § 2, beschrijft, dat de uitvoering van de doelstelling vermeld in artikel 16 beschrijft, dat de uitvoering van de specifieke doelstellingen en methoden die voortvloeien uit het jeugdverslag beschrijft en waaruit de betrokkenheid van het informatiecentrum voor jongeren bij de uitvoering van het strategisch plan blijkt;

2° het streefdoel van de organisatie;

3° de beschrijving van de financiële, personele en materiële middelen die ter plaatse beschikbaar

zijn, met inbegrip van een voorstel voor het noodzakelijke betrekkingenpakket;

4° gegevens over de uitbouw van een netwerk en de samenwerking met de partners die noodzakelijk zijn voor de voorlichting van de jongeren;

5° de manier waarop de kwaliteit van de structuur en van het aanbod wordt geëvalueerd, alsook de manier waarop het werk van de medewerkers wordt geëvalueerd.

De Regering kan de vorm en de werkwijze voor de ondersteuningsaanvraag vastleggen."

Art. 15 – Artikel 18 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt vervangen als volgt:

"Art. 18 - Goedkeuring van de ondersteuning

De Regering onderzoekt de overeenkomstig artikel 17 ingediende ondersteuningsaanvraag en keurt haar uiterlijk op 31 oktober van het jaar dat aan de volgende ondersteuningsperiode voorafgaat, in voorkomend geval goed. Aan de goedkeuring kunnen voorwaarden worden verbonden die verband houden met het bepaalde in de artikelen 5, 16 en 17.

De ondersteuning van de aanbieder van jongereninformatie wordt in principe toegekend voor de duur van de respectieve ondersteuningsperiode. Ze wordt van kracht op 1 januari van het jaar dat volgt op het jaar waarin de goedkeuring werd verleend."

Art. 16 – Artikel 19 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt vervangen als volgt:

"Art. 19 - Prestatieovereenkomst

De Regering sluit een prestatieovereenkomst met de aanbieder van jongereninformatie. Die omvat:

1° het bedrag van de subsidie voor personeels- en werkingskosten;

2° de taken en het werkvolume van de medewerkers van het informatiecentrum voor jongeren;

3° de gegevens betreffende het beheer van de infrastructuur die ter beschikking staat;

4° de gegevens betreffende de financiële middelen, met inbegrip van het betrekkingenpakket dat in aanmerking komt voor ondersteuning;

5° de openingstijden;

6° de doelgroepen;

7° de beschrijving van de manier waarop het informatiecentrum voor jongeren betrokken is bij de uitvoering van het strategisch plan voor het jeugdwerk.

De prestatieovereenkomst geldt voor de duur van de ondersteuning."

Art. 17 – Artikel 20 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt vervangen als volgt:

"Art. 20 - Begeleiding van het informatiecentrum voor jongeren

§ 1 - Voor de begeleiding en de evaluatie van de prestatieovereenkomst richt de Regering een begeleidingscomité op waarin de Regering, een vertegenwoordiger van de gemeenten van het kanton Eupen, een vertegenwoordiger van de gemeenten van het kanton Sankt Vith en het informatiecentrum voor jongeren vertegenwoordigd zijn.

De gemeenten wijzen hun respectievelijke vertegenwoordiger jaarlijks en voor een periode van één jaar aan. Eenzelfde gemeente mag slechts één keer per periode van vier jaar een vertegenwoordiger in haar respectieve kanton aanwijzen.

§ 2 - Het begeleidingscomité bespreekt het volgende:

1° de uitvoering en actualisering van het programma door de activiteiten van het voorgaande en

het lopende kalenderjaar, alsmede de prioriteiten, projecten en activiteiten voor het komende jaar toe te lichten;

2° de uitvoering van de prestatieovereenkomst;

3° de actuele situatie wat financiële, personele en materiële middelen betreft;

4° de uitbouw van een netwerk en de samenwerking met de partners die noodzakelijk zijn voor de voorlichting van de jongeren.

De aanbieder van jongereninformatie maakt notulen op; die notulen bevatten inlichtingen over de uitvoering van de prestatieovereenkomst. De notulen worden aan het begeleidingscomité bezorgd."

Art. 18 – Artikel 21 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt vervangen als volgt:

"Art. 21 – Subsidie

§ 1 - De aanbieder van jongereninformatie ontvangt een subsidie om zijn werkings- en personeelskosten te dekken indien hij:

1° voldoet aan de ondersteuningscriteria vermeld in de artikelen 5 en 16;

2° minstens drie betrekkingen van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, en één zaakvoerder in dienst heeft.

De jaarlijkse forfaitaire subsidie voor de werkingskosten bedraagt 80.000 euro.

Het personeel wordt gesubsidieerd overeenkomstig artikel 5.1. Het betrekkingenpakket wordt vastgelegd in de prestatieovereenkomst.

§ 2 - De gemeente draagt bij in de kosten via een jaarlijks forfaitair bedrag van 1,20 euro per jongere tussen 10 en 30 jaar die zijn woonplaats heeft in de betreffende gemeente.

De basis voor de berekening van het forfaitair bedrag zijn de gegevens uit het bevolkingsregister over het aantal jongeren per gemeente tijdens het referentiejaar 2019. Om de vijf jaar wordt de berekeningsbasis geactualiseerd op basis van de gegevens uit het bevolkingsregister.

§ 3 - Alle bedragen gelden onder voorbehoud van artikel 7."

Art. 19 – Artikel 22 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin:

"Om deze doelstellingen te bereiken, kan het open jeugdwerk ook gegevens verwerken overeenkomstig de artikelen 9 en 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming."

Art. 20 – Artikel 23 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 23 - Sociaal-ruimtelijke analyse en gemeentelijk jaarprogramma

De aanbieder van open jeugdwerk voert regelmatig sociaal-ruimtelijke analyses uit en stelt jaarlijks een gemeentelijk jaarprogramma op met inschakeling van de lokale partners die relevant zijn voor het jeugdwerk."

Art. 21 – Artikel 24 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 24 - Overleg

In het jaar waarin de thematische prioriteiten voor het volgende strategisch plan worden gepubliceerd, voert de aanbieder van open jeugdwerk overleg over de behoeften van de jonge mensen met de relevante actoren voor het jeugdwerk in de betrokken gemeente. Daartoe behoren minstens de ondersteunde jeugdvoorzieningen en de bevoegde gemeente."

Art. 22 - Artikel 25 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 25 - Organiserende instantie

§ 1 - De Regering ondersteunt één aanbieder van open jeugdwerk per gemeente van het Duitse taalgebied.

Het lokale open jeugdwerk kan georganiseerd worden door:

1° een vereniging zonder winstoogmerk die overeenkomstig artikel 5 voldoet aan de algemene criteria om ondersteund te worden als jeugdvoorziening en die in de betrokken gemeente aan open jeugdwerk doet;

2° de betrokken gemeente of;

3° de Regering, met behoud van de toepassing van artikel 29, eerste lid, 12°.

§ 2 - Uiterlijk op 1 januari van het jaar dat aan de volgende ondersteuningsperiode voorafgaat, deelt de huidige aanbieder van open jeugdwerk aan de Regering mee of hij een ondersteuningsaanvraag voor de volgende ondersteuningsperiode zal indienen.

Als de huidige aanbieder van open jeugdwerk deze stap niet zet binnen de termijn gesteld in het eerste lid of aangeeft dat hij geen ondersteuningsaanvraag voor de volgende ondersteuningsperiode zal indienen, dient de betrokken gemeente overeenkomstig artikel 26 uiterlijk op 31 maart van het jaar voorafgaand aan de volgende ondersteuningsperiode een ondersteuningsaanvraag in bij de Regering als zij van plan is om de taak als aanbieder van open jeugdwerk over te nemen.

Als de gemeente deze stap niet zet binnen de termijn gesteld in het tweede lid of aangeeft dat zij geen ondersteuningsaanvraag voor de volgende ondersteuningsperiode zal indienen, neemt de Regering de taak als aanbieder van open jeugdwerk in de betrokken gemeente over voor de volgende ondersteuningsperiode.

§ 3 - Als de organisatie van het open jeugdwerk bij de gemeente of de Regering ligt, publiceert de Regering twee jaar vóór het einde van de lopende ondersteuningsperiode een oproep, zodat geïnteresseerde verenigingen zich kandidaat kunnen stellen om tijdens de volgende ondersteuningsperiode als aanbieder van open jeugdwerk in de betrokken gemeente op te treden.

Indien een vereniging meedeelt dat zij de organisatie wil overnemen, dient zij daartoe een aanvraag in bij de Regering, binnen een door de Regering gestelde termijn.

De Regering onderzoekt of de vereniging in principe kan voldoen aan de voorwaarden vermeld in § 1, tweede lid, 1°. Indien dit het geval is, vraagt de Regering die vereniging bij het begin van de volgende ondersteuningsperiode om haar overeenkomstig § 2, eerste lid, mee te delen of zij een ondersteuningsaanvraag zal indienen als aanbieder van open jeugdwerk.

§ 4 - Indien niet meer aan de ondersteuningscriteria wordt voldaan of indien dit decreet niet wordt nageleefd, maant de Regering de vereniging of de gemeente aan om, binnen een maand na kennisgeving daarvan, het bewijs te leveren dat dit decreet wel wordt nageleefd. Als de organiserende instantie geen gevolg geeft aan die aanmaning, dan zet de Regering de ondersteuning stop, nadat zij de organiserende instantie de mogelijkheid heeft gegeven om haar standpunt te kennen te geven.

Als een vereniging of een gemeente van plan is om de taak als aanbieder van open jeugdwerk tijdens de lopende ondersteuningsperiode stop te zetten, deelt zij dit minstens zes maanden voor de geplande stopzetting schriftelijk mee aan de Regering. Vrijwillige stopzetting van de organisatie leidt van rechtswege tot stopzetting van de ondersteuning.

Indien de ondersteuning tijdens de lopende ondersteuningsperiode wordt stopgezet, neemt de

Regering de organisatie van het open jeugdwerk in de betrokken gemeente over voor de resterende duur van de ondersteuningsperiode.

§ 5 - Als de Regering de taak als aanbieder van open jeugdwerk overeenkomstig de bepalingen van dit artikel overneemt, zijn de artikelen 26, 27 en 28 niet van toepassing."

Art. 23 - Artikel 26 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 26 - Ondersteuningsaanvraag

De aanbieder van open jeugdwerk dient uiterlijk op 31 maart van het jaar dat aan de volgende ondersteuningsperiode voorafgaat, een ondersteuningsaanvraag in bij de Regering.

De ondersteuningsaanvraag voldoet aan de ondersteuningscriteria en doelstellingen vermeld in de artikelen 5 en 22 en omvat minstens:

1° een gemeentelijk jaarprogramma dat de uitvoering van de prioriteiten vermeld in artikel 5, § 2, beschrijft, dat de uitvoering van de doelstelling vermeld in artikel 22 beschrijft, dat de uitvoering van de specifieke doelstellingen en methoden die voortvloeien uit het jeugdverslag beschrijft en waaruit de betrokkenheid van de aanbieder van open jeugdwerk bij de uitvoering van het strategisch plan blijkt;

2° het streefdoel van de organisatie;

3° de beschrijving van de financiële, personele en materiële middelen die ter plaatse beschikbaar zijn, met inbegrip van een voorstel voor het noodzakelijke betrekkingenpakket;

4° gegevens over de uitbouw van een netwerk en de samenwerking met de lokale partners die relevant zijn voor het jeugdwerk;

5° de manier waarop de kwaliteit van de structuur en van het aanbod wordt geëvalueerd, alsook de manier waarop het werk van de medewerkers wordt geëvalueerd.

De Regering kan de vorm en de werkwijze voor de ondersteuningsaanvraag vastleggen."

Art. 24 – Artikel 27 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 27 - Goedkeuring van de ondersteuning

§ 1 - De Regering onderzoekt de overeenkomstig artikel 26 ingediende ondersteuningsaanvraag en keurt haar uiterlijk op 31 oktober van het jaar dat aan de volgende ondersteuningsperiode voorafgaat, in voorkomend geval goed. Aan de goedkeuring kunnen voorwaarden worden verbonden die verband houden met het bepaalde in de artikelen 5, 22, 23, 24 en 26.

De ondersteuning van de aanbieder van open jeugdwerk wordt in principe toegekend voor de duur van de respectieve ondersteuningsperiode. Ze treedt in werking op 1 januari van het jaar na de toekenning van de goedkeuring en geldt tot 31 december van het jaar waarin de thematische prioriteiten voor het volgende strategisch plan worden vastgelegd.

§ 2 - De aanbieder van open jeugdwerk dient jaarlijks uiterlijk op 30 juni van het volgende kalenderjaar een activiteitenverslag in, waaruit het volgende blijkt:

1° de uitvoering en actualisering van het gemeentelijke jaarprogramma door de activiteiten van het voorgaande en het lopende kalenderjaar, alsmede de prioriteiten, projecten en activiteiten voor het komende jaar toe te lichten;

2° de actuele situatie wat financiële, personele en materiële middelen betreft."

Art. 25 - Artikel 28 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 28 – Subsidie

§ 1 - De aanbieder van open jeugdwerk ontvangt een subsidie om zijn werkings- en

personeelskosten te dekken indien hij:

- 1° voldoet aan de ondersteuningscriteria vermeld in de artikelen 5 en 22;
- 2° minstens één jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in dienst heeft.

De jaarlijkse forfaitaire subsidie voor de werkingskosten bedraagt:

- 1° 15.000 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met minder dan 2.000 jongeren;
- 2° 30.000 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met 2.000 tot 4.000 jongeren;
- 3° 45.000 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met meer dan 4.000 jongeren.

Het personeel wordt gesubsidieerd overeenkomstig artikel 5.1. Het betrekkingenpakket wordt vastgelegd bij goedkeuring van de ondersteuningsaanvraag.

§ 2 - De gemeente draagt bij in de kosten via een jaarlijks forfaitair bedrag van 4 euro per jongere tussen 10 en 30 jaar die zijn woonplaats heeft in de betreffende gemeente.

De basis voor de berekening van het forfaitair bedrag zijn de gegevens uit het bevolkingsregister over het aantal jongeren per gemeente tijdens het referentiejaar 2019. Om de vijf jaar wordt de berekeningsbasis geactualiseerd op basis van de gegevens uit het bevolkingsregister.

§ 3 - Alle bedragen gelden onder voorbehoud van artikel 7."

Art. 26 – In artikel 29, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in de bepaling onder 2° wordt het woord "concepten" vervangen door het woord "ondersteuningsaanvragen";
- 2° er wordt een bepaling onder 12° ingevoegd, luidende:
"12° treedt op als aanbieder van mobiel jeugdwerk en voert zo nodig, overeenkomstig artikel 25, in opdracht van de Regering de taken van de aanbieder van open jeugdwerk uit in bepaalde gemeenten."

Art. 27 – In artikel 30 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het opschrift van het artikel worden de woorden "en het begeleidingscomité" ingevoegd;
- 2° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:
"§ 1 - Mobiel jeugdwerk bestaat erin jonge mensen in bijzondere levensomstandigheden of met specifieke verzoeken te adviseren, te begeleiden en door te verwijzen.

Mobiel jeugdwerk heeft tot doel de levenssituatie en de leefwerelden van jonge mensen te verbeteren, vooral van de jonge mensen die niet door andere diensten of organisaties worden bereikt en geen gebruik maken van de diensten die door hen worden aangeboden en die in de openbare ruimte aan te treffen zijn.

Mobiel jeugdwerk focust op jonge mensen met meerdere problemen. Het wordt op basis van een aanleiding uitgevoerd en is niet overal actief. Mobiel jeugdwerk is vooral actief in dichtbevolkte gebieden van het Duitse taalgebied waar zich middelbare scholen bevinden.

Mobiel jeugdwerk maakt gebruik van de methoden van outreachend werk en aanwezigheid op de scène, projectwerk, individuele begeleiding, groepswerk en belangenbehartiging en buurtwerk. Die methoden worden toegepast in coöperatieve en organisatieoverschrijdende vormen door te netwerken met verschillende, relevante partners en diensten en door actief samen te werken met het open jeugdwerk op de betreffende locaties. "Om deze doelstellingen te bereiken, kan het mobiele jeugdwerk ook gegevens verwerken overeenkomstig de artikelen 9 en 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Voorts houdt mobiel jeugdwerk rekening met de conclusies die voortvloeien uit de sociaal-ruimtelijke analyse van het open jeugdwerk van de betrokken gemeente en uit het jeugdverslag."

Art. 28 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 30.1. ingevoegd, luidende:

"Art. 30.1 - Concept voor mobiel en open jeugdwerk

§ 1 - Het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap stelt een concept op voor de uitvoering van het mobiele jeugdwerk en, zo nodig, overeenkomstig artikel 25, voor de uitvoering van het open jeugdwerk en dit voor de duur van de respectieve ondersteuningsperiode.

De Regering kan de vorm en de werkwijze voor de aanvraag vastleggen.

§ 2 - Het concept omvat minstens:

1° een beschrijving van de belangrijkste bevindingen van de regelmatige sociaal-ruimtelijke analyses, het huidige jeugdverslag en het in artikel 24 vermelde overleg met de actoren die relevant zijn voor het jeugdwerk in het Duitse taalgebied;

2° een beschrijving van de verwezenlijking van de in artikel 5 vermelde prioriteiten voor het jeugdwerk, de uitvoering van het strategisch plan en de algemene doelstellingen vermeld in artikel 22 en in artikel 30, §1;

3° een beschrijving van de geplande activiteiten en methoden voor mobiel en open jeugdwerk voor de duur van de respectieve ondersteuningsperiode;

4° een beschrijving van de infrastructurele, financiële, personele en logistieke middelen die beschikbaar zijn om de geplande activiteiten en methoden voor mobiel en open jeugdwerk uit te voeren;

5° voor gemeenten waar het open jeugdwerk door de Regering wordt georganiseerd: de resultaten van het overleg met de relevante actoren voor jeugdwerk overeenkomstig artikel 24.

De Regering kan andere in te dienen stukken bepalen.

§ 3 - De nadere regels voor de uitvoering van het concept zullen worden vastgelegd in het beheerscontract tussen de Regering en het Jeugdbureau."

Art. 29 – Artikel 34 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 34 – Subsidie

Het Jeugdbureau ontvangt een jaarlijkse ondersteuning die in verhouding staat tot zijn personeels-, werkings- en activiteitskosten; het bedrag ervan wordt vastgelegd in het beheerscontract.

Het personeel wordt gesubsidieerd overeenkomstig artikel 5.1. Het betrekkingenpakket wordt vastgelegd in het beheerscontract."

Art. 30 – Artikel 43, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 31 – Artikel 45 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 45 – Subsidies voor het volgen van opleidingen en voortgezette opleidingen

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering de volgende subsidies voor deelname aan opleidingen en voortgezette opleidingen toekennen aan de jeugdvoorzieningen:

1° hoogstens 650 euro per jaar per medewerker in hoofdberoep;

2° hoogstens 325 euro per jaar per vrijwillige jeugdleider.

De bedragen gelden onder voorbehoud van artikel 7."

Art. 32 - In artikel 55.1, § 2, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt het woord "jeugdorganisatie" vervangen door het woord "jeugdvoorziening".

Art. 33 - In artikel 55.2, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt het woord "jeugdorganisaties" vervangen door het woord "jeugdvoorzieningen".

Art. 34 – In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk 5.2 ingevoegd, dat de artikelen 55.5 tot 55.9 bevat, luidende:

"HOOFDSTUK 5.2 - VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 55.5 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering, de ondersteunde jeugdvoorzieningen en de andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 55.6 – Verwerking van persoonsgegevens

De Regering, de ondersteunde jeugdvoorzieningen en de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap zijn de verwerkingsverantwoordelijken in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van de persoonsgegevens die in dit decreet worden vermeld. Als verwerkingsverantwoordelijken in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

- 1° de Regering voor de vervulling van de taken vermeld in artikel 14, eerste lid, 8°, en vermeld in hoofdstuk 3;
- 2° de ondersteunde jeugdvoorzieningen voor de taken vermeld in hoofdstuk 2;
- 3° de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap voor de taken vermeld in de hoofdstukken 3 en 4.

De Regering, de ondersteunde jeugdvoorzieningen en de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden gebruiken dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten die verband houden met dit decreet.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 55.7 – Gegevenscategorieën

§ 1 - De Regering kan de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken overeenkomstig artikel 55.6:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de deelnemers aan opleidingen en voortgezette opleidingen, van de stagebegeleiders en van de opleiders;
- 2° de gegevens vermeld in § 2, eerste lid, in het geval vermeld in het tweede lid, 2°;
- 3° de gegevens vermeld in § 3, eerste lid, in het geval vermeld in het tweede lid, 3°;
- 4° de gegevens vermeld in § 4, eerste lid, in het geval vermeld in het tweede lid, 4°.

De gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt voor de volgende doeleinden:

- 1° goedkeuring en bevordering van opleidingen en voortgezette opleidingen overeenkomstig hoofdstuk 3, met inbegrip van controle van de subsidiëringsvoorwaarden, en afgifte van erkende bewijzen als bedoeld in artikel 41;
- 2° ondersteuning van jeugdvoorzieningen die personeelssubsidies overeenkomstig artikel 5.1

ontvangen, met inbegrip van controle van de subsidiëringsvoorwaarden;

3° controle op jeugdkampen overeenkomstig artikel 14, eerste lid, 8°;

4° overname van de taak als aanbieder van open jeugdwerk overeenkomstig artikel 24.

§ 2 - De ondersteunde jeugdvoorzieningen kunnen overeenkomstig artikel 55.6 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken voor gesubsidieerd personeel:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens over het einddiploma en de opleiding;

3° gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;

4° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister.

De categorieën van gegevens vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt om, met inachtneming van de voorwaarden vermeld in artikel 5.1, subsidie van de Duitstalige Gemeenschap aan te vragen.

§ 3 - De jeugdorganisaties kunnen bovendien overeenkomstig artikel 55.6 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken voor hun leden:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gezondheidsgegevens voor de personen vermeld in de gezondheidsmap;

3° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister voor jeugdkampbegeleiders.

De categorieën van gegevens vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt om, met inachtneming van de voorwaarden vermeld in artikel 14, subsidie van de Duitstalige Gemeenschap aan te vragen.

§ 4 - De aanbieders van open jeugdwerk en mobiel jeugdwerk kunnen bovendien overeenkomstig artikel 55.6 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken voor de begeleide jonge mensen, op verzoek van de betrokkenen:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens over het einddiploma en de opleiding;

3° gegevens over de gezinssituatie;

4° gegevens over de sociale en financiële situatie;

5° gegevens over de vrijetijdsbesteding;

6° gegevens over de bekwaamheden en interesses;

7° medische en psychologische gegevens;

8° gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

9° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De categorieën van gegevens vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt ten behoeve van het open jeugdwerk overeenkomstig artikel 22 of ten behoeve van het mobiele jeugdwerk overeenkomstig artikel 30.

§ 5 - De Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap kan, overeenkomstig artikel 55.6, identiteitsgegevens en contactgegevens verwerken van deelnemers aan opleidingen en voortgezette opleidingen, stagebegeleiders en opleiders.

De categorieën van gegevens vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt ten behoeve van de organisatie van de basisopleiding overeenkomstig artikel 38 die leidt tot het erkende bewijs van vrijwillige jeugdleider.

§ 6 – De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in de §§ 1 tot 5 na een voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit preciseren.

Art. 55.8 – Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren:

1° voor de gegevens vermeld in artikel 55.7, § 1, eerste lid, 1° en 2°, en § 2, eerste lid: tot hoogstens tien jaar na de verzameling ervan;

2° voor de gegevens vermeld in artikel 55.7, § 1, eerste lid, 3°, en § 3, eerste lid: tot hoogstens twee jaar na het einde van het kamp;

3° voor de gegevens vermeld in artikel 55.7, § 1, eerste lid, 4°, en § 4, eerste lid: tot hoogstens twee jaar na het laatste contact met betrokkene.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijnen vernietigd.

Art. 55.9 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk."

Art. 35 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 56.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 56.1 - Coëfficiënt

Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen en met het oog op de aanpassing aan de index van de kosten van levensonderhoud kunnen alle of sommige van de in dit decreet vastgestelde bedragen met een coëfficiënt worden vermenigvuldigd."

Art. 36 – Artikel 57 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 57 - Controle

De Regering kan de naleving van dit decreet te allen tijde laten controleren overeenkomstig artikel 12 van de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof."

Art. 37 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 79.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 79.1 - Toepassing van artikel 5.1

§ 1 - De voorwaarden bepaald in artikel 5.1, § 1, zijn niet van toepassing op de subsidiëring van de personeelskosten van de jeugdwerkers vermeld in artikel 79. Die jeugdwerkers worden vanaf 1 januari 2022 gesubsidieerd op basis van de bepalingen die gelden voor jeugdwelzijnswerkers.

§ 2 - Jeugdwerkers die gesubsidieerd worden overeenkomstig artikel 5, § 3, van dit decreet, zoals van kracht op 31 december 2021, en die voldoen aan de vereisten gesteld in artikel 5.1, § 1, worden vanaf 1 januari 2022 gesubsidieerd op basis van de bepalingen die gelden voor jeugdwelzijnswerkers.

§ 3 - Jeugdwerkers die gesubsidieerd worden overeenkomstig artikel 5, § 3, van dit decreet, zoals van kracht op 31 december 2021, en die niet voldoen aan de vereisten gesteld in artikel 5.1, § 1, moeten aan de bovengenoemde vereisten voldoen binnen de normale studieduur van de studies waarvoor zij beroepsbegeleidend zijn ingeschreven. Zolang niet aan de bovengenoemde vereisten is voldaan,

worden de jeugdwerkers gesubsidieerd op basis van de bepalingen die op 31 december 2021 van kracht zijn.

Indien die jeugdwerkers, nadat ze de vermelde studies binnen de normale studieduur succesvol hebben afgerond, voldoen aan de vereisten van artikel 5.1 § 1, worden zij gesubsidieerd op basis van de bepalingen die gelden voor jeugdwelzijnswerkers.

Indien die jeugdwerkers, nadat ze de normale studieduur overschreden hebben, niet voldoen aan de vereisten van artikel 5.1 § 1, worden zij gesubsidieerd op basis van de bepalingen die gelden voor assistent-jeugdwerkers die over de aanvullende opleiding vermeld in artikel 5.1, § 2, eerste lid, 2°, beschikken."

Art. 38 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 80.1. ingevoegd, luidende:

"Art. 80.1 - Ondersteuningsperiode

De eerste ondersteuningsperiode in de zin van artikel 1, 16°, begint op 1 januari 2023 en eindigt op 31 december 2027. Voor het strategisch plan dat aan die ondersteuningsperiode ten grondslag ligt, zal het in 2018 gepubliceerde jeugdverslag worden gebruikt."

Art. 39 – Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2022.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media
I. WEYKMANS